DITIB: Ankaras verlängerter Arm S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 5 – 3. Februar 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Von den meisten Medien gehätschelt: Martin Schulz bei „Anne Will" am 29. Januar

Bild: Imago

Der Unverantwortliche

Geschickt verwischt Martin Schulz die Brandspur seiner eigenen Politik

SPD-Kanzlerkandidat Schulz tut so, als habe er nichts beigetragen zu den heutigen Problemen. Die Wahrheit sieht anders aus.

Die öffentliche Reaktion auf die Kanzlerkandidatur von Martin Schulz fällt überwiegend positiv aus. Eines kann dem neuen SPD-Spitzenmann nicht abgesprochen werden: Es ist ein begnadeter Demagoge und Volksredner, auch wenn es ihm Gefälligkeitsjournalisten (Anne Will ist hierin erneut unerreicht) äußerst leicht machen bei der eitlen Selbstdarstellung.

Angela Merkel tut gut daran, den Herausforderer ernst zu nehmen. Wie auch die CDU-Chefin zielt Schulz vor allem darauf, Stimmungen und Gefühle zu mobilisieren. Nur dass er dies allem Anschein nach gekonnter anstellt als die oft kühl und starr wirkende Kanzlerin. Schulz spielt seinen Lebenslauf gekonnt aus, um sich zum glaubwürdigen Anwalt des kleinen Mannes zu stilisieren: Aus einfachen Verhältnissen kommend und von biografischen Brüchen gezeichnet, habe er es nach ganz oben geschafft, ohne sein Gefühl für das Schicksal der „vielen hart arbeitenden Menschen" zu verlieren, so die endlos wiederholte Botschaft.

> Für Merkel kann der Volksredner zur Gefahr werden

Indem er Angela Merkel „sozialdemokratisiert" nennt und spöttisch zur „geschäftsführenden Vorsitzenden einer sozialdemokratischen Bundesregierung" erklärt, treibt er die CDU-Vorsitzende überdies in eine Falle, die sie sich selbst gestellt hat, als sie sich immer weiter nach links bewegte. Er weist ihr damit den Platz zwischen allen Stühlen zu. Genau hier aber beginnen auch die Gefahren, die auf den SPD-Kanzlerkandidaten lauern. Mit seiner Einordnung Merkels gibt er preis, in welchem Ausmaß die SPD oder der Sozialdemokratismus Deutschland und Europa dahin geführt haben, wo sie jetzt stehen. Schulz aber tritt auf wie schaumgeboren, gänzlich unbefleckt von den verhängnisvollen Fehlentscheidungen bisheriger Politik, ob in Berlin oder in Brüssel.

Das ist er aber nicht: Als EU-Parlamentspräsident hat er für „Vergemeinschaftung" europäischer Staatschulden getrommelt, für immer noch mehr Geld an Griechenland. EU-Politiker wie er haben den politischen Rahmen abgesteckt, in dem EZB-Präsident Mario Draghi seine verheerende Nullzinspolitik betreiben kann. Beides geht zulasten eben jener „hart arbeitenden Menschen" in Deutschland, an die Schulz sein Herz verloren haben will.

Trotz der Asylflut fiel er dem Ungarn Viktor Orbán in den Rükken, dessen Grenzschließung Deutschland 2015 vor einem Desaster bewahrt hat. Und nicht zuletzt steht Schulz für eben jene abgehobene Brüsseler Elite, welche in ihrem arroganten Unfehlbarkeitsdünkel die EU an den Rand des Auseinanderbrechens gefahren hat. Wer in England für den „Brexit" warb, vergaß nicht, Herrn Schulz anzuführen, und schon konnte er sich weiterer Stimmen sicher sein. Martin Schulz steht nicht für Neuanfang, er steht für die demagogisch schlau verpackte Fortsetzung eines falschen Weges. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Einfach löschen

Das Niveau der politischen Streitkultur in Deutschland hat längst einen Tiefpunkt erreicht. An die Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist dessen persönliche Herabsetzung getreten. SPD-Minister und Funktionäre beschimpfen AfD-Anhänger und Pegida-Marschierer als Pack, Mischpoke, Lumpen und selbstverständlich als Nazis. Josef Joffe, Herausgeber der „Zeit" und damit Chef des linksliberalen Leitmediums der Bundesrepublik, tritt im Staatsfernsehen gar für Mord am politischen Gegner ein.

Nun hat es einen „von der anderen Seite" getroffen: Martin Schulz. Das mag noch nicht einmal unverdient sein. Denn auch er ist bei der Bezeichnung von Personen, die er rechts der von ihm selbst definierten Mitte verortet, nicht zimperlich. Doch was derzeit unter dem Schutz der Anonymität des Internets an falschen Tatsachenbehauptungen über ihn geäußert und ungeprüft tausendfach per Mausklick weiterverbreitet wird, ist geschmacklos. Besonders perfide ist die Behauptung, Martin Schulz sei der Sohn des ehemaligen Leiters der politischen Abteilung des NS-Konzentrationslagers Mauthausen, Karl Schulz – verbunden mit der Frage, ob der Sohn vor diesem familiären Hintergrund als Kanzler wohl Konzentrationslager für unbequeme Bürger fordern werde. Selbst wenn der Vater ein SS-Mörder gewesen sein sollte, wäre das nichts, was man dem Sohn anlasten könnte. Und damit, der Welt einzureden, dass jedem Biodeutschen ein Massenmordgen innewohnt, ist schon der US-Soziologe Daniel Jonah Goldhagen gescheitert.

Schulz hat als EU-Politiker so viel auf dem Kerbholz, dass es ausreichend Grundlagen für seriöse Kritik an ihm gibt. Für alles andere gibt es die Löschtaste.

Riskante Visafreiheit

Ausschuss des EU-Parlaments öffnet das Tor für Georgier

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EU-Parlaments hat vergangenen Monat für die Visafreiheit für Georgier gestimmt und damit den Weg für ein Vorhaben freigemacht, das eigentlich schon seit dem Mai des Vorjahres als beschlossen galt. Begründet wird der Schritt vor allem mit politischen Erwägungen. In Brüssel und Straßburg gilt die Visabefreiung „als ein wichtiges Instrument, um die pro-europäischen Kräfte zu stärken".

Eine Signalwirkung könnte das schon länger verfolgte Projekt einer Visafreiheit für ehemalige Sowjetrepubliken wie Georgien oder die Ukraine allerdings auch für die hiesige Bevölkerung haben. Zu befürchten ist nämlich, dass insbesondere die Bekämpfung der Einbruchs- und Diebstahlkriminalität künftig als noch schwieriger herausstellen wird als jetzt schon. So hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) unter Hinweis auf die kriminellen Aktivitäten georgischer Banden in Deutschland lange Zeit Widerstand gegen die Visafreiheit für Bürger des Kaukasusstaates geleistet. Berufen konnte er sich dabei auf eine bereits vor einigen Jahren erstellte Analyse des Bundeskriminalamts (BKA). Zusammengetragen hatte das BKA Erkenntnisse, gemäß denen Kriminelle aus Georgien gezielt die lange Dauer der deutschen Asylverfahren nutzen, um hierzulande systematisch und intensiv Straftaten zu begehen.

Wie zur Bestätigung dieses Befundes tauchten nur wenige Tage nach dem Beschluss zur Visafreiheit für Georgier Berichte über einen Großeinsatz der Bundespolizei im mitteldeutschen Raum auf. Rund 600 Beamte durchsuchten dabei in Sachsen und Sachsen-Anhalt Dutzende Objekte und vollstreckten Haftbefehle. Unter den 15 Festgenommenen befanden sich allein zehn Georgier, die als Diebesbande vor allem Einzelhandelsgeschäfte im Visier gehabt haben sollen. *Norman Hanert*

Knabe pariert Attacken

Stasi-Gedenkstättenleiter weist »Tagesspiegel«-Bericht zurück

Seit Hubertus Knabe, der Leiter der Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die von der Linkspartei initiierte Berufung des mittlerweile unter öffentlichem Druck zurückgetretenen Ex-Stasimitarbeiters Andrej Holm zum Berliner Baustaatssekretär als „Tabubruch" und „Verhöhnung der DDR-Opfer" anprangerte, steht er in der Kritik der Linken. In dieses Kreuzfeuer stimmt nun auch ein Teil der Hauptstadtpresse ein, darunter der linksliberale „Tagesspiegel". Dieser wirft Knabe vor, er habe durch die Weitergabe von Unterlagen zur Stasi-Vergangenheit Holms womöglich gegen das Stasi-Unterlagengesetz verstoßen. Dieses sehe die Herausgabe von Unterlagen an Medien nämlich nur in sehr engen Grenzen vor. Grund dafür sei der strenge Datenschutz angesichts der sensiblen persönlichkeitsbezogenen Informationen. Als Anstalt des öffentlichen Rechts sei die Stiftung, die das Erbe des zentralen Stasi-Untersuchungsgefängnisses verwaltet, und damit auch Knabe, an das Stasi-Unterlagengesetz gebunden.

Knabe wehrt sich gegen den Vorwurf, er habe Holms Stasi-Kader-Akte an Journalisten verteilt. Richtig sei, dass er lediglich einen Internetlink, der ihm in seinem Urlaub unaufgefordert zugegangen war, privat an zwei befreundete Journalisten weitergeleitet habe. Dieser Link habe zu Unterlagen geführt, die belegten, dass Holm hauptamtlicher Mitarbeiter des DDR-Staatssicherheitsdienstes gewesen sei.

Auch weist Knabe die Behauptung, er habe gegen das Stasi-Unterlagengesetz verstoßen, als falsch zurück. Tatsache sei, dass dem Gesetz zufolge Unterlagen über ehemalige Stasi-Mitarbeiter frei veröffentlicht werden dürften. Eine Genehmigung sei nicht erforderlich. Vielmehr sei die Veröffentlichung von Unterlagen über ehemalige Stasi-Mitarbeiter vom Gesetzgeber ausdrücklich gewünscht worden.

Knabe wirft seinen Gegnern vor, ihr Versuch, die öffentliche Debatte über die Stasi-Tätigkeit Holms durch wahrheitswidrige Beschuldigungen zu beeinflussen, sei „von Unkenntnis der Gesetzeslage" geprägt. *J.H.*

MELDUNGEN

Doch Geld für Terroropfer

Berlin – Den Opfern des Terroranschlags vom Berliner Breitscheidplatz soll schnell und unkompliziert geholfen werden. Dazu arbeiten die beteiligten Ressorts an einer weiten Auslegung des Opferentschädigungsgesetzes, um es für die Geschädigten vom Breitscheidplatz doch anwenden zu können. Eigentlich ist dies nicht möglich, weil die Tat mit Hilfe eines Kraftfahrzeugs begangen wurde (siehe *PAZ* 1/2017). Zudem sind die Betroffenen auf den Härtefall-Fonds des Bundestages verwiesen worden, über den schon erste Soforthilfen ausgezahlt wurden. Nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, das für die Opferentschädigung zuständig ist, könnte für Menschen mit geringeren Schädigungen der Verkehrsopfer-Fonds hilfreicher sein. *J.H.*

Türkei arrangiert sich mit Assad

Ankara – Noch im August 2016 hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, nachdem seine Truppen in Syrien einmarschiert waren, erklärt: „Wir sind eingerückt, um die Herrschaft des Tyrannen Assad zu beenden, der Staatsterrorismus betreibt.“ Nun will die Türkei nicht mehr auf einer Lösung des Bürgerkriegs in Syrien ohne Präsident Baschar al-Assad bestehen. Die Schuld für das Leiden des syrischen Volkes trage zwar klar Assad, sagte der türkische Vize-Ministerpräsident Mehmet Simsek beim Weltwirtschaftsforum in Davos, aber die türkische Regierung müsse pragmatisch und realistisch sein. Die Situation in Syrien habe sich dramatisch verändert. Mit „dramatisch verändert“ meinte der türkische Vize-Premier die neue starke Rolle Moskaus, der sich die Türkei nach sechs Jahren des ziellosen Taktierens und der vergeblichen Suche nach einer eigenen Linie in Syrien jetzt untergeordnet hat. *B.B.*

EU gefährdet Reisebüros

Berlin – In deutschen Reisebüros geht die Existenzangst um. Grund ist eine neue EU-Richtlinie. Derzeit gibt es bei Pauschalreisen einen weitreichenden Verbraucherschutz, indem der Kunde Mängel beim Veranstalter geltend machen kann. Wer sich dagegen seine Reise im Internet zusammenstellt, muss sich bei Mängeln direkt mit dem jeweiligen Leistungsanbieter auseinandersetzen, etwa mit der Fluggesellschaft oder dem Hotel. Das gilt auch, wenn die verschiedenen Bestandteile der Reise über ein Reiseportal gebucht wurden. Die neue EU-Richtlinie sieht vor, dass der Betreiber des Reiseportals wie ein Pauschalreiseanbieter in der Pflicht ist. Eine solche Gesamthaftung soll aber auch gelten, wenn ein herkömmliches Reisebüro eine individuelle Reise mit mehreren Elementen zusammenstellt. Mit dieser weitreichenden Haftung sehen sich viele kleine Reisevermittler überfordert. Denn entweder müssten sie teure Versicherungen abschließen, um sich gegen die Haftungsrisiken abzusichern, oder sie müssten sich jeden Reisebestandteil einzeln bezahlen lassen – also erst den Flug, dann das Hotel und so weiter. Denn sobald es einen Zahlungsvorgang für mehr als ein Produkt gibt, ist dies nach der Neuregelung wie eine Pauschalreise zu werten. *J.H.*

Einig im Kampf gegen IS und al-Nusra

Die Erfolge der Syrien-Friedenskonferenz in Astana halten sich in Grenzen, aber es gibt sie

Nachdem es den Garantiemächten Russland, Türkei und Iran gelungen war, einen Waffenstillstand im Syrienkrieg zu erreichen, waren der nächste Schritt Friedensgespräche in der kasachischen Hauptstadt Astana. Ihr Ergebnis ist zwiespältig.

Seit einem Monat ist die Anteilnahme der Staats- und Konzernpresse am Geschick der syrischen Stadt Aleppo erloschen. Solange die anhaltenden Kämpfe der Regierungstruppen mit russischer Unterstützung gegen verschiedene islamische Gruppierungen dazu missbraucht werden konnten, vor allem Russland die Vernichtung von Schulen, Krankenhäusern und Wohnungen vorzuwerfen, quollen die Zeitungsspalten und TV-Kanäle über von syrischen Gräueln – jetzt herrscht seit vier Wochen nahezu Schweigen.

Der Grund ist leicht einzusehen. Die leidlich stabile Waffenruhe hält weitaus länger an, als man zu Beginn hatte hoffen dürfen, und sie war unter russischer Federführung mit der Beteiligung des Iran und der Türkei zustande gekommen. Damit hatte Russland in Syrien die USA nicht nur militärisch, sondern auch diplomatisch bloßgestellt, ein Umstand, den der transatlantische Journalismus natürlich gerne verschweigt.

Immerhin erwies sich der Waffenstillstand als so tragfähig und er dauert schon so lange an, dass es Vertretern der verschiedenen Oppositionsgruppen möglich erschien, der Einladung Russlands und der beiden anderen Garantiemächte in die kasachische Hauptstadt Astana zu folgen, um dort über die weitere Entwicklung zu beraten. Dabei ging es auch um eine mögliche Friedensordnung nach einer endgültigen Beendigung der Kriegshandlungen.

Dazu legte die russische Delegation unter der Leitung des Chefunterhändlers Alexander Lawrentjew der syrischen Opposition den Entwurf einer Verfassung vor. Dies solle keinerlei Druck bedeuten, betonte der Diplomat: „Wir haben das nur getan, um diesen Prozess zu beschleunigen und ihn voranzutreiben, ohne uns in Beratung und Annahme einer neuen Verfassung einzumischen.“ Ein unverbindlicher Vorschlag also als Verhandlungsgrundlage.

Wie schwierig die Materie in der Praxis ist, zeigt der Umstand, dass die Auffassungen über die neue syrische Ordnung auch innerhalb der Verhandlungspartner in Astana ganz verschieden sein können. So widerspricht beispielsweise die Türkei der russischen Vorstellung, dass Syrien ein säkularer Staat bleiben solle. Der ständige UN-Botschafter Syriens, Baschar al Dschafari, der in Astana die Regierung vertrat, sagte: „Wir haben darauf bestanden, dass Syrien ein bürgerlicher und säkularer Staat bleibt. Aber die Abordnung der Türkei und der bewaffneten syrischen Opposition haben diesen Vorschlag abgelehnt.“ Insofern haben sich die Fronten noch nicht sehr bewegt, aber die verschiedenen Auffassungen wurden nun am Verhandlungstisch ausgetragen, nicht sofort wieder auf dem Schlachtfeld, wenigstens vorerst.

> Moskau, Ankara, Teheran, Damaskus und Syriens Rebellen waren vertreten, Washington und die sogenannte Riad-Gruppe nicht

In anderen Belangen herrschte in Astana größere Einigkeit. Von türkischer Seite verlautete: „Die Einhaltung der Waffenruhe in Syrien gehört zu den Schlüsselthemen der Verhandlungen. Wir erörtern die Möglichkeit eines dreiseitigen Mechanismus zwischen der Türkei, Russland und dem Iran zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstandes. Die Vertreter der drei Länder werden sich voraussichtlich regelmäßig treffen, um die Einhaltung des Waffenstillstandes zu kontrollieren.“

Zwiespältig ist auch das endgültige Ergebnis von Astana. Die Opposition nahm davon Abstand, die Schlusserklärung nach den Verhandlungen zu unterzeichnen, doch hat man sich darauf geeinigt, gemeinsam gegen die Terroristen zu kämpfen, und als solche gelten einvernehmlich der Islamische Staat (IS) und die al-Nusra-Front. Der Delegationschef der Opposition, Mohammed Alloush, dankte dem Initiator Russland für die Bemühungen und sagte: „Wir hoffen und wollen, dass Russland weiterhin eine positive Rolle bei der Herstellung des Friedens sowie der Unterstützung eines realen, gerechten politischen Prozesses mit dem Ziel einer Regelung in Syrien spielen wird.“ Anerkennung für Moskau kam auch von überraschender Seite. Frankreichs Außenminister Jean-Marc Ayrault bekannte anlässlich des Antrittsbesuches seines neuen deutschen Kollegen Sigmar Gabriel: „Astana ist eine Etappe ... Es gibt aber die Initiative Russlands, der Türkei und des Iran, die mit der Unterzeichnung einer Resolution über die Waffenruhe endete. Und sie haben die Verantwortung übernommen, die Bedingungen für die Feuerpause zu gewährleisten.“

Bei allem, was in Astana an Wünschen offengeblieben sein mag, hatte die Konferenz zusätzlich die weiterführende Funktion der Vorbereitung der in Aussicht genommenen Gespräche von Genf. Ursprünglich sollten sie Anfang Februar beginnen, nun aber sind sie auf das Monatsende verschoben worden. Diese Gespräche werden unter der Ägide der Vereinten Nationen stattfinden.

Zu der Verzögerung kam es hauptsächlich deshalb, weil die sogenannte Riad-Gruppe sich gegen die Gespräche wehrt. Dabei handelt es sich um syrische Opposition im Ausland, die in Saudi-Arabien sitzt und von der dortigen Regierung unterstützt wird. Bei einem Gespräch mit anderen syrischen Regierungsgegnern in Moskau warnte der russische Außenminister Sergej Lawrow die Riad-Gruppe, die Gespräche zu boykottieren. Mit Blick auf die UN sagte er: „Wenn man ständig auf die launenhafte Haltung der sogenannten Gruppe von Riad Rücksicht nehmen wird, wird man auch die syrische Regelung überhaupt niemals anpacken können.“

Zur Konferenz von Astana waren auch die USA eingeladen gewesen, nahmen aber nicht daran teil. Hingegen hat das US-Militär zur selben Zeit damit begonnen, im Norden Syriens einen Stützpunkt zu errichten. Dieser liegt beim Dorf Til Beder bei al Hasaka im Kurdengebiet und soll die größte US-Basis in Syrien werden. Eine Erlaubnis der Regierung in Damaskus für diese Maßnahme liegt nicht vor. *Florian Stumfall*



Auf der abschließenden Pressekonferenz: Vorstellung der Schlusserklärung Bild: <action press

Die Angreifer werden immer professioneller

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zeichnet in seinem Lagebericht ein alarmierendes Bild

Neben den immensen Vorteilen, welche die neuen Technologien bieten, vergrößert sich andererseits die Komplexität der Bedrohungslage durch die vielen Möglichkeiten für Cyber-Angriffe. Unser alltägliches Leben ist mittlerweile überaus verwundbar für sie geworden. Je abhängiger eine Bevölkerung von funktionierender Informationstechnik und sicheren Informationsstrukturen wird, desto mehr Bedeutung erlangt die Informationstechnologie-Sicherheit. Während der jetzt 25 Jahre seines Bestehens hat sich das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Bonn mit seinen 660 Mitarbeitern über die Verschlüsselung von Informationen und den Schutz des Regierungsnetzes zur nationalen Cyber-Sicherheitsbehörde entwickelt.

Gemäß seinem kürzlich veröffentlichten Lagebericht war das abgelaufene Jahr geprägt von einer weiter ansteigenden Professionalisierung der Angreifer und deren Angriffsmethoden, wobei gleichzeitig klassische bisherige Abwehrmaßnahmen weiter an Wirksamkeit verlieren. Diese Entwicklung verläuft im europäischen Ausland ähnlich, zumal die Angriffe zumeist eine internationale Komponente aufweisen. Von 404 durch das BSI untersuchten Vorfällen betrafen 98 Prozent die Verfügbarkeit von sogenannten Cloud Services und basierten zumeist auf Fehlern in der Software, die durchweg auf technisches und nur selten auf menschliches Versagen zurückzuführen waren. Fast alle Angriffe konnten innerhalb einer Stunde abgewehrt werden.

Eine nach wie vor relevante Bedrohung für die Sicherheit von IT-Systemen sind Schwachstellen in Softwareprodukten. Um Angreifern deren Ausnutzung zu verwehren oder zumindest zu erschweren, ist ein Installieren der aktuellsten Software- oder Sicherheitsupdates wichtig. Als typisches Beispiel erwähnt der BSI-Jahresbericht drei Kliniken, die IT-Services über ein zentrales Rechenzentrum beziehen und infolge eines Service-Ausfalls ohne elektronische Dokumentation arbeiten mussten. Die Störung dauerte rund 19 Stunden. Positiv wird vermerkt, dass bis jetzt als unwahrscheinlich anzusehen ist, dass kryptografische Systeme etwa durch fremde Nachrichtendienste gebrochen werden können.

> Klassische bisherige Abwehrmaßnahmen verlieren weiter an Wirksamkeit

Als Schadsoftware, Schadprogramme oder Malware werden Computersysteme bezeichnet, die negative Funktionen auf einen infizierten Computer ausführen. Gegenüber den Vorjahren haben sie sich abermals weiterentwickelt. In Deutschland werden täglich rund 380000 neue Schadprogrammvariationen gesichtet, ihre Zahl lag bis vergangenen August bei mehr als 560 Millionen.

Vergleichbar mit dem Trickbetrug an der Haustür setzen Cyber-Angreifer im Internet oft auch auf die Vortäuschung einer persönlichen Beziehung zum Opfer. Vorrangig werden Mitarbeiter im Finanzwesen von einem vorgetäuschten Absender – oft in Form einer real existierenden Führungskraft des eigenen Unternehmens – per Telefon oder E-Mail angewiesen, eine größere Summe von einem Geschäftskonto auf ein fremdes Konto zu überweisen. Während der letzten drei Jahre wurden in Deutschland 250 größere Betrugsfälle bekannt. Davon waren 68 erfolgreich, während 182 im Versuchsstadium blieben. Der Gesamtschaden betrug 110 Millionen Euro.

Unerwünscht zugesandte E-Mails, generell als Spam bezeichnet, haben 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 73 Prozent zugenommen und wiesen eine hohe Wirksamkeit auf. Die Cyber-Spionage zielt primär auf das Ausspähen von Informationen ab. Wenn auch weltweit rückläufig, so gibt es immer wieder die sogenannten DDoS-Angriffe (Distributed-Denial-of-Service-Angriffe), bei denen versucht wird, die Verfügbarkeit eines Dienstes durch eine Vielzahl von Anfragen oder Datenpakten zu beeinträchtigen. Drohende Umsatzeinbußen oder ebenso Reputationsverluste werden vom Angreifer als Druckmittel eingesetzt, mit denen sie versuchen, ihre Opfer unter der Androhung von DDoS-Attacken zu erpressen.

Eine der Hauptaufgaben des BSI ist die Abwehr von Gefahren für die Informationstechnologie (IT) der deutschen Bundesverwaltung durch ein mehrstufiges Sicherheitssystem. Cyber-Angriffe auf die Regierungsnetze finden täglich statt. Neben ungezielten Massenangriffen sind diese ebenso gezielten Angriffskampagnen ausgesetzt. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurden durchschnittlich etwa 44000 infizierte E-Mails pro Monat in Echtzeit abgefangen. Dabei handelt es sich um eine Vervierfachung gegenüber dem Vorjahr. Eingeräumt wird in diesem Zusammenhang, dass pro Tag schätzungsweise 400 Angriffe unerkannt blieben. Hierunter fallen täglich etwa 20 hochspezialisierte Attacken, die nachrichtendienstlichen Hintergrund aufweisen.

Aktuell beobachtet die Behörde Angriffe in Form von Datenhacks und Desinformationskampagnen auf Parteien, Medien und staatliche Einrichtungen, welche die Sorge vor einer ganz gezielten Manipulation der öffentlichen Meinung durch Dritte begründet. In besonderer Weise bereitet sich das BSI dabei auf die deutsche Bundestagswahl vor.

Erst kürzlich warnte der UN-Vizevorsitzende Eliasson eindringlich vor der wachsenden Gefahr einer Hackerattacke auf Atomanlagen mit einer unkontrollierten Freigabe radioaktiver Strahlung, dies wäre ein „Albtraum-Szenario“, Europa geht auch in dieser Hinsicht schweren Zeiten entgegen. *Friedrich-Wilhelm Schlomann*

»Die Partei wird von Alten regiert«

In der SPD gibt es kaum politische Talente, die nachrücken könnten

Martin Schulz soll für die SPD ein Rennen gewinnen, das fast schon verloren scheint. Der Wechsel an der Parteispitze offenbart ein eklatantes Nachwuchsproblem der Sozialdemokraten.

Ein Generationenwechsel sieht anders aus. Sigmar Gabriel, bisheriger Vizekanzler und SPD-Vorsitzender, räumt mit 57 Jahren das Feld und übernimmt das Außenministerium. Der frühere EU-Parlamentspräsident Martin Schulz tritt stattdessen im September gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel an und wird Gabriel in absehbarer Zeit auch an der Parteispitze beerben. Schulz wird in diesem Jahr 62 Jahre alt, es gibt Arbeitsnehmer, die gehen in diesem Alter in den Vorruhestand. Schulz blickt auf eine bewegte Vergangenheit zurück. Eine schwere Verletzung verhinderte eine Karriere als Profifußballer. Darauf folgte eine Ausbildung zum Buchhändler. Schließlich wurde er alkoholabhängig. Am Ende landete er in der Politik. Von 1994 an gehörte er dem Europaparlament an. Er erwarb sich in Straßburg und Brüssel den Ruf eines erbitterten Verfechters eines zentralistischen Europas. Der gelernte Buchhändler gilt als Gremienmensch, als Machtpolitiker, als einer, der Strippen ziehen kann.

In seinem Straßburger Büro habe ein Klima der Angst geherrscht, berichtet das Nachrichtenmagazin „Focus". „Ihr seid alle entlassen", sei sein Lieblingsspruch gewesen. Rheinisch-rustikal soll es bei dem ehemaligen Kommunalpolitiker aus Würselen öfter zugegangen sein, schreibt das Magazin. Als sein Pressesprecher im Flugzeug ein Frühstück bekommen sollte, habe Schulz bei der Stewardess interveniert: „Der Eierkopp kriegt nichts. Dat is ein Fresskopp." Langjährige Mitarbeiter berichten, Schulz habe sich mitten in der Nacht per SMS wecken lassen, sollte er in den Medien erwähnt worden sein. „Der Machtanspruch strömt aus jeder Pore", sagte er in einem Porträt über sich selbst.

Dass ihm dennoch bessere Chancen auf ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl zugetraut werden als Amtsvorgänger Gabriel, spricht Bände. Der bisherige Wirtschaftsminister hat seine Partei in ungeahnte Tiefen geführt. Knapp über 20 Prozent sehen die Meinungsforscher die Partei derzeit, in allen mitteldeutschen Bundesländern liegt sie hinter der Alternative für Deutschland.

Für Schulz spricht, dass er bei der Europawahl 2014 als Spitzenkandidat mit rund 27 Prozent ein akzeptables Ergebnis erzielt hat, allerdings bei einer Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent: „Die beiden Ämter, die ich am längsten ausgeübt habe, waren das eines Bürgermeisters und das eines Fraktionsvorsitzenden", sagte Schulz bei seiner Präsentation und ließ damit offen, welches Amt er nach einer möglichen Niederlage bei der Bundestagswahl anstreben werde. „Die Menschen müssen uns das Vertrauen geben. Ich will Kanzler werden, egal in welcher Koalition", sagt er zwar, aber wahrscheinlich ist es nicht, dass seine Partei nach der nächsten Wahl den Kanzler stellen kann. Derzeit zeichnet sich weder ab, dass die SPD stärkste Partei in einem rot-schwarzen Bündnis werden könnte, noch deutet sich eine Mehrheit für eine „Ampel" oder ein rot-rot-grünes Bündnis an. Der Weg zurück nach Europa ist für Schulz verbaut.

> Von der jüngeren Garde ist nur Andrea Nahles für die kommende Legislaturperiode gesetzt

Dass die Partei die frühere Justizministerin Brigitte Zypries als Nachfolgerin Gabriels im Wirtschaftsressort nominiert hat, spricht dafür, dass das Amt im nächsten Kabinett neu vergeben wird. „Kann Schulz Wirtschaft", fragte der Nachrichtensender NTV, und führende Genossen antworten mit „Nein". Sollte der SPD erwartungsgemäß erneut die Juniorrolle in der nächsten Bundesregierung zukommen, könnte Schulz nach dem Außenressort greifen. Die Rolle des Weltpolitikers gefällt ihm ohnehin besser als trockene Innenpolitik. Dass Gabriel, der am Ende ziemlich einsam dastand, bei einem solchen Szenario über Bord gehen könnte, gilt als wahrscheinlich.



Ein 57-Jähriger räumt für einen 61-Jährigen das Feld: Sigmar Gabriel (r.) und Martin Schulz Bild: pa

Die Bilanz an der Spitze der SPD sieht katastrophal aus. Zweimal hat er sich vor einer Kanzlerkandidatur gedrückt, die Umfragewerte sind stabil niedrig.

Politische Talente, die nachrücken könnten, gibt es in der SPD kaum welche. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz ist einer, der gezeigt hat, dass er Wahlen gewinnen kann. Er wurde zwischendurch als Kompromisskandidat für die Bundestagswahl gehandelt, fiel aber dem Machtpoker der Männerfreunde Gabriel und Schulz zum Opfer. Hannelore Kraft geht in Nordrhein-Westfalen in einen schwierigen Wahlkampf, gleiches gilt für Thorsten Albig in Schleswig-Holstein. Alle drei haben die 50 ohnehin schon überschritten, sind dem Talentstatus entwachsen. Jung ist dagegen Anke Rehlinger, die Wirtschaftsministerin und Spitzenkandidatin an der Saar. Doch die 40-Jährige ist kurz davor, sich eine historische Schlappe abzuholen. In letzten Umfragen lag sie nur bei rund 24 Prozent.

Und Berlins blass-biederer Bürgermeister Michael Müller hat mit seinem rot-rot-grünen Bündnis erst kürzlich einen katastrophalen Fehlstart hingelegt und sich für höhere Aufgaben komplett disqualifiziert. So ist von der jüngeren Garde nur Arbeitsministerin Andrea Nahles für die kommende Legislaturperiode gesetzt. Der 45-Jährigen kommt neben ihrem Alter zugute, dass sie als Vertreterin des linken Flügels dazu dient, diesen bei Laune zu halten. Justizminister Heiko Maas ist zwar präsent in den Medien, hat im heimischen Saarland aber drei Landtagswahlen in den Sand gesetzt. Und die Juso-Vorsitzende Johanna Uekermann hat das Ringen um einen aussichtsreichen Listenplatz bereits verloren. „Die Partei wird von Alten regiert", lautet ihr bitteres Fazit.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Familiennachzug schwunghaft

Berlin – Immer mehr Asylsucher holen ihre Ehepartner und andere Familienangehörige nach Deutschland. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wurden 2016 weltweit gut 100 000 Visa zum Familiennachzug erteilt. Das entspricht einem Anstieg um 50 Prozent. In diesen Angaben sind auch Familiennachzüge zu Personen enthalten, die mittlerweile einen deutschen Pass erhalten haben. Besonders stark ist der Nachzug von Syrern und Irakern angestiegen. Allein für diese beiden Länder wurden rund 73 000 Visa erteilt. Das sind etwa dreimal so viele wie 2015. Für die Angehörigen der etwa 65 000 unbegleiteten minderjährigen Asylsucher in Deutschland wurden 3200 Visa erteilt. *J.H.*

»Ramstein schließen«

Berlin – Die Bundestagsfraktion der Linkspartei fordert die Schließung des umstrittenen US- und Nato-Stützpunkts Ramstein in Rheinland-Pfalz. Die Bundesregierung habe Ende vergangenen Jahres einräumen müssen, dass US-Kampfdrohnen, mit denen sogenannte „gezielte Tötungen" vorgenommen werden, auch über den Stützpunkt Ramstein geführt werden, heißt es in einem parlamentarischen Antrag der Fraktion. „Nach dem Grundgesetz dürfen deutsche Hoheitsträger auf oder über deutschem Hoheitsgebiet keine völkerrechtswidrigen Handlungen vornehmen beziehungsweise Zustände dulden", schreiben die Abgeordneten darin weiter. Somit dürften sie auch keine Überflugrechte gewähren oder Signalweiterleitungen dulden, „wenn diese etwa von ausländischen Streitkräften im Rahmen völkerrechtswidriger Militäraktionen in Anspruch genommen werden sollen". Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Stationierungsabkommen mit den USA und der Nato für die Basis aufzukündigen. *J.H.*

»Realistische Option«

Bundeskriminalamt warnt vor Chemiewaffen in Terroristenhand

Das Bundeskriminalamt (BKA) warnt in einer Risikoanalyse vor Terroranschlägen, die von radikalen Moslems mithilfe chemischer Stoffe durchgeführt werden. Laut einem Bericht der „Bild" sieht das BKA die Gefahr, dass Terroristen willens und fähig sind, „größere Mengen Chemikalien zu beschaffen und diese auch einzusetzen". Das BKA sieht Chemie-Anschläge auf die Trinkwasserversorgung von Mehrfamilienhäusern wie die Vergiftung von Lebensmitteln als „realistische Option" an. Hingewiesen wurde zudem auf ein hohes Gefährdungspotenzial bei Einrichtungen der chemischen Industrie und Transporten der Chemie-Branche. In dem Regierungsbericht werden offenbar auch die Gefahren für die Bevölkerung detailliert aufgeführt und welche Herausforderungen bei einem Chemie-Attentat auf Sicherheitsbehörden und Rettungskräfte zukämen. Laut dem Pressebericht schneiden die BKA-Experten in diesem Zusammenhang auch die Frage eines Einsatzes der Bundeswehr im Inland an.

Die explizite Warnung vor Giftanschlägen auf die Wasserversorgung von Mehrfamilienhäusern rührt daher, dass Giftanschläge über das zentrale Wassernetz mit einer viel höheren Zahl von Opfern als relativ schwierig gelten. „Wir haben uns einige Jahre intensiv mit der Thematik beschäftigt, und sind am Ende zum Schluss gekommen, dass aus Sicht von Terroristen eine solche Anschlagsart nicht sehr effektiv sein würde. Da müsste man schon mit einem ganzen Tankwagen zum Wasserwerk fahren", so die Einschätzung eines Zivilschutzexperten einer deutschen Großstadt gegenüber der *PAZ*. Zwar sind genug hochtoxische Substanzen bekannt, die prinzipiell für eine Vergiftung von Trinkwasser in Frage kommen. Als entscheidender Schwachpunkt einer solchen Anschlagsart wurden allerdings die Trägersubstanzen für die jeweiligen Gifte ausgemacht.

> BKA schneidet den Bundeswehreinsatz im Innern an

Schon vor dem BKA hatten sich Sicherheitsexperten für die Plattform Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ) mit der Frage beschäftigt, welche Bedrohung von atomaren, biologischen und chemischen Kampfmitteln als Terrormittel ausgeht. Das Fazit der Untersuchung zum Einsatz von ABC-Kampfmitteln: „Das Risiko ist vorhanden, plausibel und gut nachvollziehbar zu begründen." Zugrunde lag die Überlegung, dass mittlerweile das nötige Wissen zur Herstellung und Verbreitung von ABC-Kampfstoffen nicht mehr nur staatlichen Akteuren, sondern grundsätzlich einer breiteren Masse zugänglich ist. Zudem entspricht die spektakuläre Wirkung von ABC-Kampfstoffen exakt dem, was Terroristen sich von Anschlägen erwarten. Als größte Gefahr wurden in der Studie von Terroristen in Umlauf gebrachte Pockenviren ausgemacht. Dahinter folgen speziell entwickelte Grippeviren und chemische Kampfstoffe wie VX-Nervengas und Senfgas. Wegen der guten Verfügbarkeit von geeignetem Material ist zudem der Einsatz von Bomben denkbar, die mit radioaktivem Material verseucht wurden.

Hinweise, dass radikale Moslems möglicherweise Anschläge auf Atomeinrichtungen planen, sind bereits vor einiger Zeit in Belgien aufgetaucht. Dort wurde im Zuge von Ermittlungen gegen Islamisten aufgedeckt, dass diese einen Spitzenforscher des belgischen Nuklearforschungszentrums SCK-CEN in Mol ausspioniert hatten.

Norman Hanert

Zeitzeugen



Sahin Ali Söylemezoglu – In seinem Machwerk „Die andere Seite der Medaille. Hintergründe der Tragödie von 1915 in Kleinasien“ behauptet der Volkswirt und Hobbyhistoriker, dass es den Genozid an den Armeniern gar nicht gegeben habe und dieses Volk vielmehr seinerseits für die Ermordung von drei Millionen türkischen Muslimen verantwortlich sei. Die DITIB setzt Söylemezoglu gerne als Gastredner ein – und im April 2016 durfte er dann sogar auch an der Universität Duisburg-Essen einen Hetzvortrag halten.

Stefan Muckel – Auf Initiative des Senders Deutschlandradio hat der Kölner Professor für Öffentliches Recht und Kirchenrecht, ein renommierter Gutachter in Sachen islamischer Verbände, die Satzung der DITIB eingesehen und danach bestätigt, dass sie tatsächlich unter direkter Kontrolle der türkischen Regierung steht.



Bekir Alboga – Nachdem die Spionageaktivitäten der Imame der Deutsch-Türkischen Union aufgeflogen waren, stellte der DITIB-Generalsekretär das Ganze als bedauerliche „Panne“ hin. Die Geistlichen hätten keine diesbezügliche Anweisung des Diyanet in Ankara erhalten, wie die Zeitung „Cumhuriyet“ behaupte, sondern seien – wenn überhaupt – irrtümlich tätig geworden. Dem widersprechen freilich zahlreiche Kenner der DITIB-Gepflogenheiten.

Niyazi Baloglu – Zu den 18 Gründungsvätern der DITIB, die sich am 5. Juli 1984 in Köln zur ersten Mitgliederversammlung trafen, gehörte auch der türkische Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten, der dann sofort zu ihrem ersten Vorstandsvorsitzenden aufstieg. Damit war von Anfang an gewährleistet, dass die DITIB unter strikter Kontrolle Ankaras stand.



Abdel-Hakim Ourghi – Der deutsch-algerische Islamwissenschaftler forderte kürzlich im Interview mit dem Monatsmagazin „Cicero“ ein gesetzliches Verbot der Finanzierung von hiesigen Islamverbänden wie der DITIB durch ausländische Regierungen. Zuvor hatte ihn der führende DITIB-Funktionär Murat Kayman Ourghi als „Abtrünnigen“ bezeichnet, was als impliziter Mordaufruf gewertet werden kann.

Verlängerter Arm Ankaras

Die DITIB wird über die Diyanet vom türkischen Ministerpräsidentenamt gesteuert

Nachdem Ende 2016 bekannt geworden war, dass Imame, also Vorbeter, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) angebliche Gegner Recep Tayyip Erdogans in Deutschland ausspioniert hatten, hat die Generalbundesanwaltschaft nun offizielle Ermittlungen wegen geheimdienstlicher Tätigkeit zum Vorteil einer fremden Macht aufgenommen. Das rückt die dubiose DITIB erneut in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Der Dachverband zur Koordinierung sämtlicher Aktivitäten der rund 970 türkischen Moschee-Gemeinden in der Bundesrepublik untersteht dem staatlichen Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet) in Ankara, das seinerseits wiederum direkt vom Amt des Ministerpräsidenten gesteuert wird und für die Entsendung der Imame sorgt, die in den DITIB-Moscheen predigen – auf Türkisch. Das Diyanet zahlt auch die Gehälter der Geistlichen, was diese faktisch zu Regierungsangestellten macht. Sein Budget lag 2016 bei immerhin umgerechnet 1,8 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich, dass die DITIB zweifelsfrei der verlängerte Arm der türkischen Führung ist und darüber hinaus auch eine politische Vorfeldorganisation von Recep Tayyip Erdogans muslimisch-konservativer Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP). Ersteres geht dabei sogar ganz ausdrücklich aus der Satzung des im Juli 1984 gegründeten Vereins hervor. Die ist seit der Gründung unveröffentlicht geblieben, kann aber beim zuständigen Amtsgericht in Köln eingesehen werden. In dem Schriftstück findet sich ein Passus, der die absolute Entscheidungsbefugnis der im obersten DITIB-Leitungsgremium sitzenden Diyanet-Funktionäre festschreibt.

Imame werden von der Diyanet entsendet und bezahlt

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass die Imame für den türkischen Nationalen Nachrichtendienst (MIT) spionieren – zumal der Geheimdienst genauso von fundamentalistischen Muslimen durchsetzt ist wie die DITIB. Die DITIB vertritt nämlich nicht nur die Interessen Ankaras, sondern gleichfalls einen in der Tendenz klar fortschrittsfeindlichen, illiberalen Islam. Das äußert sich sowohl in massiver Integrationsverweigerung als auch in zunehmend aggressiver Stimmungsmache gegen die christliche und auch die jüdische Kultur in Deutschland. Dabei kommen streckenweise sogar das Vokabular und die Symbolik des Islamischen Staates zum Einsatz, wie der DITIB-Kenner Ahmad Mansour kürzlich im „Hamburger Abendblatt“ feststellte.

Angesichts dessen haben mittlerweile zwei Bundesländer die laufenden Verhandlungen ausgesetzt, in denen es um den Abschluss formeller Staatsverträge mit der DITIB ging – nämlich Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Dahingegen herrscht anderswo nach wie vor Blauäugigkeit. So sieht die rot-grüne Koalition in Hamburg immer noch keine Veranlassung, die bereits im Jahre 2012 unterzeichneten Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Stadtstaat und muslimischen Verbänden wie eben der DITIB aufzukündigen, obwohl längst feststeht, dass man es hier mit erklärten und/oder militanten Gegnern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu tun hat. Deshalb darf die DITIB auch weiterhin Einfluss auf die Gestaltung des Bildungswesens in der Hansestadt nehmen, was gewiss noch fatale Folgen zeitigen wird.

Wolfgang Kaufmann

»›Auschwitz-Lüge‹ auf Türkisch«

Zwischen 1915 und 1917 wurden im Osmanischen Reich, das damals unter der Herrschaft einer Militärjunta stand, bis zu 1,5 Millionen christlicher Armenier ermordet. Diesen ersten Genozid des 20. Jahrhunderts leugnet die Türkei bis heute, obwohl der damalige Großwesir Damat Ferid Pascha das Verbrechen bereits am 11. Juni 1919 offiziell eingestanden hatte. Ankara spricht lieber von kriegsbedingten Deportationen sowie vom „Sözde ermeni soykırımı“, also dem „angeblichen Völkermord an den Armeniern“. Und die von staatlichen Geldern der Türkei abhängige DITIB vertritt hier die Regierungslinie. Das wird unter anderem dadurch garantiert, dass sämtliche Imame vor ihrer Entsendung nach Deutschland spezielle Schulungen durchlaufen, in denen sie lernen, die Behauptung weiterzuverbreiten, dass der Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich ein „Mythos“ sei. Der Islamkritiker Ralph Giordano sprach in diesem Zusammenhang von „‚Auschwitz-Lüge‘ auf Türkisch“.

Leugnung des Armenier-Genozids

Ebenso gehörte die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion zu den insgesamt 557 türkischen Immigrantenverbänden, die Stimmung gegen die Armenienresolution des Bundestages vom 2. Juni vergangenen Jahres machten, in der das Parlament mit lediglich einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung den „Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten“ im Osmanischen Reich benant hat. In diesem Zusammenhang distanzierte sich die DITIB nur sehr halbherzig und reichlich spät von den Morddrohungen, die nach dem Votum gegen türkischstämmige Abgeordnete wie Cem Özdemir und Aydan Özoguz laut geworden waren. Darüber hinaus erklärte der Leiter der Abteilung für die Außenbeziehungen des Vereins, Zekeriya Altug, die DITIB-Mitglieder fühlten sich nun nicht mehr von den Parlamentariern mit türkischen Wurzeln vertreten. Mit solcherlei Aktionen sabotiert die DITIB die Integration der Zuwanderer aus Erdogans Reich. *W.K.*



Die DITIB ist in Deutschland vielfältig präsent: DITIB-Zentralmoschee Köln

Bild: Raimond Spekking / CC BY-SA 4

Hetze gegen Christen

Seit über zwei Jahren folgt ein Skandal dem nächsten

Nach ihrer Gründung im Jahre 1984 trat die DITIB in Deutschland zunächst relativ moderat auf – abgesehen von der provokanten Benennung vieler Moscheen nach dem notorischen Christenschlächter Sultan Mehmed II. (1432–1481) und der üblen Polemik gegen aufgeklärte Muslime, die das strikt konservative Weltbild der DITIB kritisierten. Das änderte sich dann jedoch vor gut zwei Jahren. Seither folgte ein Skandal dem anderen.

So bieten die türkischen Moscheen hierzulande jetzt nicht mehr nur – wie schon des Längeren – den berüchtigten neofaschistischen und ultranationalistischen Grauen Wölfen eine Heimstatt, sondern auch Sympathisanten des Islamischen Staates. Davon zeugen entlarvende Fotos, auf denen Mitglieder der DITIB einschließlich des Vorstandsmitglieds Ali D. in Dinslaken den IS-Gruß zeigen. Ebenfalls viel Aufsehen erregte die DITIB Melsungen mit zahlreichen antisemitischen Äußerungen auf der Internetseite der Gemeinde. Juden seien bösartig, geizig und feige. Darüber hinaus hätten sie sogar ihren eigenen Propheten umgebracht.

Im Jahre 1984 fing alles scheinbar harmlos an

Meist richtet sich die Hetze aber gegen Christen beziehungsweise deutsche Bräuche. Bestes Beispiel hierfür ist die Zeichnung, die Ende 2016 von verschiedenen DITIB-Gruppierungen in den sozialen Netzwerken verbreitet wurde. Sie zeigt, wie der Weihnachtsmann Faustschläge von einer offensichtlich muslimischen Person erhält. Darunter prangte der türkischsprachige Slogan: „Nein zu Weihnachten und Silvester!“

Ebenfalls zum Politikum geriet eine im März vorigen Jahres in Umlauf gelangte Broschüre des staatlichen türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet), unter deren Dienstaufsicht die DITIB steht. Die Publikation belehrte türkische Kinder in Deutschland, wie wunderbar doch der Märtyrertod sei. Daraufhin sah sich sogar das bisher überaus DITIB-freundliche Innenministerium von Nordrhein-Westfalen veranlasst, das gemeinsame Präventionsprojekt „Wegweiser“ zur Eindämmung des islamischen Extremismus unter Jugendlichen auslaufen zu lassen. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Furcht vor totalem Fiasko

BER: Kann der Hauptstadtflughafen überhaupt je eröffnet werden?



Was ist, wenn die Anlage gar nicht funktionieren kann? Flughafenkoordinator Rainer Bretschneider (r.) im Dezember in Potsdam mit Flughafenchef Karsten Mühlenfeld

Bild: pa

Das Drama um den Flughafen BER nimmt kein Ende – und nährt damit einen dunklen Verdacht: Wird das einstige Prestige-Objekt womöglich niemals eröffnet? Verstecken die Verantwortlichen hinter der angeblich endlosen Pannenserie beim Brandschutz womöglich ein viel größeres, weil endgültiges Fiasko?

Nach den bisherigen Planungen sollten die Bauarbeiten an dem Großprojekt BER bis Ende Januar beendet sein. Zumindest nach den Vorstellungen der Verantwortlichen hätte dann im Oktober oder November dieses Jahres die Eröffnungsfeier des Hauptstadtflughafens stattfinden können. Die Frage, ob ein Test der Anlage, seine technische Abnahme und ein Probebetrieb tatsächlich in der knapp bemessenen Frist zu schaffen gewesen wären, bleibt zunächst unbeantwortet.

Neue Probleme haben die Terminplanung abermals obsolet gemacht. Wie inzwischen auch offiziell bestätigt wurde, können weder die Türen des Hauptterminals noch die Sprinkleranlage termingerecht fertiggestellt werden. Quellen berichten in diesem Zusammenhang von einer Fehlerquote von niederschmetternden 80 Prozent bei den rund 1400 Automatiktüren.

Im Fall der Sprinkleranlage wiederum sind Zweifel aufgetaucht, ob das System durch den nachträglichen Einbau tausender Sprinklerköpfe im Fall eines Brandes überhaupt noch den nötigen Wasserdruck aufweist. Fast in Vergessenheit geraten ist mittlerweile, dass bereits die 2012 abgeblasene Eröffnung zu einer ganzen Reihe von geplatzten Terminen und nicht eingehaltenen Ankündigungen gehört.

Bereits im Mai 2003 scheiterte der Versuch, einen privaten Investor für den Bau des Flughafens zu finden. Mit dem Scheitern einer Privatisierung war auch eine zunächst anvisierte Eröffnung im Jahr 2007 vom Tisch. Im Juni 2010 war schließlich klar, dass auch ein geplanter Eröffnungstermin zu Ende Oktober 2011 nicht zu schaffen war. Angepeilt wurde daraufhin der Juni 2012.

> Probleme mit dem Brandschutz könnten nur Vorwand sein

Nur vier Wochen vor dem Termin – die Umzugsvorbereitungen bei Fluglinien und Flughafenpersonal liefen bereits auf Hochtouren – mussten die Verantwortlichen die Inbetriebnahme des BER erneut absagen. Im Gespräch war daraufhin der März 2013. Dieser verstrich genauso wie der daraufhin genannte Oktober 2013. Nachdem weitere Zeit vergangen war, galt die Aufmerksamkeit schließlich der Frage, ob eine Eröffnung zum Sommerflugplan 2017 oder doch erst zum Herbst realisierbar sei.

Mit den nun aufgetauchten neuen Problemen sind beide Varianten nur noch Makulatur. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat inzwischen angedeutet, er rechne im kommenden Jahr mit der Eröffnung. Wie der Sender RBB berichtet, sollen CDU-Angeordnete inzwischen allerdings Zweifel geäußert haben, dass eine Eröffnung im Jahr 2018 zu erreichen sei. Mit ihren Zweifeln sind die Parlamentarier nicht allein.

Auch der Ingenieur Dieter Faulenbach da Costa hat bereits vor längerer Zeit erklärt, er halte eine Eröffnung des Flughafens im Jahr 2017 für illusorisch: „Realistisch ist, dass der BER im dritten Quartal 2019 in Betrieb gehen kann.“ Zur Begründung wies der erfahrene Flughafenplaner unter anderem auf eine nötige Testphase und Zeit für technische Abnahmen des Systems hin. Allein für dieses Stadium müssten neun bis zwölf Monate einkalkuliert werden, erst danach könne auf dem Flughafen ein Probebetrieb mit Komparsen beginnen, für den nochmals Monate eingeplant werden müssten.

Doch es könnte noch weit schlimmer kommen. Ganz grundlegende Zweifel an einer Eröffnung hat der BER-Kritiker Frank Welskop im Gespräch mit der *PAZ* vorgebracht. Noch mit Blick auf die Begründung, die bei der verschobenen Eröffnung im Jahr 2012 genannt wurde, warnt Welskop: „Mein Eindruck ist sogar, dass die Thematik ‚Brandschutz‘ nur eine Art von Deckmantel ist, hinter dem noch ganz andere, noch gravierendere Probleme versteckt werden.“ Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in der Frühphase des Projekts ein renommierter Baugeologe vor dem gewählten Flughafenstandort gewarnt habe.

Bemerkenswert ist auch, dass in der Berichterstattung über den Flughafen mittlerweile seit Jahren Schwierigkeiten mit der Brandschutzanlage einen großen Raum einnehmen. Vor diesem Hintergrund drängt sich mittlerweile eine Frage geradezu auf: Was ist, wenn die existierende Anlage generell nicht in einen funktionierenden Zustand gebracht werden kann – sei es aufgrund fundamentaler Planungsfehler oder weil hunderte nachträgliche Änderungswünsche vonseiten der Politik und Baupfusch ein so hochkomplexes System erschaffen haben, dass es nicht mehr beherrschbar ist?

Mit der erneuten Verschiebung der BER-Eröffnung entpuppt sich der alte Berliner Flughafen in Tegel als Rettungsanker für den Luftverkehr in der Hauptstadtregion. Zieht sich die Inbetriebnahme von BER allerdings tatsächlich noch über Jahre hin, droht auch in Tegel ein Problem und neue Kosten: Gemäß dem 2007 geänderten Fluglärmschutzgesetz wird den betroffenen Anwohnern bei einem Weiterbetrieb Tegels nämlich künftig ein sehr viel strengerer Lärmschutz zustehen als bisher. *Norman Hanert*

Sonderbehandlung

Von Theo Maaß

Seit dem Einzug der AfD ins Berliner Abgeordnetenhaus und in alle zwölf Bezirksverordnetenversammlungen denken ihre politischen Konkurrenten darüber nach, deren Vertreter einer „Sonderbehandlung“ zu unterziehen. Das beginnt damit, dass sich in einigen Bezirken die Etablierten zusammentun, um der AfD die dieser Partei zustehenden Posten eines Bezirksstadtrats zwar nicht vorzuenthalten, aber doch dessen Wahl zu erschweren.

Zuvor waren die anderen schon darüber einig geworden, der AfD nur Stadtratsposten zuzugestehen, die möglichst unwichtig erscheinen. Zumeist hatte die junge Partei – anders als Jahrzehnte zuvor die Republikaner – besonders qualifizierte Kandidaten aufgeboten, um die Posten zu füllen. Unternehmer, Unternehmensberater, Hochschuldozenten und andere Berufe standen in deren Lebensläufen. Dass die von der AfD als „Altparteien“ abqualifizierten Konkurrenten, die selbst oft nur Berufspolitiker für derartige Ämter nominieren, an der Qualifikation der AfD-Kandidaten zweifeln, bezeichnen die „Blauen“ als heuchlerisch.

In Berlin-Lichtenberg waren die Linkspartei und ihre Unterstützer schon ehrlicher. Die Gesinnung des AfD-Kandidaten sagte ihnen nicht zu. Darauf nominierten die Alternativen einen anderen Kandidaten. Der leitende Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes fand dann tatsächlich eine knappe Mehrheit. Verschiedene Vertreter linker Parteien im Bezirk fanden das „skandalös“.

Inzwischen steht der nächste Eklat an. Diesmal wird im Landesparlament um die Besetzung eines Untersuchungsausschusses gerungen. Der Ausschuss soll den Mordanschlag auf dem Breitscheidplatz in der Vorweihnachtszeit durch einen Moslem unter die Lupe nehmen. Der Antrag, hierzu einen Untersuchungsausschuss einzurichten, kam von der FDP. Das erschien zunächst als Selbstgänger, bis die AfD-Fraktion Zustimmung signalisierte. Die übrigen Parteien störte, dass turnusmäßig der AfD bei diesem Ausschuss das Recht zustände, den Vorsitzenden zu stellen. Nun war „Holland in Not“. Um der AfD den Ausschussvorsitz vorzuenthalten, denken die Regierungsparteien und angeblich sogar die CDU darüber nach, zuvor schnell noch einen anderen Ausschuss einzurichten, um das AfD-Recht auf einen Vorsitz in einem weniger wichtigen Ausschuss verdampfen zu lassen.

Selbst der Lokalchef des linksliberalen „Tagesspiegel“, Gerd Nowakowski (früher „taz“), warnt vor derart durchsichtigen Manövern. Da die Berliner AfD-Fraktion bisher frei von extremistischen Skandalen geblieben ist (den Abgeordneten Kay Nerstheimer nahm man gar nicht erst in die Fraktion auf), werden die Etablierten es schwer haben, ihre Trickserei vor den Bürgern zu rechtfertigen.

Drogen: Prävention verpufft

Cannabis-Konsum an Schulen nimmt besorgniserregend zu

Die Zunahme von Drogendelikten an deutschen Schulen lässt Zweifel an der bisherigen Präventionsarbeit aufkommen. Bereits vor einigen Jahren haben sich die Kultusminister der Länder darauf geeinigt, die Suchtprävention zu einem verbindlichen Bestandteil der Schulentwicklung zu machen.

Nun zeichnen Daten von Landeskriminalämtern und Innenministerien einzelner Bundesländer ein besorgniserregendes Bild: In Baden-Württemberg hat sich die Zahl der Drogendelikte an Schulen zwischen 2011 und 2015 auf 939 Fälle fast verdreifacht. Thüringen und Nordrhein-Westfalen melden eine Verdoppelung der Fälle, in denen es meist um den Handel oder den Konsum von Cannabis geht.

Aus Berlin liegen indes nur ältere Zahlen aus der polizeilichen Kriminalstatistik vor, die obendrein nicht sehr aussagekräftig sind. Demnach wurden im Schuljahr 2014/15 an Schulen der Hauptstadt oder deren Umfeld 64 Rauschgiftdelikte zur Anzeige gebracht. Die tatsächliche Zahl der Delikte dürfte sehr viel höher liegen. Bislang müssen die Berliner Schulen nämlich nur Fälle von Drogenhandel, aber nicht von

> Berlin liefert nur alte, unvollständige Zahlen zu den Fällen

Suchtmittelkonsum verpflichtend weitermelden.

Studien lassen den Schluss zu, dass bereits jeder zweite Oberschüler in Berlin zumindest Cannabis konsumiert hat. Als kontraproduktiv für die Präventionsarbeit an den Schulen dürften sich die Signale erweisen, die von Teilen der Politik ausgehen: So haben Berlins SPD, Linkspartei und Grüne beschlossen, ein „wissenschaftlich begleitetes“ Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene auf den Weg zu bringen.

Schon in den vergangenen Jahren hatten die Grünen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg versucht, den legalen Verkauf von Cannabis durchzusetzen. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat unter Verweis auf das Betäubungsmittelgesetz bislang diese Versuche abgeblockt. Abzuwarten bleibt, ob dies so bleibt, wenn nicht nur ein Bezirk, sondern der gesamte rot-rot-grüne Senat einen entsprechenden Modellversuch anstrebt.

Eine Signalwirkung geht ebenso von den sehr unterschiedlichen Regelungen der Länder zur Behandlung von Drogenbesitz als Bagatelldelikt aus. Vielerorts gelten sechs Gramm als entscheidende Grenze – in Berlin wird mitunter bis zu einem Drogenbesitz von 15 Gramm noch ein Auge zugedrückt. *N.H.*

Touristenfalle

Unseriöse Fahrkartenkontrolleure im Visier

Ausländische Touristen wurden in den letzten Wochen in der Berliner S-Bahn offenbar Opfer von unseriösen Fahrkartenkontrolleuren. Nach Beobachtung der Bundespolizei nahmen sich Kontrolleure des von der Bahn beauftragten privaten Unternehmens Wisag gezielt ausländische Fahrgäste vor, die mit den Tarifbestimmungen weniger vertraut sind.

> Fahrgäste sollen bedroht worden sein

Diese waren mitunter mit falschen Fahrscheinen unterwegs oder hatten vergessen, die gekauften Fahrscheine vor Antritt der Fahrt zu entwerten. Die Kontrolleure forderten sodann von den Fahrgästen, an „Ort und Stelle“ ein „erhöhtes Beförderungsentgelt“ von 60 Euro zu zahlen, ohne aber eine entsprechende Quittung auszustellen.

Sie stehen nun im Verdacht, die kassierten Strafzahlungen in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Zahlungsunwilligen Opfern wurde gelegentlich ein „Preisnachlass“ gewährt. Andere sollen bedroht worden sein: Sofern sie nicht sofort zahlten, bekämen sie „Schwierigkeiten“ beim Verlassen Deutschlands. Entsprechende Beschwerden gingen beim Verkehrsbetrieb und der Polizei ein.

Die Deutsche Bahn (DB), aber auch die Berliner Verkehrsbetriebe leiden unter einer hohen Quote von Schwarzfahrern. Die sind mitunter renitent und gewalttätig. Daher setzten beide Betriebe Fremdfirmen zur Fahrscheinkontrolle ein.

Nach Bekanntwerden der Vorfälle erwägt die DB, den Vertrag mit der Wisag zu kündigen. Das will die Firma nach Möglichkeit vermeiden. Das Unternehmen selbst hat inzwischen mehrere Mitarbeiter von der Arbeit suspendiert. *Hans Lody*

Özdemirs Ärger mit Taxifahrern

Cem Özdemir behauptet, von türkischstämmigen Taxifahrern in Berlin „bedroht und beleidigt“ worden zu sein. Er sieht einen Zusammenhang mit der Armenienresolution des Bundestages, in welcher der türkische Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges verurteilt wurde. Seltsam ist der Zeitpunkt von Özdemirs Beschwerde, denn die Entschließung datiert vom 2. Juni 2016. Der grüne Spitzenkandidat für die am 24. September stattfindende Bundestagswahl sieht die „nationalistische“ Einstellung der türkischstämmigen Taxifahrer als Ursache der Anfeindungen. Nachweise und Belege für die Vorfälle sind bislang nicht bekannt geworden. Der Vorsitzende der Berliner Taxi-Innung, Leszek Nadolski, will mit dem Politiker „reden“ und erwägt die Taxis mit Kameras auszustatten. Özdemir will die verbalen Übergriffe nicht länger hinnehmen, denn, so wörtlich, „bei Beschimpfungen und Aggressionen ist Schluss“. *H.L.*

MELDUNGEN

Trump beflügelt Finanzmärkte

Washington – Wenige Tage nach dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump hat der US-Aktienindex Dow Jones Ende vergangener Woche erstmals in seiner Geschichte über der Marke von 20000 Punkten geschlossen. Die US-Börsenkurse befinden sich seit Trumps Wahlsieg im November vergangenen Jahres im stetigen Aufwind. Die US-Finanzmärkte werden durch die Erwartung beflügelt, Trump werde mit seinen angekündigten massiven Steuersenkungen und Investitionen in die Infrastruktur das Wirtschaftswachstum beflügeln. Auch andere US-Börsenindizes schlossen nach Trumps Amtseinführung mit neuen Rekordwerten. *J.H.*

Attacken auf Christensymbole

Wien – In den österreichischen Alpen werden christliche Symbole zunehmen geschändet und zerstört. Jüngstes Beispiel ist ein 22000 Euro teures Gipfelkreuz aus Glas. Es wurde so stark beschädigt, dass noch unklar ist, ob es wiederhergestellt werden kann. Bereits drei Mal wurde ein unbekannter, als südländisch beschriebener Mann dabei überrascht, als er versuchte, ein hölzernes Gipfelkreuz umzuhacken. Doch nicht nur Kreuze sind das Ziel von Attacken auf christliche Symbole. Auch Kapellen, Marienstatuen und Wegkreuze sind nicht mehr sicher vor den mutmaßlich muslimischen Tätern. So brachen Unbekannte in Auerbach in eine Kapelle ein, verbrannten 22 Wandbilder und zerschlugen mehrere Statuen. Die Gedächtniskapelle „Heilbründl" in Werfenau wurde Ziel eines Brandanschlages. Auch andere Kapellen wurden ebenfalls Opfer von Raub und Zerstörung. Die Polizei hat nach eigenen Angaben keinerlei Hinweise auf die Täter. *J.H.*

Wie Moskau Dschihadisten bekämpft

Ausländische Interventionen und autochthone Moslems erhöhen Russlands Gefährdung durch den Islam

Als am 19. Dezember des vergangenen Jahres in Ankara der russische Botschafter Andrej Gennadjewitsch Karlow von einem Attentäter erschossen wurde, war mit einem Schlag wieder offenbar, dass auch Russland der Gefahr ausgesetzt ist, die von radikalen islamischen Gruppen ausgeht. Dass ein hoher Vertreter des Staates im Ausland zum Opfer wurde, mag zu einem guten Teil auch daran liegen, dass dort die Sicherheitsvorkehrungen nicht so streng sind wie in Russland.

Im vergangenen Jahr haben mehr als 900 islamische Terroristen versucht, nach Russland einzudringen. Sie alle konnten aufgegriffen und identifiziert werden. Das hat der Chef des russischen Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew, bekanntgegeben. Er setzte hinzu: „Im Grunde haben es die operativen Maßnahmen ermöglicht, die Versuche, von Kampfgebieten aus in unser Territorium einzudringen, effektiv und rechtzeitig zu unterbinden."

Trotz des Erfolges dieser ersten Auffanglinie musste der russische Inlandsgeheimdienst FSB im Jahre 2016 insgesamt 42 Terror-Anschläge vereiteln, wie dessen Direktor, Alexander Bortnikow, anlässlich einer Tagung des Nationalen Antiterror-Komitees erklärte. „Insgesamt 129 Kämpfer, darunter 22 Chefs von im Untergrund agierenden Gruppen, sind eliminiert worden", so Bortnikow. Unter ihnen befand sich auch der Führer der nordkaukasischen Abteilung des Islamischen Staates, der ein „Wilajat Kawkas", eine Verwaltungseinheit Kaukasus des Islamischen Staates (IS), ausgerufen hatte.

Russland ist durch seine kaukasischen und mittelasiatischen Regionen, in denen starke mohammedanische Minderheiten leben, im Fokus des IS. Nach dem Zerfall der Sowjetunion, die den Islam weitgehend unterdrückt hatte, nahm dieser einen erheblichen Aufschwung, der vom Ausland in großem Umfang unterstützt wurde. Ein herausragendes Beispiel dafür sind die beiden Tschetschenienkriege. Sie nahmen ihren Anfang dadurch, dass zu Beginn der 90er Jahre, als Russland am Boden lag, Saudi-Arabien 60 Agenten in den Kaukasus schleuste, die den Auftrag hatten, dort einen Bürgerkrieg vom Zaun zu brechen. Das Vorhaben gelang auch und wurde erst viele Jahre später vom damals neuen Staatspräsidenten Wladimir Putin beendet.

Auch nach dem Ende der Tschetschenienkriege bleibt der Islam ein wichtiger Punkt, der in der russischen Politik berücksichtigt werden muss, wie auch die Belange vieler anderer Minderheiten des Riesenreiches. Neben dem Brennpunkt Tschetschenien gab es auch in der ebenfalls kaukasischen Teilrepublik Kabardino-Balkarien ein islamistisches Zentrum, das sich zum Emirat erklärt hatte. Dessen Führung wurde mattgesetzt. Insgesamt, so FSB-Chef Bortnikow, seien weitere Terrorzellen aufgelöst worden, die elektronischen Kontakt zu 100000 Menschen gehabt und 26000 extremistische Internet-Seiten betrieben hatten.

> Dass antirussischer Terror ins Ausland ausweicht, spricht für die Effektivität der Sicherheitsvorkehrungen in Russland

Im Gebiet Wolgograd sind die Sicherheitskräfte auf die Spur einer Gruppe gekommen, die sich mit der Finanzierung von Terror-Unternehmen befasst hatte, und zwar in internationalem Umfang. Die regionale Abteilung des FSB teilte mit: „Im Gebiet Wolgograd ist eine Gruppe ermittelt worden, die sich Oktober-Dschamaat nennt und an der Finanzierung von internationalen Terrororganisationen, darunter auch in Syrien, beteiligt war." Ein Dschamaat ist eine religiöspolitische Gruppierung wie etwa in Ägypten die Muslimbruderschaft, die gegebenenfalls auch bewaffnet auftritt.



Gehen auch im Ernstfall entschlossen zur Sache: Soldaten der russischen Nationalgarde während einer Antiterrorübung bei Wolgograd Bild: pa

Mit dem Versuch, seine Finanzquellen trockenzulegen und die Geldströme zu unterbinden, wollen die russischen Behörden den IS an der Wurzel treffen. Doch dieses Bemühen wird von verschiedenen Seiten konterkariert, wie Sicherheitsratschef Patruschew beklagt. Seine Behörde sammle immer mehr Belege dafür, dass es eine Zusammenarbeit ausländischer Konzerne und Regierungen mit den Terroristen gebe. Der Zeitung „Rossijskaja Gaseta" sagte Patruschew, diese Zusammenarbeit erfolge im Wesentlichen dadurch, dass diese Unternehmen und Staaten dem IS Erdöl und andere Rohstoffe abkauften. Außerdem erhöben Terroristen Maut, wenn sie den Transport von Waren durch ihre Territorien erlauben. Namen nannte Patruschew nicht, doch es sind bereits früher von anderer Seite mehrfach dahingehende Vorwürfe gegenüber der Türkei und auch Israel erhoben worden. Patruschew meint: „Derartige Aktivitäten zu unterbinden ist die Pflicht aller Länder."

Wenn auch der Kampf gegen den Terrorismus innerhalb Russlands im Großen und Ganzen recht zufriedenstellend verläuft, so sehen doch die Behörden und Sicherheitskräfte die Notwendigkeit, die Sicherheitsmaßnahmen in den russischen Botschaften zu verstärken. Es gibt Erkenntnisse, denen zufolge der IS „Abschusslisten" mit den Daten russischer Diplomaten im Ausland führt. Demnach wäre der Mord an Andrej Karlow in Ankara nur der Beginn der Abarbeitung eines umfassenden Planes.

Zu dem Mord in Ankara hat sich die syrische Gruppe „Dschaisch al Fath", Armee der Eroberung, bekannt, in der mehrere Rebellengruppen zusammengefasst sind. Durch sein militärisches Eingreifen in Syrien und mehr noch durch den Erfolg ist Russland zum Objekt der Rache des IS und anderer islamistischer Terrorgruppen geworden. Sie verstärken nun die kaukasischen Gruppen, die seit Längerem dort gebildet worden sind. Patruschew räumt denn auch ein, dass das Problem der Terrorzellen, die als traditionelle muslimische Gemeinden getarnt würden, weiter bestehen bleibe. „Mit ausländischer Unterstützung treiben sie Propaganda, werben sie Mitglieder und schicken Söldner in Ausbildungslager für Terroristen", so Patruschew.

Florian Stumfall

Pyrrhussieg des Parias?

Geert Wilders hat gute Wahlchancen, aber Koalitionspartner fehlen

Der amtierende niederländische Ministerpräsident Mark Rutte von der rechtsliberalen Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD, Volkspartei für Freiheit und Demokratie) hat bereits vor den für den 15. März angesetzten Parlamentswahlen eine Koalition mit der Partij voor de Vrijheid (PVV, Partei für die Freiheit) von Geert Wilders ausgeschlossen. Laut dem 49-jährigen Regierungschef steht die Chance für eine Koalition mit Wilders „nicht bei 0,1, sondern bei null Prozent". Zum einen würden Wilders Aussagen zu marokkanischen Einwanderern dessen PVV als Regierungspartner ausschließen. Auch Wilders Sozial- und Wirtschaftspolitik findet Ruttes Missfallen. Wilders sei „linker" als die Sozialisten, so Rutte. Fakt ist, dass die Islam- und EU-kritische PVV schon seit einiger Zeit immer stärker sozialpolitische Themen besetzt.

Mit Ruttes Absage einer Koalition mit Wilders Partei droht die Regierungsneubildung nach den Parlamentswahlen zu einem schwierigen Unterfangen zu werden, denn nach einer Umfrage vom vergangenen Monat liegt die PVV klar vorn. Mit 35 der insgesamt 150 Parlamentssitze könne die Partei rechnen, so die Prognose. Das wären gut 23 Prozent. Ruttes VVD sehen einige Demoskopen nur knapp dahinter, andere prophezeien einen deutlichen Abstand von zwölf Mandaten. Den derzeit mitregierenden Sozialdemokraten (Partij van de Arbeid, PvdA, Partei der Arbeit) sagen die Demoskopen sogar einen tiefen Absturz voraus. Christdemokraten (Christen Democratisch Appèl, CDA, Christlich-Demokratischer Aufruf), GroenLinks (GL, GrünLinks) und den linksliberalen Democraten 66 (D66) können den Vorhersagen zufolge auf jeweils zehn Prozent hoffen.

> Der niederländische Premier Rutte schließt Koalition mit PVV aus

Kaum einzuschätzen ist das Abschneiden diverser neuer Parteien. Zu diesen gehört die 2014 gegründete Immigrantenpartei „DENK", der eine Nähe zur türkischen Regierungspartei AKP nachgesagt wird. Stimmen von der PVV könnte das ebenfalls EU-kritische Forum voor Democratie abziehen.

Bestätigen sich die Umfragewerte am 15. März und bleiben die etablierten Parteien bei ihren Absagen an eine Koalition, könnte Wilders als eindeutiger Sieger aus den Wahlen hervorgehen, ohne einen Koalitionspartner für die Regierungsbildung zu finden. Zustandekommen könnte statt einer vom mutmaßlichen Wahlsieger geführten Koalition eine wohl eher instabile Mehrparteienkoalition der voraussichtlichen Wahlverlierer, welche die PVV von der Macht fernhält.

Allerdings sind die Prognosen mit sehr großer Vorsicht zu genießen. Gerade in den Niederlanden haben Wahlumfragen schon mehrfach ein sehr irreführendes Bild gezeichnet. Auch vor der letzten Parlamentswahl sahen Demoskopen Wilders als klaren Favoriten, am Ende landete er nur auf Platz drei. Rutte scheint auf eine Wiederholung eines solchen Phänomens zu hoffen. In großen Zeitungsanzeigen wandte sich Rutte vor Kurzem an „alle Niederländer". Offenbar gemünzt auf Zuwanderer schrieb der Premier; „Verhalte dich normal, oder verlass das Land."

Abzuwarten bleibt, ob derlei Wahlwerbung reicht, um Stimmen von Wilders abzuziehen. Wegen gebrochener Wahlversprechen hat Rutte nämlich ein Glaubwürdigkeitsproblem. Wenige Wochen vor der Wahl musste Rutte nun auch noch den Rücktritt seines Justizministers verkraften, dem Lügen und eine Vertuschung bei der Aufklärung einer alten Justizaffäre vorgeworfen wurden. *Norman Hanert*

Ende der Privilegierung

USA stellen kubanische mit anderen Einwanderern gleich

Der ehemalige US-amerikanische Präsident Barack Obama hat kurz vor seinem Abgang die neue Haltung der USA zu Kuba verdeutlicht, indem er die seit 1995 verfolgte sogenannte Politik der trockenen und nassen Füße beendete. Hinter diesem kuriosen Namen verbirgt sich die angesichts der ab 1994 in Florida an Land gegangenen Flüchtlingsmassen von Bill Clinton eingeführte Praxis einen entscheidenden Unterschied zu machen zwischen jenen Kubanern, die es auf Flößen geschafft hatten, US-Boden zu erreichen, und denen, die auf hoher See von der Küstenwache aufgegriffen wurden. Erstere erhielten neben einem Bleiberecht Starthilfen von bis zu 8500 US-Dollar. Letztere wurden wieder zurückgeschickt oder man versuchte, sie in Drittländern unterzubringen. Das bedeutete eine Änderung eines seit 1966 gültigen Gesetzes, das allen Kubanern nach rund einem Jahr einen Aufenthalt in den USA garantiert hatte.

Ab dem 13. Januar genießen Einwanderer aus Kuba nun endgültig den gleichen Status wie jene aus allen anderen Staaten und werden, wenn sie kein Visum vorweisen können, in jedem Fall abgeschoben. Im Gegenzug verpflichtete sich Havanna nach fast einem Jahr zäher Verhandlungen dazu, bis zu 35000 zur Ausweisung aus den USA bereitstehende Staatsangehörige aufzunehmen. Darunter befinden sich Kriminelle und unter ständiger Aufsicht stehende Personen, die aufgrund diverser Straftaten dort nie eine formelle Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatten. Der kürzlich verstorbene Fidel Castro hatte dies immer wieder abgelehnt. Sein jetzt regierender Bruder Raúl verwies in einem Kommuniqué darauf, dass mit dem Politikwechsel ein Anreiz für die illegale Aus- beziehungsweise Einwanderung und den Menschenhandel wegfalle.

> Beendigung der »Politik der trockenen und nassen Füße«

Hintergrund dieser Entscheidung war ein durch das politische Tauwetter hervorgerufener sprunghafter Anstieg der in die USA drängenden Kubaner. Zwischen 2014 und 2016 verdoppelte sich ihre Zahl von weniger als 25000 auf 47000. Davon kamen die meisten über Mexiko. Experten gehen davon aus, dass viele dieser Menschen diesen Schritt kommen sahen und auf Nummer Sicher gehen wollten. Auch angesichts der anfallenden Ausgaben von 680 Millionen US-Dollar alleine im Jahre 2014 trat sogar der kubanischstämmige Senator Marco Rubio im Mai 2016 für Gegenmaßnahmen ein. Der Bürgermeister von Miami, Tomas Regalado, sprach dagegen von Obamas „Abschiedsgeschenk für Raúl Castro". Hingegen öffnete für die überwiegend nach Florida geflohenen Gegner Castros diese Politik ein Ventil für den Unmut der Bevölkerung in der Heimat und führte somit zur Verlängerung der kommunistischen Herrschaft.

Eine weitere wichtige US-amerikanische Maßnahme ist die Beendigung der weltweiten Abwerbung von in Kuba ausgebildetem medizinischen Personal. Es konnte bisher in jeder US-Vertretung politisches Asyl beantragen. Unberührt bleiben das sogenannte bedingte Familienzusammenführungsprogramm sowie die „Visalotterie" für 20000 legale Einwanderer pro Jahr. Allerdings hat Donald Trump sich bereits kritisch geäußert und Veränderungen angekündigt. Angesichts der raschen Kündigung des Außenhandelsabkommens TPP kann man davon ausgehen, dass sich auch in diesem Bereich etwas tut. Priorität sollten dabei jene Kubaner genießen, die auf dem Weg ins Gelobte Land in verschiedenen Ländern Lateinamerikas gestrandet sind. *Markus Matthes*

Was bringt Schmidts Tierwohllabel?

Auf der der Grünen Woche enthüllte der Landwirtschaftsminister die neueste Errungenschaft seines Hauses

Zum Auftakt der diesjährigen Internationalen Grünen Woche Berlin stellte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt ein neues staatliches Tierwohllabel vor, das 2018 am Markt eingeführt werden soll. An dem neuen Gütesiegel können die Konsumenten in Zukunft erkennen, ob bei der Erzeugung von Fleisch und Fleischprodukten höhere Standards als die gesetzlichen Mindeststandards eingehalten wurden.

Mit dem neuen Label sollen Produkte gekennzeichnet werden, die auf der Qualitätsskala zwischen dem Bio-Standard und konventioneller Fleischerzeugung liegen. Die Nutzung des Tierwohllabels durch die Landwirte soll auf freiwilliger Basis erfolgen. Den Anfang machen Schweinefleisch-Produkte, Geflügel soll folgen.

Tierschützer, Umweltverbände und die politische Opposition kritisierten die Pläne des Ministers als völlig unzureichend. Die Expertin für Landwirtschaft bei der unabhängigen Entwicklungs- und Umweltorganisation „Germanwatch“, Reinhild Benning, verlangte eine Kennzeichnung sämtlicher Fleischprodukte. Wie bei Eiern sollten alle Haltungen und damit auch Fleisch und Fleischprodukte aus industrieller Haltung erkennbar werden.

Mit dem neuen staatlichen Label kommt Bundesminister Schmidt dem Wunsch der Verbraucher entgegen. 79 Prozent der Konsumenten befürworten ein staatliches Tierwohllabel, 88 Prozent würden mehr Geld für Lebensmittel ausgeben, wenn dafür mehr Tierwohl garantiert wird. Hatte sich der Minister bislang immer ausweichend zur umstrittenen Massentierhaltung geäußert, so dürfte diese Maßnahme nun vor allem auf eine Verringerung der Viehbestände in den Ställen abzielen.

> Die Maßnahme dürfte vor allem auf eine Verringerung der Viehbestände in den Ställen abzielen

Doch die Wirkung könnte verpuffen. Schmidts Ministerium wird mit den Landwirten und ihren Verbänden bald verbindliche Vereinbarungen treffen müssen. Das dürfte allerdings ein schwieriger Prozess werden, solange der Fleischexport weiterhin oben auf der Agenda der deutschen Landwirtschaftspolitik steht. Dem sogenannten Fleischatlas 2016 ist zu entnehmen, dass die Zahl der tierhaltenden Betriebe weiter sinkt, während gleichzeitig immer mehr Großställe für die Schweine- und Geflügelzucht beantragt werden – krude Tatsachen der „modernen Landwirtschaft“, die auf der Grünen Messe aber wohl nur wenige interessierten.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hatte auf der Grünen Woche eine eigene Schau mit der Überschrift „Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft“ präsentiert. Neben der „modernen und nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft“ wurden aktuelle „Visionen“, Initiativen und Forschungsprojekte aus der Agrar-, Ernährungs- und Forstwirtschaft vorgestellt. Einzelne, gute Beispiele für Nachhaltigkeit also, die aber in der Mitte der Gesellschaft so gut wie keine Effekte haben. Die Realität in den Ställen und auf den Feldern sieht zumeist völlig anders aus. Während der weltgrößten Landwirtschaftsmesse demonstrierten wieder über 10 000 Gegner der Agrarindustrie unter dem Motto „Wir haben es satt“ für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und fairen Handel. Zur Demonstration hatte ein Bündnis aus 40 Agrar- und Umweltschutzorganisationen aufgerufen.



Bei der Präsentation des neuen staatlichen Tierwohllabels: Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt Bild: pa

Bereits Ende Oktober hatte die EU-Kommission ihre Drohung wahr gemacht und Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen Deutschland wegen der anhaltend hohen Nitratbelastung des Grundwassers eingereicht. In Gegenden mit einer hohen Dichte von Viehställen und intensiver Landwirtschaft ist die Nitratbelastung des Grundwassers extrem hoch, weil die tonnenweise anfallende Gülle als Stickstoffdünger auf den Feldern und Wiesen regelrecht entsorgt wird. Harnstoffgranulat wird mit Lastkraftwagen in weit entfernte Gegenden mit wenig Landwirtschaft transportiert, sogar nach Holland und Belgien. Vor allem Niedersachsen leidet unter der Intensivtierhaltung, aber auch in anderen Bundesländern zeigt sich dieser Trend.

Auch die lukrative Zusammenarbeit der Tierhalter mit den Betreibern von Biogasanlagen hat zur Verschlechterung der Grundwasserqualität beigetragen. In den über 8000 deutschen Biogasanlagen wird Substrat aus Mist oder Mais von Monokulturen vergoren. Die Gärreste kommen wieder als Dünger auf die Felder.

Im aktuellen Nitratbericht der Bundesregierung für die EU-Kommission fallen dementsprechend die extremen regionalen Unterschiede bei der Nitratkonzentration im Grundwasser auf. In überwiegend landwirtschaftlich genutzten Gebieten liegen die Werte bei nahezu 60 Prozent der Messstellen über dem gesetzlichen Höchstwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter. Eine verschärfte Düngemittelverordnung als Teil des Aktionsprogramms zur Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie ist in Vorbereitung. In Kürze wird das Gesetz dem Bundestag vorgelegt. Die Verordnung soll noch im ersten Quartal 2017 erlassen werden.

D. Jestrzemski

MELDUNG

BdSt hat neue Schuldenuhr

Berlin – Der Bund der Steuerzahler (BdSt) hat mit seinem Umzug in das Berliner Regierungsviertel eine neue Schuldenuhr in Betrieb genommen. Die Neuanschaffung war notwendig geworden, weil das bisherige Modell eine Maßanfertigung war und nicht am neuen Verbandssitz installiert werden konnte. Erstmals in ihrer Geschichte wird die Schuldenuhr nur noch einen zweistelligen Schuldenzuwachs ausweisen: 68 Euro pro Sekunde für das Jahr 2017. Denn auch im neuen Jahr will der Bund ohne Nettokreditaufnahme auskommen. Somit halten allein die Bundesländer die neue Schuldenuhr am Laufen. Die Schuldenuhr veranschaulicht, in welchem Umfang die Politik am Schuldenmachen festhält. Beim Schuldenzuwachs je Sekunde werden die geplanten Nettokreditaufnahmen der Kernhaushalte von Bund, Ländern und Kommunen erfasst – diese Haushalte werden direkt von der Politik gesteuert und damit verantwortet. Der ebenfalls auf der Schuldenuhr angezeigte Gesamtschuldenstand umfasst darüber hinaus auch die Schuldenentwicklung bei den sogenannten Kassenverstärkungskrediten sowie die Schulden der öffentlichen Schattenhaushalte. Die Schuldenuhr wird regelmäßig aktualisiert, sobald sich Daten der Kernhaushalte ändern und das Statistische Bundesamt neue Zahlen zur Gesamtverschuldung vorlegt. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.032.138.280.858 €
Vorwoche: 2.032.096.267.226 €

Verschuldung pro Kopf:
24.729 €
Vorwoche: 24.729 €

(Dienstag, 31. Januar 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

EZB-Chef bricht Tabu

Mario Draghi thematisiert Prozedere eines Ausstiegs aus dem Euro

Ausgerechnet der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, hat nun ein Thema angesprochen, das von offizieller Seite bislang meist mit Schweigen übergangen wurde. In einem Brief sprach der Italiener die Bedingungen an, unter denen Staaten wieder aus der Europäischen Währungsunion aussteigen können. „Sollte ein Land das Euro-System verlassen, müsste dessen Nationalbank die Ansprüche oder Verbindlichkeiten mit der Europäischen Zentralbank vollständig ausgleichen“, so Draghi in dem Brief an zwei italienische Abgeordnete, die für die Euro-kritische Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle, M5S) im EU-Parlament sitzen. Angesprochen fühlen können sich damit Länder wie Italien und gleichermaßen Deutschland.

Wegen der Bankenkrise, wirtschaftlicher Schwäche und wachsender Zustimmung für Euro-kritische Parteien wird Draghis Heimatland Italien inzwischen immer häufiger als kommendes Epizentrum der Euro-Krise gesehen. Mit Blick auf die nächsten Parlamentswahlen, die spätestens 2018 stattfinden, hat die Fünf-Sterne-Bewegung den Italienern ein Referendum über den weiteren Verbleib des Landes in der Euro-Zone versprochen. Laut der Ankündigung Draghis müsste Italien im Falle eines Euro-Ausstiegs zunächst seine Verbindlichkeiten im Euro-System begleichen. Italien hat allein im Target2-Verrechnungssystem der Euro-Zentralbanken mit Stand vom Dezember 2016 Verbindlichkeiten von rund 356 Milliarden Euro angehäuft.



Mario Draghi Bild: ECB

Auf der anderen Seite stehen Target-Forderungen der Deutschen Bundesbank gegen die Banca d'Italia und andere Zentralbanken des Euro-Systems, die sich mittlerweile im Bereich von rund 750 Milliarden Euro bewegen. Draghis Warnung hin oder her, sollte Italien aus dem Euro aussteigen, droht die Gefahr, dass die Bundesbank auf ihren Forderungen sitzen bleibt. Die seit Jahren bestehenden Ungleichgewichte im Target2-Verrechnungssystem der Zentralbanken zeigen, dass Akteure wie die italienische Zentralbank entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, Forderungen der Bundesbank glattzustellen. Zweifelhaft ist, warum sich dies im Falle eines Euro-Ausstiegs Italiens ändern sollte. Draghis Aussage, die EZB werde auf vollen Ausgleich aller Forderungen bestehen, könnte in Italien, aber auch anderswo, sogar die Neigung wachsen lassen, im Zuge eines generellen Zahlungsausfalls, auch gleich noch auf einen Schuldenschnitt bei den Staatsschulden abzuzielen.

Bemerkenswert ist Draghis Brief allerdings auch für Gedankenspiele zu einem deutschen Ausstieg aus dem Euro. Im Target2-System sitzt die Bundesbank nämlich auf dem größten Berg von Forderungen. Bei einem Verlassen der Währungsunion ist zu befürchten, dass einige der Zentralbanken die deutschen Forderungen entweder mit fragwürdigen Wertpapieren oder aber frisch gedruckten Euros begleichen würden. *Peter Entinger*

Sinkende Eigenheimquote

Deutschland ist in der EU ohnehin schon Schlusslicht

Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland Schlusslicht bei der Eigenheimquote. Rund die Hälfte der Bundesbürger wohnt zur Miete. In anderen EU-Mitgliedsländern sieht das ganz anders aus. Ausgerechnet in den Ländern des ehemaligen Ostblocks besitzen die meisten Menschen ein eigenes Heim. In Rumänien sind es satte 97 Prozent, in der Slowakei, Ungarn und Bulgarien immerhin noch fast 90 Prozent.

Die Ursachen für die unterschiedlichen Wohneigentumsquoten sind nach Auffassung der Londoner Business School (LBS Research) vielfältig. So habe die Wohneigentumsbildung in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs davon profitiert, dass in erheblichem Maße Wohnungsbestände privatisiert und – teilweise zu sehr geringen Preisen und nicht unbedingt in besonders gutem Erhaltungszustand – an ihre Bewohner übertragen worden seien.

Besonders viele Haus- und Wohnungsbesitzer gibt es aber auch in Südeuropa. Dies führe nach Einschätzung der Europäischen Zentralbank dazu, dass der durchschnittliche Grieche oder Spanier wohlhabender sei als die Menschen in der Bundesrepublik.

In Deutschland hingegen habe der Eigenheimbau aufgrund des Zweiten Weltkriegs keine lange Tradition. „Viele Städte waren zerbombt, es wurde rasch Wohnraum gebraucht, auch für die Millionen Heimatvertriebenen. Staat, Unternehmen und Wohnbaugenossenschaften zogen in der jungen Bundesrepublik massenhaft Mietwohnungen hoch“, erklärt Alexander Schürt vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Deshalb sei der Bestand an Häusern aus den 50er und 60er Jahren hier so hoch.

> Ungleich höhere Quoten im Süden und Osten der EU

Deutschland sei außerdem dicht besiedelt, doppelt so dicht wie die EU insgesamt. „In der Stadt gibt es eher Geschosswohnungsbau, und das geht oft einher mit Mietwohnungen“, sagte Schürt der Deutschen Presse-Agentur.

Viele Menschen in der Bundesrepublik würden Eigentum als Vorsorge zur Alterssicherung ansehen, ein sozialer Status sei nur indirekt damit verbunden. „Man muss nicht kaufen, um gut zu wohnen“, sagte Schürt, „das ist in vielen Ländern ganz anders.“ Der Schritt zum eigenen Eigentum sei in Deutschland zudem immer noch verhältnismäßig teuer. Unter-40-Jährige geben laut einer aktuellen Studie von LBS-Research im Schnitt 619 Euro monatlich für die Miete inklusive aller Nebenkosten aus. Eigentümer dieser Altersklasse müssen hingegen mit durchschnittlich 729 Euro tiefer in die Tasche greifen. Wer noch nichts getilgt hat, zahlt sogar monatlich 861 Euro. Das schrecke viele Menschen ab.

Nicht nur, dass die Eigenheimquote in Deutschland niedrig ist, sie sinkt auch noch. Nachdem die Eigentumsquote in den Jahren zuvor deutlich gestiegen war, ging sie nun leicht zurück. Vor allem bei den 30- bis 40-Jährigen herrscht offenbar eine regelrechte Kaufangst. „Sie sind die Verlierer auf dem Wohnungsmarkt“, sagt Matthias Günther, der im Auftrag von Verbänden der Bau- und Wohnungswirtschaft die Situation analysiert hat. Gründe seien der spätere Start ins Berufsleben und zunächst befristete Arbeitsverträge, die den Kauf erschwerten. Zudem sei in Zeiten häufiger Ehescheidungen ein weiteres Hemmnis beim Kauf einer Immobilie gegeben. *P.E.*

Waterloo der SPD

Von Ludger Konopka

Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Björn Engholm, Johannes Rau, Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Matthias Platzeck, Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier und nochmal Franz Müntefering, Sigmar Gabriel – Martin Schulz. Das Waterloo der SPD.

Der momentan arbeitslose „EU-Titan“ Martin Schulz soll die abgewirtschaftete Arbeiter- und Volkspartei als neuer Vorsitzender und Kanzlerkandidat ins letzte Gefecht führen. Die SPD braucht keinen Schulz, sie braucht einen Blücher. Der ist aber weit und breit nicht in Sicht. So stirbt die Hoffnung zuletzt.

Der spitzbübische Genosse Karl Lauterbach nannte Schulz gar „unverbraucht“ und „authentisch“. Dagegen meinte CSU-General Andreas Scheuer treffender: „Kandidat Schulz ist als Europa-Seiteneinsteiger das letzte Aufgebot.“ Sigmar Gabriel brauchte eben etwas länger, um zu erkennen, „wenn ich anträte, würde ich scheitern.“ Der Frau im Bundeskanzleramt ist es egal. Sie hat andere Ziele. Zu ihrer Machtsicherung ist das Farbenspektrum im warmen Licht bunt gefächert. Ihr Blick dafür ist kalt genug.

Man soll keinen alten Mantel ablegen, bevor man einen neuen hat. Im 500. Jahr nach Martin Luthers Reformation haben wohl auch die SPD-Genossen in der Bibel gelesen. Diverse bunte Berufskollegen Gabriels zollten ihm sofort „großen Respekt“ für seine Rücktritts- und Verzichtserklärung. Großer Respekt dem deutschen Wahlvolk gegenüber stünde denen allerdings besser zu Gesicht. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands findet gerade den Exit(us). Der nur noch zittrig-nervöse Fraktionskapitän Thomas Oppermann erklärt der Medienöffentlichkeit mit fahriger Hand den letzten Schachzug ihres Königs aus Goslar. Schach matt.

Was Gabriel, der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen zerdeppert hat, kann kein Buchhändler mehr zu einem starken Rücken leimen. Im digitalen 21. Jahrhundert vergisst das vom Ex-Spitzengenossen verhöhnte „Pack“ nichts. Mit dem Glückslos des Listenplatzes 1 in Nordrhein-Westfalen wird Martin Schulz es immerhin in den Bundestag schaffen. Alles andere wäre wie ein Sechser im Lotto: unwahrscheinlich. Sogar jahrzehntelange SPD-Wähler im Ruhrgebiet, *dem* sozialdemokratischen Kernland, lachen nur noch über diese Partei – oder sind wütend.

Um es mit den Worten eines prominenten Fußballtrainers zu sagen: „SPD haben Flasche leer.“ Basta!

Luft statt Werte

Von Eberhard Hamer

Gerade hat das Statistische Bundesamt einen neuen Monatsrekord bei den deutschen Exporten verkündet. Der deutsche Exportüberschuss liegt mit 8,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) relativ fast viermal so hoch wie der Chinas. Nur durch die deutschen Exportüberschüsse werden die Defizite der südeuropäischen Mitgliedsländer für den Euro noch tragbar.

Während die deutsche Exportwirtschaft seit Jahren behauptet, dass sie durch ihre Überschüsse den Wohlstand Deutschlands trage, wird dies von der Mittelstandsforschung bestritten, denn die deutschen Überschüsse sind Außenhandelsdefizite der Partnerländer, die dafür Schulden machen müssen. Dadurch ist die Schuldenspirale in Europa entstanden mit den hohen Targo-Salden (Verrechnungskonten) bei der Europäischen Zentralbank (EZB). Diese Schulden der Mitgliedsländer der Währungsgemeinschaft gegenüber Deutschland sind inzwischen so hoch geworden, dass sie nie mehr zurückgezahlt werden können. Wir müssen also damit rechnen, dass sie früher oder später eingefroren oder gestrichen werden. Dies bedeutet nichts anderes, als dass unsere Exportindustrie zu einem großen Anteil in überschuldete Mitgliedsländer liefert und wir dafür zwar Guthaben, aber nie Bezahlung bekommen. Wir könnten also unsere Exportgüter genauso gut an Griechenland, Italien oder Frankreich gleich verschenken. Letztlich sind also permanente Exportüberschüsse durch Scheinguthaben verschleierter Vermögenstransfer und eine Subventionierung der Defizitstaaten.

> Exportweltmeister zu sein hat einen großen Nachteil

Der Außenhandel Deutschlands mit den USA hatte 2015 einen Umfang von 113,73 Milliarden Euro und das Defizit der USA gegenüber Deutschland betrug 53 Milliarden US-Dollar. Das ist zwar noch gering gegenüber dem Defizit der USA gegenüber China, das 350 Milliarden Dollar beträgt – der neue US-Präsident Donald Trump hat aber die Außenhandelsdefizite der USA zu Recht grundsätzlich aufs Korn genommen. Er will die jährliche Verschuldung der USA von zirka 800 Milliarden Dollar abbauen – theoretisch richtig. Bisher wurden die Defizite gegenüber Deutschland durch Besatzungskostenzahlungen, Militärkäufe, Strafzahlungen unserer Konzerne und vor allem durch den Verkauf wertloser Wertpapiere auszugleichen versucht. Im Falle der USA haben wir also ebenso wie bei den europäischen Schuldenstaaten für unsere Außenhandelsüberschüsse nichts bekommen: Luft statt Werte.

Wenn nun Trump das US-Handelsdefizit rapide zurückführen will, steht dabei zuerst China als größter Außenhandelsgläubiger der USA im Vordergrund. Deutschland dürfte aber ebenfalls schon bald in den Fokus rücken. Die vergangenen Jahrzehnte einseitiger, unwirtschaftlicher Außenhandelsüberschüsse Deutschlands oder Chinas werden also künftig nicht mehr Dauerzustand sein.



Hohe Handelsüberschüsse nützen wenig, wenn die Importnationen sie nicht ausgleichen können: Deutsche Autos warten im Seehafen Emden auf die Verschiffung ins Ausland

Bild: Imago

Frei gedacht

Wer wir waren

Von Eva Herman

Ein großer Verlust für die philosophische Welt dürfte der 2016 verstorbene Roger Willemsen sein. Nein, es ist für uns alle ein Jammer, dass er so früh gehen musste. Er war wohl der letzte große Denker Deutschlands, den wir zu betrauern haben, dessen kühne Weltbilder ein für allemal beendet sind. Roger Willemsen gehört durchaus in die Riege der ganz großen, längst verblichenen Genies, auf die sich deutsche Kulturisten heute stolz gerne noch berufen wollen. Doch vorbei, vorbei. Sie sind schon lange fort, und vor einem Jahr ist auch einer der letzten Großen unserer Zeit gegangen. Angesichts des dramatischen Niedergangs unserer Gesellschaft, unserer sterbenden Welt, einer Welt von Nicht-Mehr-Lesen-Können, Nicht-Mehr-Denken-Können, Keine-Zusammenhänge-Mehr-Erkennen-Können, darf es deswegen wohl nicht verwundern, dass uns am 7. Februar vergangenen Jahres auch Willemsen genommen wurde. Denn was wollte er hier noch, so elend alleine in Geist und Wesen, fast abnorm: Der einsame Wanderer zwischen den Welten, der jetzt, im Jenseits, eventuell viel bessere Kontakte zu pflegen hat zu gleichartig gesponnenem, feinstofflichem Kollegium, als es hier auf Erden jemals möglich gewesen war.

Der außergewöhnliche Denker war gerade 60 Jahre alt gewesen, als er die Erde verließ. Sein letztes, außergewöhnliches Büchlein „Wer wir waren“ hat er nicht so verfasst, wie es kürzlich erschien. Die Herausgeberin Insa Wilke schreibt im Nachwort: „Roger Willemsen hat dieses Buch nie geschrieben. Als er von seiner Krebserkrankung erfuhr, legte er den Stift zur Seite und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück. Er tat dies so konsequent, wie er von jeher schrieb, sprach und handelte, dem eigentlichen Leben noch im Sterben zugewandt, wie man es von ihm als Schriftsteller, Denker und Redner kannte.“ Doch vorgehabt hatte er es gewiss, das Buch zu schreiben.

Ich selbst kannte Roger Willemsen für ein paar Jahre recht gut, wir hatten in so manchem Projekt zusammengearbeitet, danach war der Kontakt, bis auf flüchtige Grüße, abgebrochen. Seine von der Herausgeberin beschriebene Vorgehensweise, sich auf den nahenden Tod vorzubereiten, passt völlig ins Bild: Roger Willemsen war immer ganz und gar, niemals halb oder halbgar. Seine Gedankenmodelle über den Sinn des Lebens und Sterbens waren elegante Luftschlösser, doch aus bestem Realitäten-Gestein, fliegende Phantastereien-Phantome, die stets auf wohlig-erdigem Grund landeten. Er begleitete, betreute den Mitdenkenwollenden, ließ ihn nicht aus den Augen, zuweilen im Wonnelustgefühl ihn mittragend, sich mit ihm in Ekstase steigernd – aber zuweilen ließ er uns auch niederkrachen aus dem Wolkengespinst, ganz plötzlich ließ er uns unsanft landen, damit wir erkannten: Wieder mal nicht aufgepasst. Wurzeln und Flügel zugleich, er schenkte sie uns, wenn wir darum baten, er besaß sie selbst: Diese Existenz hieß Roger Willemsen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Zum Glück hatte der Autor die Idee zu „Wer wir waren“ vor seiner Krankheitsinformation gehabt. Der Philosoph, er ist einer der wenigen, der diesen Titel zu recht trug, hatte einen Text hinterlassen, der offenbar als Grundgerüst, als „erster Test für die Gedanken, die ihm im Zusammenhang mit seinem Buchvorhaben beschäftigten“, gesehen werden darf: Seine Dankesrede am 18. Juni 2015 in Düsseldorf, im Rahmen der Verleihung der Ehrengabe der Heinrich-Heine-Gesellschaft an ihn. Drei verschiedene Entwürfe dienten als Grundlage für das kleine Buch, das gleichzeitig ein mächtiges Gedankenkonstrukt, ein abgeklärtes Weltbild, eine gleichermaßen auch düstere Zukunftsvision unseres sterbenden Planeten, der untergehenden Menschheit, ist. Wer mutig genug ist, sich der Wirklichkeit zu stellen, der soll nur los lesen, und er wird „Wer wir waren“ nicht mehr aus der Hand legen, bis er fertig ist mit den leider nur 56 Seiten. Währenddessen wird es ihn schütteln, erschüttern, die Seele wird sich immer wieder melden unter Grimmen und Lächeln, unter Sorge und Trauer, unter Zustimmung und Verlustangst, unter Reue, tiefstem Reueschmerz gar, und vor allem: unter Versäumnisnot. Ach, hätten wir doch nur ..... Und das am besten noch rechtzeitig.

Ist alle Erkenntnis nun zu spät? So fragt man sich, wenn man folgenden Gedanken Willemsens zu folgen versucht. Da heißt es unter anderem über das Altern:

„Die Welt altert in Schüben. Wir bestimmen die Dynamik ihres Alterns mit. Gerade altert sie erheblich, denkt sich aber immer neue Bequemlichkeiten aus, geeignet, dies Altern unfühlbar erscheinen zu lassen. Woher nehmen wir nur all unser Nichtwissen? Aus der Ignoranz weniger als aus der Ironie, sie bildet eine Immunschicht des Uneigentlichen gleichermaßen vor dem Ernst der Verhältnisse wie vor der Moral der Konsequenz.“

Woher nehmen wir nur all unser Nichtwissen? Bei all seinen sich selbst bewussten wie absichtlich unbewussten Gedankenflügen war es stets erkennbar die Tugend der Demut, die den großen Geist unserer Zeit namens Willemsen regelmäßig überkam, ihn durchwirkte und verstummen ließ. Je mehr er wusste, umso klarer schien es ihm, wie wenig er doch wusste. Daraus machte Willemsen keinen Hehl, auch wenn er hochintelligent mit seinen eigenen Geistesergüssen regelmäßig kokettierte: Der Herr betrachtet ergeben seinen Sklaven und neigt das Haupt.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

In diese Kategorie fällt auch die Sicht des verstorbenen Denkers auf unsere Zukunft: „Mag die Welt auch vor die Hunde gehen, die Zukunft hat dennoch ein blendendes Image, und selbst verkitscht zu Wahlkampf-Parolen, verkauft sie sich so gut, als wäre sie wirklich noch ein Versprechen. Nichts weist darauf hin, dass wir in unserer Zukunft sicherer, gesünder, freier, friedlicher, leben werden – bequemer, das ja, effizienter, unsentimentaler, all das, aber wessen Himmel bevölkern schon die Sachwalter des Pragmatismus?“

Und dann malt Willemsen das düstere Bild von morgen, streng gerichtet an die Jüngeren, die erst noch auf den Weg müssen, doch deren Chancengebilde täglich schwindet, für die auch fraglich ist, dass sie noch etwas Sinnvolles, Gutes, Selbstbereicherndes auch, je noch in der Lage sein werden, zu erreichen:

„Die Zukunft, das ist unser röhrender Hirsch über dem Sofa, ein Kitsch, vollgesogen mit rührender Sehnsucht und Schwindel. Die Zukunft der Plakate existiert ganz losgelöst von den Prognosen unseres Niedergangs. Sie ist auf die immer gleiche Weise steril. In der Kraft ihrer Ignoranz hat sie keinen Bewegungsspielraum, sie steht in sich, weshalb man auch sagen kann: Was nicht neu ist, das ist die Zukunft.“

Die Bilder, die Willemsen malt, erhalten immer buntere Konturen: „Zur letzten Jahrtausendwende schwebten Zigarettenschachteln als erleuchtete Raumschiffe durchs All, der neueste Standard von Autos und Küchengeräten, die siebte Dimension von Konsumgütern wurde durch die Verbindung zum Orbit illustriert, und man verstand: Diese Güter besuchen uns aus der Zukunft, Abgesandte aus einer kommenden Welt des Komforts.“

Abschließen möchte ich die Rezension mit mahnenden Gedanken des einstigen Freundes an uns alle: „Wir waren jene, die wussten, aber nicht verstanden, voller Informationen, aber ohne Erkenntnis, randvoll mit Wissen, aber mager an Erfahrung. So gingen wir, von uns selbst nicht aufgehalten.“

Das Himmelreich der Hofdamenengel

Der schöne Schein des Barock – Zum Reformationsjahr bietet die Oberschwäbische Barockstraße ein buntes Kontrastprogramm

Mit Kunst machte die katholische Kirche während der Reformationszeit Werbung in eigener Sache. Eine Reise entlang der Oberschwäbischen Barockstraße und eine Barockausstellung in Mannheim belegen, wie prächtig geschmückte Kirchenbauten das Volk beglückten.

Liegt das „Himmelreich des Barock“ im katholischen Oberschwaben? Die in ihr 51. Jahr gehende Barockstraße wird jedenfalls so beworben. Gibt es im evangelischen Oberfranken „Hofdamenengel“? Davon ist man in der Region Kulmbach und Bayreuth überzeugt. Sie halten sich in den Markgrafenkirchen auf. Seit Neuestem preist ein als Beitrag zum Reformationsjubiläum herausgegebener Tourismusführer ihre besonderen Qualitäten an. Und ist Barock „Nur schöner Schein?“, wie eine Mannheimer Ausstellung fragt?

Diese kulturhistorische Schau im Museum Zeughaus stellt die Epoche des Barock und ihrer Rokoko genannten Spätphase erstmals in ihrem ganzen Facettenreichtum vor. Ausgestellt sind 300 Objekte der Jahre 1580 bis 1770. Sie präsentieren den Barock als europäisches Phänomen in der Zeit der Entdeckung neuer Welten und bahnbrechenden wissenschaftlichen Fortschritts. Aber die Epoche war auch von den Glaubenskonflikten zwischen Katholiken und Protestanten geprägt.

Besonders augenfällig sind die Unterschiede der katholischen und evangelischen Gebiete in der Kirchenkunst. Sie fiel in den katholischen Ländern prächtiger aus. Denn sie war wichtiges Element der auf emotionalen Überschwang setzenden Gegenreformation, mit der die römische Kirche gegen den nüchternen Protestantismus Stellung bezog. Eindrucksvolle Beispiele dafür bietet die zu über 100 Kirchen, Klöstern und Schlössern führende Oberschwäbische Barockstraße.

In Steinhausen kann man tatsächlich glauben, im „Himmelreich des Barock“ angelangt zu sein. Die 1731 geweihte Wallfahrtskirche ist eines der Hauptwerke des Baumeisters und Stuckateurs Dominikus Zimmermann und seines Bruders Johann Baptist, der die Deckenfresken malte. Sie wird von unten nach oben immer prächtiger und verheißungsvoller. Auf den mit Laubgehängen, Blütendolden, Blumenkelchen, Muscheln, Tierköpfen und Engeln geschmückten Pfeilerkapitellen sitzen Apostelfiguren. Das zentrale Deckengemälde scheint den Blick in den Himmel zu eröffnen. Dort steigt die von Engeln, biblischen und kirchlichen Persönlichkeiten auf einer Wolkenspirale begleitete Maria in immer heller werdende Sphären auf, der durch ein Dreieck symbolisierten Heiligen Dreifaltigkeit entgegen. Die Kirche belohnt aufmerksame Betrachter bis in die hintersten Winkel mit stets neuen Entdeckerfreuden. Zu ihnen gehören lebendig wirkende Tierstuckaturen, darunter eine Elster, die ihre im Nest hockende Brut füttert.

Bislang wenig bekannt sind die Reize der rund 100 Markgrafenkirchen. Dass sie gemeinsame Merkmale aufweisen, liegt an den Markgrafen von Brandenburg-Bayreuth. Jeder Entwurfsplan für eine Kirche musste ihrem Hofbauamt vorgelegt werden. Wenn es sich eine Gemeinde leisten konnte, engagierte sie markgräfliche Hofkünstler zur Ausschmükkung der Kirche.

Den ersten repräsentativen Kirchenneubau seit der von Georg dem Frommen 1533 in den Markgraftümern Ansbach und Bayreuth-Kulmbach durchgeführten Reformation veranlasste Erbprinz Georg Wilhelm. Seine 1711 geweihte Bayreuther Ordenskirche St. Georgen war Versammlungsort für die Mitglieder des von ihm gegründeten „Ordens der Aufrichtigkeit“, aus dem der preußische Rote-Adler-Orden hervorging. Die Ordenskirche hat mit ihren insgesamt 36 Deckengemälden biblischer Ereignisse und den Stuckfeldern aus Akanthusblättern und Füllhörnern etwas Schweres und Bombastisches.


Bild: Thiede

Einfach himmlisch: Die Wallfahrtskirche Unserer Lieben Frau in Steinhausen

Die mit Markgraf Friedrich verheiratete Wilhelmine, Lieblingsschwester Friedrichs des Großen, sorgte dafür, dass die Leichtigkeit und Eleganz des Rokoko in Bayreuth und die Markgrafenkirchen einzogen. Anmutigster Bayreuther Kirchenbau ihrer Zeit ist St. Johannis, ab 1741 errichtet. Den Taufengel und den dahinter aufstrebenden Kanzelaltar schuf Hofbildhauer Johann Gabriel Räntz.

Der „Kanzelaltar“ ist obligatorisch für Markgrafenkirchen. Er wird so genannt, weil sich die Kanzel unmittelbar über dem Altar befindet. Die Kanzelaltäre sind stets mit Figuren geschmückt. Auf dem von St. Johannis sitzen die vier Evangelisten, über denen Christus als Erlöser der Menschheit auftritt. Den stuckierten Mittelpunkt der Decke markiert das Auge Gottes im goldenen Dreieck der Heiligen Dreifaltigkeit. Von ihm geht ein Strahlenkranz aus, in dem vier Engelköpfchen erscheinen. Sie weisen individuelle Gesichtszüge auf.

Dass neben Engeln mit einförmigen Gesichtern solche mit unverwechselbaren Zügen auftreten, ist eine schöne Besonderheit der Markgrafenkirchen. Die vielleicht attraktivsten dieser geflügelten Engelsköpfe kann man in der Neudrossenfelder Dreifaltigkeits-Kirche besuchen. Sie geht auf das im Auftrag der wohlhabenden Gemeinde tätige Hofbauamt Friedrichs und Wilhelmines zurück. Die Baumaßnahmen leitete Carl von Gontard. Stuckateur Giovanni Battista Pedrozzi sorgte für bunte Blumenranken und anziehende „Hofdamenengel“. Diesen Namen hat ihnen Karla Fohrbeck, beste Kennerin der Markgrafenkirchen, wegen ihres anmutigen Aussehens gegeben. Paarweise stecken die Hofdamenengel die Köpfe zusammen. Jede der jungen Damen zeigt eine andere Gefühlsregung. Die eine etwa schaut verträumt zur Seite, während die andere neugierig nach unten auf die Kirchenbesucher blickt.

Unter den Nachfolgern von Friedrich und Wilhelmine ließ die Bautätigkeit im Markgraftum nach. So begaben sich Architekt Gontard, Stuckateur Pedrozzi und viele weitere Hofkünstler in die Dienste Friedrichs des Großen und wirkten zum Beispiel beim Bau des Neuen Palais in Potsdam mit. *Veit-Mario Thiede*

„Barock – Nur schöner Schein?“, bis 19. Februar im Museum Zeughaus der Reiss-Engelhorn-Museen, C5, Mannheim. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 12,50 Euro. Telefon (0621) 2933150, Internet: www.barock2016.de. Der bei Schnell & Steiner erschienene Katalog kostet im Museum 28 Euro, im Buchhandel 34,95 Euro. Informationen zur Oberschwäbischen Barockstraße unter Telefon (07583) 331060, Internet: www.oberschwaben-tourismus.de. Informationen zu den Protestantischen Barockkirchen im Markgrafenstil unter Telefon (0921) 88588, Internet: www.bayreuth-tourismus.de

Martin Luther Superstar

Pop-Oratorium über den Reformator lockt große Fangemeinde an

Schon zu seiner Zeit war Martin Luther so etwas wie ein Popstar. Ganz real ist er es in diesen Tagen mit dem „Pop-Oratorium Luther – Das Projekt der tausend Stimmen“, das in deutschen Konzertsälen eine riesige andächtige Gemeinde anlockt, von der viele Pastoren nur träumen können. Zur Premiere in die TUI-Arena von Hannover kamen 12 000 Zuschauer.

Anlässlich des Reformations-Jubiläums in diesem Jahr lag es nahe, sich mit Luther musikalisch auseinanderzusetzen. Der Düsseldorfer Komponist Dieter Falk und der Texter Michael Kunze, der für Udo Jürgens Hits schrieb wie „Griechischer Wein“ oder „Ich war noch niemals in New York“, realisierten das jetzt auf ziemlich spektakuläre Weise.

In ihrem Luther-Oratorium versuchen Falk und Kunze nun die Grundanliegen der Reformation in einer zeitgemäßen, unterhaltsamen Form für eine breite Öffentlichkeit zu erzählen. Entstanden ist ein musikalisches Bühnenstück ungewöhnlichen Ausmaßes: Ein Chor aus bereits 1500 bis 2500 Laiensängern, Musical-Darsteller, ein Sinfonieorchester und eine Band treten gemeinsam in neun deutschen Arenen auf.

„Für mich ist Luther ein spannender Typ, auch wenn ich ihn nicht immer ganz verstehe“, sagte Falk über den Reformator. Es bleibe sein großes Verdienst, dass er als einer der wenigen zu seiner Zeit das eigenständige Denken verbreitet hat nach dem Motto „Selber denken“. Es ist ein Anstoß damals wie heute, in der Verantwortung vor Gott eigene Entscheidungen zu treffen. „Dabei revolutionierte er nicht nur das geistliche Leben, sondern setzte Veränderungen in der Gesellschaft, in Ehe und Familie sowie Bildung, Wissenschaft, Kunst und Musik in Gang und hat die Entstehung der modernen Gesellschaft bis in unsere Zeit hinein beeinflusst – das finde ich bemerkenswert,“ so Falk gegenüber der *PAZ*.


Bild: Luther Oratorium

Mission erfüllt: Sänger Frank Winkels als Luther

„Die musikalische Gestaltungsform des Oratoriums, also eines Singspiels mit wechselnden Solisten und einem übermächtigen Chor, ist ja nicht neu. Vielen Menschen ist zum Beispiel Bachs ‚Weihnachtsoratorium‘ geläufig“, erläutert Falk. Der große Chor stellt Fragen, kommentiert und ergreift Partei. Er tut dies immer sehr akzentuiert, mit kräftigen Anleihen an die Gospel- und Rock-Stilistik. Und natürlich finden sich auch hier zum Teil neu arrangierte Kirchen-Choräle des Wittenberger Reformators wieder.

Die Rahmenhandlung orientiert sich am Reichstag zu Worms 1521, bei dem Luther sich weigerte, vor dem Kaiser seine kirchenkritischen Schriften zu widerrufen. Von dort aus gibt es Voraus- und Rückblicke. Beim Tourauftakt in Hannover zeigten sich die Zuschauer jedenfalls begeistert. Bis zum 31. Oktober sind weitere Aufführungen in acht Städten geplant. *Andreas Guballa/tws*

Termine: 4. Februar im ISS Dome Düsseldorf, 11. Februar in der SAP Arena Mannheim, 18. Februar in der Barclaycard Arena Hamburg, 18. März in der Olympiahalle München, 25. Juni im Siegerland Siegen, 26. August Open-Air in Wittenberg, 29. Oktober in der Mercedes Benz Arena Berlin. Die CD zum Pop-Oratorium Luther ist bei Universal erschienen.

Das Boot ist voll

Film: »Willkommenskultur« auf Französisch

Die „Willkommenskultur“ bescherte uns im vorigen Herbst die Kinokomödie „Willkommen bei den Hartmanns“, in der die Deutschen dann doch wieder die Blöden sind, weil sie in missionarischem Übereifer freundliche Ausländer bei sich zu Hause aufnehmen. Das französische Pendant dazu kommt am 9. Februar in die Kinos. In „Madame Christine und ihre unerwarteten Gäste“ sind es weniger die Asylsucher, vor denen sich Frankreich recht erfolgreich abschottet, als obdachlose Massen von Immigranten, die im Winter ein warmes Dach über den Kopf begehren.

Dabei beschließt die Regierung das, was viele bereits hierzulande befürchten: Alle Wohnungen werden beschlagnahmt, die zu wenige Bewohner aufweisen. Plötzlich herrschen auch im schmucken Pariser Heim von Madame Christine (Karin Viard) sozialistische WG-Verhältnisse mit fremden Mitbewohnern aus dem Prekariat.

Der Film bewahrt allerding eine angenehme Distanz zu dieser „Willkommenskultur“ auf Französisch. Die Wohnung ist bald rappelvoll mit Massen an neuen Mitbewohner, aber nur weil sich die Madame und ihr Mann mit immer neuen Gästen gegenseitig ärgern wollen. Die hierzulande durch die Zuwandererflut ausgelöste Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich praktisch in diesem zänkischen Paar, das zuvor harmonisch war.

Als politische Satire fehlt dem Film aber die nötige Courage. Die Komik, die aus dem Zusammenprall der Kulturen entsteht, soll für seichte Heiterkeit sorgen. Trotzdem herrscht bei allen Beteiligten Erleichterung, als zum Frühling hin die Gäste das Haus verlassen. Wenigstens in diesem Haus namens Frankreich ist der Albtraum vorüber. *Harald Tews*


Bild: SquareOne/Universum

Enge WG: Madame Christines (Karin Viard, l.) Not-Familie

Meldungen

Chamisso-Preis zum letzten Mal

Berlin – Der mit 17 000 Euro dotierte Adelbert-von-Chamisso-Preis wird 2017 zum letzten Mal vergeben. Der Preis habe „seine ursprüngliche Zielsetzung vollständig erfüllt: Autoren mit Migrationsgeschichte haben heute grundsätzlich die Möglichkeit, jeden in Deutschland existierenden Literaturpreis zu gewinnen“, begründete die Robert-Bosch-Stiftung ihre Entscheidung. Letzter Hauptpreisträger ist der deutsch-irakische Autor Abbas Khider. Den mit jeweils 7000 Euro dotierten Förderpreis erhalten die in Belgrad geborene Barbi Markovic und die aus Sri Lanka stammende Senthuran Varatharajah. Seit 1985 wird der Preis an Autoren verliehen, die auf Deutsch schreiben, aber mit einer anderen Muttersprache aufgewachsen sind, ähnlich wie der deutsche Romantiker Chamisso, Autor des „Peter Schlemihl“, der aus Frankreich stammte. *tws*

Elvis-Comeback in Berlin

Berlin – Am 6. und 7. Februar startet im Berliner Admiralitätspalast „Elvis – Das Musical“ seine Tournee durch 50 Städte in Deutschland und Österreich. Alle Termine und Karten im Internet unter www.elvis-musical.co oder unter der kostenpflichtigen Telefonnummer 01806-570070. *tws*

Der Weg zum Weltkrieg (II)

Die Wiederaufnahme des uneingeschränkten Unterseehandelskrieges war eine indirekte Kriegserklärung an die Neutralen



Bild: Ullstein

Selbst der Reichskanzler (3. v. l.) trug Uniform: Der Kaiser und seine Berater im Januar 1917 im Großen Hauptquartier in Pleß

Das Jahr 1916 hatte dem Deutschen Reich an den Landfronten schwere militärische Rückschläge und nicht mehr zu kompensierende Verluste gebracht. Gravierende Zwischenfälle auf See hatten zudem das Verhältnis zu den Neutralen erheblich belastet, sodass der U-Boot-Krieg vorübergehend ausgesetzt werden musste. Unter dem Eindruck des endgültigen Verlusts der strategischen Initiative und der hohen Verluste zu Lande wurden auch die Skeptiker zu Befürwortern einer Wiederaufnahme des unbeschränkten Unterseehandelskrieges. Zugleich begannen militärische Erwägungen die politische Entscheidungsfindung zu dominieren. Von nun an bestimmten die Militärs die Richtlinien der deutschen Kriegspolitik.

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, der zu den entschiedenen Skeptikern gehörte, sah sich in der U-Boot-Frage einer fast geschlossenen Opposition von Heeres- und Marineführung gegenüber, die sich auf den täglich zunehmenden Druck der öffentlichen Meinung stützen konnte. Grundsätzlich scheute er eine Verschärfung des U-Boot-Krieges, da er für diesen Fall, wenn schon nicht mit einer Kriegserklärung von US-Präsident Woodrow Wilson, so doch zumindest mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den USA rechnete. Mittlerweile hatte die seit Monaten betriebene Agitation für den U-Boot-Krieg Wirkung gezeigt. Auch die politische Führung hatte sich den militärischen Instanzen inzwischen weitgehend gebeugt, so dass der Reichskanzler seine Obstruktion gegen das Verlangen der Militärs langsam aufgab und sich deren Ansichten immer mehr zu eigen machte.

Im Oktober hatte die den Reichstag dominierende und zuvor in der Frage des U-Boot-Krieges eher unentschlossene Zentrumsfraktion erklärt, der Reichskanzler könne sich des Einverständnisses des Parlaments sicher sein, falls er die Entscheidung der Obersten Heeresleitung übernehmen und die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges beschließen werde. Damit hatten die öffentliche Meinung und der Reichstag der militärischen Führung eine Entscheidung von höchster Tragweite zugewiesen und die politische Macht quasi der militärischen Gewalt übertragen. Der Reichskanzler hatte für den Fall, dass er sich in dieser Sache gegen die Oberste Heeresleitung stellte, die Unterstützung der stärksten Fraktion des Reichstages verloren und war zu einem Erfüllungsgehilfen der Militärs degradiert worden.

In auswegloser Lage übernahmen die Militärs de facto auch die politische Führung des Reiches

Als Bethmann Hollweg am 8. Dezember 1916 im Hauptquartier in Pleß mit Hindenburgs Forderung konfrontiert wurde, wollte er zuvor noch einen Versuch machen, sich mit den Kriegsgegnern zu verständigen, um damit die Feindseligkeiten auf politischem Wege zu beenden. Für den Fall, dass dies nicht realisierbar sein sollte, hoffte er, dass sich der US-Präsident durch einen eigenen Friedensappell, von dem erwartet wurde, dass er von allen Kriegführenden mit Ausnahme des Deutschen Reiches abgelehnt werden würde, in eine Position begeben würde, in der er den unbeschränkten U-Boot-Krieg hinnehmen müsste. Am 12. Dezember übergab der Reichskanzler der US-amerikanischen Botschaft das deutsche Friedensangebot, das bei den alliierten Regierungen allerdings ein negatives Echo hervorrief und auch von Wilson skeptisch aufgenommen wurde. Am 18. Dezember richtete dieser daher einen eigenen Friedensappell an die Kriegführenden und forderte sie zur Erläuterung ihrer Kriegsziele auf.

Auf diesen Friedensvorschlag, den zu erwünschen die deutsche Regierung seit Monaten vorgegeben hatte, antwortete sie mit einer deutlichen Ablehnung. Tatsächlich wollte sie jede Einmischung der US-amerikanischen Regierung vermeiden und nur direkt mit den Feindstaaten verhandeln. Über die schwerwiegenden Folgen dieser Desavouierung des Präsidenten machte man sich in Berlin keine Gedanken. Es wird deutlich, dass die Reichsleitung Wilson nur als Mittel ansah, um die Feindstaaten an den Verhandlungstisch zu bekommen oder um im Falle einer Ablehnung eine moralische Berechtigung zur Verschärfung des U-Boot-Krieges zu haben.

Der Reichskanzler teilte Hindenburg mit, dass er seine Zustimmung zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg vom Ausgang der deutschen Friedensbemühungen abhängig machen werde. Außerdem betonte er, dass er die Ausweitung des Unterseekrieges als eine außenpolitische Angelegenheit betrachte, die in seine alleinige verfassungsmäßige Kompetenz falle. Hindenburg stimmte ihm hier zu, wies jedoch auf seine eigene Verantwortung für einen siegreichen Ausgang des Krieges hin. Er stellte fest, dass im Falle divergierender Ansichten die endgültige Entscheidungskompetenz ohnehin beim Kaiser liege.

Durch die schnelle deutsche Ablehnung des US-amerikanischen Vermittlungsangebotes wurde den alliierten Regierungen, die keine Neigung verspürten, mit der Reichsregierung über eine Friedensregelung in Verhandlungen zu treten, die Zurückweisung des deutschen Angebotes erleichtert. Am 30. Dezember veröffentlichten sie ihre Antwortnote, die nach deutscher Auffassung „in Ton und Inhalt“ so verletzend war, dass die militärische Führung alle außenpolitischen Bedenken fallen ließ. Sie beschloss nun die sofortige Anwendung des letzten, aber auch gewagtesten Mittels, das sie sich für den äußersten Fall einer existenziellen militärischen Krise vorbehalten hatte. Die Militärs waren jetzt sogar bereit, über innenpolitische Konsequenzen wie den Sturz des Reichskanzlers nachzudenken, falls sich die Reichsleitung in der Frage des U-Boot-Krieges immer noch gegen sie stellen sollte.



Bild: Bundesarchiv

Erwog sogar den Sturz des Reichskanzlers: Hindenburg

Ein solcher Schritt war jedoch nicht notwendig, denn Bethmann Hollweg, der eine schroffe Ablehnung der Alliierten vorausgesehen hatte, hatte sich bereits seinem Schicksal ergeben und verzichtete nun darauf, seine Position weiter zu verteidigen. Während einer Sitzung des Kronrates am 9. Januar 1917 trugen Hindenburg und der Chef des Admiralstabes ihre Ansichten vor, denen der Reichskanzler nach kurzer Diskussion zustimmte. Er begründete dies damit, dass er sich nicht einer geschlossenen Forderung der militärischen Stellen entgegenstellen könne, und erklärte, dass man, „wenn der Erfolg winke“, handeln müsse. Der Kaiser schloss sich dieser Ansicht an und entschied, den uneingeschränkten Unterseekrieg am 1. Februar zu beginnen. Damit hatte sich die militärische Strategie endgültig gegenüber der Politik durchgesetzt.

Noch am gleichen Tag erging der Befehl des Kaisers, den bedingungslosen U-Boot-Krieg am genannten Stichtag „mit voller Energie“ wieder aufzunehmen und unverzüglich alle nötigen Vorbereitungen zu treffen. Vier Tage später wurde der neue Operationsbefehl an die U-Boote ausgegeben, dem zufolge innerhalb eines bezeichneten Sperrgebietes alle als feindlich erkannten Handelsschiffe ohne Warnung versenkt werden durften. Außerhalb des Sperrgebietes war mit unbewaffneten Handelsschiffen nach Prisenordnung zu verfahren, während bewaffnete Fahrzeuge sofort angegriffen werden durften.

Damit trat eine grundlegende Wandlung in der deutschen Seekriegführung ein, die eine vollkommen andere Qualität gewann. Alle Dienstzweige der Kaiserlichen Marine hatten von diesem Zeitpunkt an der Unterseekriegführung zu dienen. Der Hochseeflotte fiel jetzt lediglich noch die Aufgabe zu, die U-Boot-Stützpunkte und die Anmarschwege zu den Operationsgebieten vor feindlichen Angriffen zu schützen. Die Folge dieser Umstellung waren umfangreiche Außerdienststellungen in der Hochseeflotte, welche die jahrzehntelange Ausbildung der Schiffsbesatzungen nutzlos machten. Von nun an bestimmten die eigentlich sekundären Seekriegsmittel wie U-Boote, Minenstreitkräfte und Torpedoträger die defensive und offensive Kriegführung zur See.

Der Reichskanzler arbeitete nun in Zusammenarbeit mit dem Admiralstabschef die Noten an die neutralen Mächte über die Erklärung der Sperrgebiete um die Britischen Inseln, vor der französischen Küste und im Mittelmeer aus. Gleichzeitig gab der Admiralstab nähere Weisungen für die Kriegführung in den Sperrgebieten. Hierbei berücksichtigte er die Wünsche des Auswärtigen Amtes hinsichtlich der Schonung der neutralen Schifffahrt, um die Gefahr eines Bruches mit den USA zu mindern. Von den U-Boot-Besatzungen wurde der Beginn des uneingeschränkten Unterseehandelskrieges einhellig begrüßt, und die neugewonnene Handlungsfreiheit wurde nach der Phase der monatelangen Diskussionen und der Unsicherheit als Erlösung von den Zwängen der Prisenordnung verstanden.

Ungeachtet der Tatsache, dass Wilson und Graf Johann Heinrich von Bernstorff, der deutsche Botschafter in Washington, auch weiterhin bemüht waren, die Friedensgespräche fortzusetzen, wurde die deutsche Note mit der Sperrgebietserklärung den neutralen Mächten am 31. Januar übergeben. Diese gravierende Einschränkung des internationalen Seeverkehrs, die Bernstorff in richtiger Einschätzung ihrer politischen Brisanz als indirekte Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten ansah, rief scharfe Proteste der Neutralen hervor. Sie beriefen sich auf eine Verletzung der Seekriegsordnung, da durch die Einrichtung von Sperrgebieten insbesondere der Verkehr zwischen den neutralen Staaten unterbrochen werde. Als Folge dieser einschneidenden deutschen Seekriegsmaßnahme brachen mehrere neutrale Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab.

Von besonderer Bedeutung war naturgemäß die Reaktion der USA als der bedeutendsten neutralen Macht. Bei der Übergabe der deutschen Note durch Graf Bernstorff ließ der US-amerikanische Außenminister Robert Lansing den sehr bedrückten Botschafter, der die kommende Entwicklung mit großer Klarheit vorausgesehen zu haben schien, wissen, dass seine Regierung die deutsche Erklärung als grob unfreundlichen Akt ansehen müsse. Der Jurist Lansing hatte früher allerdings ein gewisses Verständnis für die deutsche U-Boot-Kriegführung erkennen lassen, obwohl er sonst stets energisch auf das Völkerrecht pochte, als ententefreundlich galt und das kaiserliche Deutschland „für einen gefährlichen Gegner“ hielt. Graf Bernstorff erklärte ihm das deutsche Vorgehen damit, dass seine Regierung in der gegenwärtigen Situation nicht anders handeln könne. Am gleichen Tag schrieb er einen langen Brief an den US-amerikanischen Außenminister, in dem er ausführte, dass die Entente durch ihre überzogenen und inakzeptablen Kriegsziele, die Zurückweisung ernsthafter Friedensbemühungen und den Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen, diese Situation herbeigeführt habe.

Übersicht über das von den U-Booten vom 1. Februar 1917 ab zu beobachtende Verfahren.

Vom 1. Februar ab:

Vom 4. Februar ab:

Vom 7. Februar ab:

Aus deutscher Sicht das letzte Mittel, das Kriegsglück noch zu eigenen Gunsten zu wenden: Weisung des Admiralstabes zur Führung des uneingeschränkten Unterseehandelskrieges

Obwohl dies kaum Aussicht auf Erfolg versprach, war man in Berlin bemüht, deeskalierend zu wirken und bei dem diplomatischen Vertreter der USA um Verständnis für die Veränderungen in der deutschen Seekriegführung zu werben. Aus diesem Grund übergab Außenstaatssekretär Arthur Zimmermann dem US-Botschafter James W. Gerard eine weitere Denkschrift, in der die Reichsleitung, ähnlich wie Bernstorff in seinem an Lansing gerichteten Brief, ausführlich auf das „auf eine brutale Vernichtung der Mittelmächte zielende“ Verhalten der Alliierten hinwies. Angesichts dieser Situation sei das Reich gezwungen, sämtlichen Schiffsverkehr in den bezeichneten Gebieten zu unterbinden, indem alle Fahrzeuge ohne Ansehen der Nationalität warnungslos zu versenken seien, um auf diesem Wege den Krieg zu einem schnellen Ende zu bringen.

Jan Heitmann

Fortsetzung folgt

»Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands«

Vor 60 Jahre wurde auf Antrag von SPD, FDP und GB/BHE bei vier Gegenstimmen vom Bundestag so beschlossen

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht, aber das Deutsche Reich mit seiner Hauptstadt Berlin bestand fort. Vier Jahre später entstanden sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR. Beide vereinte, dass sie sich als vorläufige, unvollständige „Kernstaaten“ begriffen und sich mit der Frage konfrontiert sahen, was ihre Hauptstadt sowie ihr Parlaments- und Regierungssitz sei.

Die Machthaber in der jungen DDR erklärten den Osten Berlins zur Keimzelle für die Ausweitung ihres Herrschaftsanspruchs nach Westen. Als der mitteldeutsche Staat am 7. Oktober 1949 gegründet wurde, wurde Ost-Berlin zur „Hauptstadt der Republik“ proklamiert. Ost-Berlin schuf Fakten. Von 30 Ministerien siedelte man 29 rund um den Standort des Stadtschlosses in Berlin-Mitte an.

Die junge Bundesrepublik verhielt sich zögerlicher. West-Berlin galt durch Bestimmung der Westmächte nicht als konstruktiver Bestandteil der Bundesrepublik. Bereits im Mai 1949 beschloss der Parlamentarische Rat, Parlament und Regierung vorläufig in der kleinen, unweit von Konrad Adenauers Wohnhaus in Rhöndorf gelegenen Universitätsstadt Bonn anzusiedeln.

Die damals noch im Bundestag vertretene KPD schaltete sich in die Diskussion ein. Ihr Bundestagsabgeordneter Gustav Gundelach, späterer Träger der DDR-Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus“, argumentierte hingegen für Berlin: „Wenn der Sitz der Verwaltungsorgane des Bundes in Berlin wäre, würde damit auch die wirtschaftliche Situation Berlins wesentlich erleichtert werden. Damit würde eindeutig der Beweis erbracht, dass Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist.“ Ein entsprechender Antrag der KPD wurde abgelehnt. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Heinrich Krone, formulierte, was der überwiegenden Meinung entsprach, „dass dafür eine Reihe von Voraussetzungen in Berlin und in der Sowjetzone vorhanden sein müssen, und diese müssen umschrieben werden mit dem Wort Freiheit!“

Im November 1949 bestätigte der Bundestag Bonn als vorläufigen Regierungssitz und fügte hinzu: „Die leitenden Bundesorgane verlegen ihren Sitz in die Hauptstadt Deutschlands, Berlin, sobald allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahlen in ganz Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführt sind.“ Die „geheimen und direkten Wahlen“ standen in weiter Ferne.



Inzwischen ist Berlin nicht mehr nur Hauptstadt Deutschlands, sondern auch Regierungs- und Parlamentssitz der Bundesrepublik: Berlins Regierungsviertel mit dem Reichstagsgebäude und dem Kanzleramt

Bild: Benjamin Janecke

Mit Beginn der Eiszeit zwischen Ost und West, mit der Eskalation zum Kalten Krieg, als die Sowjets versuchten, Berlin die Luft zum Atmen zu nehmen, als die hungernde und frierende Stadt durch „Rosinenbomber“ am Leben gehalten wurde, da wuchs das Bedürfnis, Zeichen gegen die Teilung zu setzen.

Dass im Juli 1954 die Bundesversammlung zur Bestätigung von Theodor Heuss im Amt des Bundespräsidenten in der Ostpreußenhalle in West-Berlin zusammenkam, war eine Demonstration gegen die Teilung. Gleiches gilt für die ebenfalls in Berlin durchgeführte Arbeitstagung des Bundestages im Oktober 1955, die Plenarsitzung des Bundesrates 1956 und die erste Sitzung des Bundeskabinetts im Oktober des gleichen Jahres.

Heftig wurde diskutiert, ob die gesamte Bundesregierung oder zumindest Teile davon nach Berlin wechseln sollten. Besonders tat sich der CDU-Abgeordnete und Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“ Gerd Bucerius dabei hervor. Im Herbst 1956 veranlasste er 30 Kollegen seiner Fraktion, seine Forderung zu unterschreiben: Die Hauptstadt Deutschlands – und somit auch der Bundesrepublik – ist Berlin. Das deutsche Parlamentsgebäude in Berlin wird wiederaufgebaut. Die dafür notwendigen Mittel sind in den Haushalt 1957/58 einzustellen.

Die Chefredakteurin der „Zeit“, Marion Gräfin Dönhoff, verfasste einen flammenden Appell: „Jetzt oder nie! Noch in diesem Jahr muss Berlin Hauptstadt werden“.

Trotz der 30 Unterstützer stand Bucerius in seiner Partei ziemlich allein da. Die CDU-Fraktion mochte sich mehrheitlich nicht auf Berlin als künftige Hauptstadt festlegen.

> »Mit der Planung und Durchführung des Baues eines Parlamentsgebäudes in Berlin ist unverzüglich zu beginnen«

Die Bundesregierung versuchte, die Debatte zu beenden, indem sie im November 1956 ihre Bedenken formulierte: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann sie die Verlegung der Regierungstätigkeit nach Berlin nicht verantworten, da diese Stadt im Interesse ihrer eigenen Sicherheit unter Vier-Mächte-Status steht. Die Bundesregierung kann ihre Arbeit nur in einer Stadt ausüben, in der ohne Einschränkung ihre Souveränität gewährleistet ist.“

Dessen ungeachtet brachte die Bundesregierung im April 1957 einen städtebaulichen Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ auf den Weg. Eingeladen waren dazu „alle in Europa lebenden Architekten“, ausgenommen russische. Im Zentrum der Aufgabe stand der Wiederaufbau der Mitte Berlins „als Ausdruck der Hauptstadt Deutschlands und zu einer modernen Weltstadt“. Das zu überplanende Gebiet – zu jenem Zeitpunkt noch weitgehend zerstört – erstreckte sich vom Brandenburger Tor bis zum Alexanderplatz, vom Oranienburger Tor bis zum Mehringplatz. Ost-Berlin schäumte, weil sich der Wettbewerb „unbekümmert auf sowjetzonales Hoheitsgebiet“ ausdehne.

Mit dem Beschluss des Bundestages auf Antrag von SPD, FDP und Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen (GB/BHE) „1. Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. 2. Mit der Planung und Durchführung des Baues eines Parlamentsgebäudes in Berlin ist unverzüglich zu beginnen ...“ am 6. Februar 1957 endete die Phase der nahezu euphorischen Bekenntnisse zu Berlin als Hauptstadt. Noch einmal wurde die Forderung erhoben, Behörden noch während der Teilung nach Berlin zu verlegen. Doch mehr als der Wiederaufbau des Reichstages und des Schlosses Bellevue als zweiter Amtssitz des Bundespräsidenten stand am Ende nicht als Ergebnis. Mit den weiterhin wachsenden Spannungen zwischen Ost und West driftete Berlin zunehmend ins Abseits.

Eine Wende brachte erst die „Wende“ und die durch sie ermöglichte anschließenden Vereinigung von 1990. Im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 wurde in Artikel 2 Absatz 1 festgelegt: „Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.“ Ein knappes Jahr später fiel die Entscheidung. Am 20. Juni 1991 nahm der Bundestag den „Antrag zur Vollendung der Einheit Deutschlands“ an. Darin bestimmte der Bundestag Berlin zu seiem Sitz und forderte, „dass der Kernbereich der Regierungsfunktionen in Berlin angesiegelt wird“. Zur Umsetzung dieses Beschlusses verabschiedete der Bundestag am 26. April 1994 das Berlin/Bonn-Gesetz mit den entscheidenden Sätzen: „Sitz des Deutschen Bundestages ist die Bundeshauptstadt Berlin ... Sitz des Verfassungsorgans Bundesregierung ist die Bundeshauptstadt Berlin.“ Auch die zweite, die Länderkammer der Bundesrepublik hat inzwischen ihren Sitz in Berlin. Seit 2000 sitzt der Bundesrat im Preußischen Herrenhaus.

Klaus J. Groth/PAZ

Großbritanniens größte militärische Niederlage

Vor 75 Jahren kostete der Fall von Singapur das Empire 80 000 Gefangene und 5000 Tote

Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Japan zunehmend unter Überbevölkerung und Rohstoffmangel zu leiden. Deshalb begann das Kaiserreich 1931, auf dem chinesischen Festland zu expandieren. Später nahm Nippon auch die Überseebesitzungen der Briten, Franzosen und Holländer ins Visier. Dort schien leichte Beute möglich zu sein, nachdem in Europa der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war und die Kolonialmächte durch das Deutsche Reich in die Defensive gedrängt worden waren. Deshalb griffen die USA und deren Verbündete zu massiven Boykottmaßnahmen, die Japan insbesondere von der Belieferung mit Stahl und Erdöl abschneiden sollten. Damit setzten sie die Führung in Tokio noch stärker unter Zugzwang. Der Inselstaat musste nun zwingend in die Offensive gehen, bevor seine sämtlichen Reserven aufgebraucht waren, wollte es sich nicht in Abhängigkeit von den ihn boykottierenden Staaten begeben.

> 36 000 Japaner standen den 85 000 Briten, Indern und Australier gegenüber. 1715 wurden in der Schlacht getötet, 3378 verwundet

Der daraufhin formulierte japanische Grundkriegsplan vom 5. November 1941 sah vor, zur Sicherung der künftigen Rohstoffversorgung und Gewinnung von Siedlungsraum zunächst Britisch-Malaya, die Philippinen, Hongkong sowie die strategisch wichtigen Inseln Guam und Wake und anschließend in einer zweiten Etappe des „Südvorstoßes“ Burma, Niederländisch-Indien sowie den Bismarck-Archipel zu annektieren. Auf diese Weise weitgehend unabhängig geworden, wollte das Kaiserreich dann in die Defensive gehen in der Hoffnung, dass sich die USA und Großbritannien mit der nunmehr entstandenen Großostasiatischen Wohlstandssphäre arrangieren.

Schon eineinhalb Stunden vor dem Angriff auf Pearl Harbor (siehe *PAZ* 48/2016) begann der japanische Feldzug gegen Britisch-Malaya, das jenseits der Datumsgrenze im Pazifik lag. In der Nacht vom 7. zum 8. Dezember landeten erste Vorhuten der 25. japanischen Armee unter Generalleutnant Yamashita Tomoyuki im Raum um Kota Bharu an der Grenze zu Thailand. Daraufhin liefen zwei britische Großkampfschiffe und vier Zerstörer aus dem Hafen von Singapur an der Südspitze Malayas aus, um die von Vizeadmiral Ozawa Jisaburo kommandierte Expeditionsflotte der Angreifer zu stellen und zu vernichten. Das misslang allerdings auf ganzer Linie. Am Morgen des 10. Dezember erfasste das zur Aufklärung eingesetzte 22. Marineflieger-Geschwader der Japaner den Sechser-Verband von Admiral Sir Tom Spencer Vaugham Philipps und versenkte sowohl das Schlachtschiff „Prince of Wales“ als auch den Schlachtkreuzer „Repulse“ in lehrbuchmäßig ausgeführten Torpedo- und Bombenangriffen. Deswegen konnte Yamashita in der Folgezeit diverse weitere Landungen an den Küsten der Halbinsel von Malakka vornehmen lassen und bereits am 11. Januar 1942 in Kuala Lumpur, der Hauptstadt von Britisch-Malaya, einmarschieren. Allerdings war der Sieg damit nicht komplett, denn noch saßen die Briten und deren indische und australische Hilfstruppen in der Inselfestung Singapur, und die galt als unbezwingbar.

Der Endkampf um dieses alliierte Bollwerk begann am 3. Februar 1942, nachdem sich die rund 85 000 Verteidiger unter dem Kommando von Lieutenant-General Arthur Percival vom Festland zurückgezogen und den Verbindungsdamm über die einen Kilometer breite Meerenge von Johor gesprengt hatten. Zunächst ließ Yamashita das Eiland beschießen. Danach schickte er die Kaiserlichen Garden sowie seine 5. und 18. Division unter den Generalleutnants Takuma Nishimura, Takuro Matsui und Renya Mutaguchi vor – alles in allem etwa 36 000 Mann.

> Der Schlachtensieger wurde nach dem Krieg als erster Japaner wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt und hingerichtet

Die erste Welle der Angreifer setzte am Abend des 8. Februar mit Landungsbooten über und traf anfangs auf sehr hartnäckigen Widerstand. So ließen die Australier von der 27. Brigade Öl ins Wasser und zündeten es an. Nichtsdestotrotz gewannen die Japaner schon am nächsten Tag die Oberhand, weil sie über eine höchst effektive Luft- und Artillerie-Unterstützung verfügten und bald auch 200 Panzer auf die Insel bringen konnten. Mit deren Hilfe gelang es ihnen, den Stadtteil Bukit Timah zu erobern und so den Großteil der alliierten Munitions- und Brennstoffdepots sowie die Trinkwasserreservoires in Besitz zu nehmen.

Anschließend forderte Yamashita Percival auf zu kapitulieren – das Gleiche taten einige demoralisierte Offiziere auf britisch-australisch-indischer Seite. Doch der Oberkommandierende von Singapur und ganz Malaya war noch nicht bereit aufzugeben. Schließlich hatte er vom britischen Premier Winston Churchill den Befehl erhalten, die Inselfestung bis zum letzten Mann zu verteidigen. Aufgrund dessen stieg freilich auch die Zahl der zivilen Opfer, da mittlerweile eine Million Menschen in die noch von den Alliierten gehaltenen Bereiche drängten, obwohl diese unter heftigem Feuer lagen. Die Angst vor den Japanern war nicht grundlos. Das zeigte nicht zuletzt deren bestialische Behandlung gegnerischer Verwundeter. Die wurden meist kurzerhand mit dem Bajonett erstochen.

Am 15. Februar 1942 blieb Percival dann aber trotz aller Durchhalteparolen aus London, die denen von Adolf Hitler während der Schlacht um Stalingrad glichen, keine andere Wahl mehr, als die Waffen zu strecken. 80 000 alliierte Soldaten gerieten so in Kriegsgefangenschaft. 5000 waren im Ringen um die Inselfestung gefallen. Die Japaner hingegen hatten nur 1715 Tote zu verzeichnen. Damit geriet der Verlust von Singapur zur größten militärischen Niederlage der Briten in deren gesamter Geschichte. Dieses Debakel resultierte freilich weniger aus dem Unvermögen Percivals als aus der mangelnden Ausrüstung der Verteidiger. So verfügten die alliierten Streitkräfte in Malaya beispielsweise über keinen einzigen Panzer.

Die Japaner konnten nun ungehindert in Richtung der Rohstoffquellen Südostasiens vorstoßen. Singapur, das sie in „Showa no jidai ni eta minami no shima“ (Insel im Süden, die in der Showa-Zeit gewonnen wurde), kurz „Shonanto“ umbenannten, hielten sie bis zu ihrer Kapitulation im Sommer 1945 besetzt.

In dieser Zeit errichteten sie ein erbarmungsloses Besatzungsregime. Dafür steht insbesondere das Sook-Ching-Massaker an den rund 70 000 Chinesen, die in der Stadt lebten. Genauso unmenschlich war der Umgang mit den alliierten Gefangenen, von denen viele umkamen. Für diese und weitere Kriegsverbrechen wurde Yamashita nach dem Krieg als erster Japaner wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Wolfgang Kaufmann

Die Elsässer werden sich wehren

Zu: Im Elsass gärt es (Nr.2)

Der Beitrag entspricht der traurigen Realität im Elsass, wie sie sich seit dem Schlussstein der Zentralisierung durch die Schaffung der mehrheitlich französischsprachigen Region „Grand Est" und den Verlust der verwaltungsmäßigen Eigenständigkeit des Elsass darstellt.

In den letzten Jahren war einiges verlorene Terrain in Sachen Zweisprachigkeit und kulturellem Lokalkolorit durch mühsame Arbeit zurückgewonnen worden. Doch die Zeit wurde von außen wieder zurückgedreht. Die Frage bleibt allerdings, ob sich die Elsässer auf Dauer mit ihrer Lage zufriedengeben, oder ob sie nicht auch ein Mindestmaß an kultureller Autonomie für sich beanspruchen, wie es die Bretonen und Korsen ebenfalls tun, auch wenn deren Status aufgrund des französischen Zentralismus deutlich zu wünschen übrig lässt. Doch wurde ihr Gebiet zumindest nicht wie beim Elsass mit anderen Regionen zusammengefasst.

Obwohl dem Elsass aufgrund der behaupteten intensiven deutsch-französischen Zusammenarbeit eigentlich eine Schlüsselrolle zukommen müsste, nehmen die Amtsträger hierzulande die Entwicklung jenseits des Rheins kaum zur Kenntnis, und so bleiben die Elsässer weitgehend auf sich selbst gestellt. Doch im Zeitalter der Globalisierung beginnen sich die Minderheiten und Regionen in ganz Europa ihrer Identität zu besinnen. Dies dürfte wohl dafür entscheidend sein, dass für die Zukunft noch eine gewisse Hoffnung besteht, denn die Elsässer hatten in ihrer Geschichte schon manche Stunde Null zu überwinden.

Und so wird der allgemeine Trend auch hier seine Wirkung nicht verfehlen. Die sozialistische Regierung, die für die kurzsichtige Entscheidung zur Einverleibung des Elsass in „Grand Est" hauptverantwortlich zeichnet, steht nun vor der Situation, sich in den nächsten Monaten selbst behaupten zu müssen oder ihre Macht abzugeben. **Roland Grassl, Bühl**

Tiefer »Glaubens«-Unterschied

Zu: Höllische Orte (Nr. 1)

Der Artikel über Moscheen als Brennpunkte der Radikalisierung ist zwar im Informationsgehalt und in seiner Stellungnahme sehr gut, mit Ausnahme allerdings der abwegigen Zusammenstellung: „Tiefer Glaube lässt Menschen 40 Jahre lang das gelobte Land Kanaan suchen. Er lässt sie im Kolosseum des antiken Rom klaglos zur Löwenbeute werden oder – durchdrungen von einem Gott der Gewalt – im modernen Berlin entsetzliche Mordtaten begehen."

Der Märtyrertod der Christen – damals im Kolosseum, heute unter der aktuellen islamischen Verfolgung – und die Verbrechen islamischer Fanatiker gehören nicht zusammen. Ein christlicher Märtyrer ist ein Christ, der um seines Glaubens willen sich das Leben nehmen lässt. Ein islamischer Märtyrer ist ein Moslem, der um seiner religiösen Überzeugung willen anderen Menschen das Leben nimmt und dabei, weil sie sich wehren, selbst getötet wird.

In den Mainstream-Medien wird beides oft genug vermischt. „Tiefer Glaube", der ein Martyrium erdulden lässt, ist nicht „tiefer Glaube", der Verbrechen begehen lässt. Die *PAZ* zeigt in solchen Dingen gewöhnlich große Klarheit. Leider hat das der Artikel an diesem Punkt vermissen lassen. **Prof. Dr. Sven Grosse, Basel**

Bodenpersonal

Zu: Bischöfe wider die Gebote (Nr. 1)

Dass sich das Bodenpersonal Gottes immer häufiger in die Politik einmischt, ist nun wirklich nicht neu. Gott sollte über den Austausch des Bodenpersonals nachdenken. Die Kirche hat sich oft und lange in die Politik eingemischt, beziehungsweise hat Politik gemacht. Aber es ist nie etwas daraus entstanden, was sie stolz machen konnte.

„Eine Abschottung kann es in der globalisierten Welt gar nicht geben. Wir müssen lernen, mit Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion zusammenzuleben", sagte der evangelische Landesbischof von Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, Markus Dröge. Abschottung war zu keiner Zeit gut. Hätte sich die Kirche diese Aussage schon früher zu Herzen genommen, dann wäre den Menschen vieles erspart geblieben. Weltweit sind die Christen die am meisten verfolgte Religionsgemeinschaft. Im Nahen Osten sind sie sogar von der Auslöschung bedroht. Selbst in Deutschland geraten sie zunehmend unter Druck eines immer aggressiver auftretenden Islams.

In einem Interview hat der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm Ängste vor einer Islamisierung Deutschlands zurückgewiesen: „Trauen wir unserem Glauben so wenig zu, dass wir befürchten müssen, bei 50 Millionen Christen könnte durch ein, zwei oder drei Millionen Muslime in Deutschland die christliche Kultur verschwinden?" Ja! Sorgen und Ängste vieler Menschen nimmt die Kirche nicht ernst.

Das Thema Islam sowie der Dialog mit den unterschiedlichen Strömungen innerhalb des Islams sind sehr komplex. Diesen Dialog hält der EKD-Ratsvorsitzende für sehr wichtig. Mit allen offiziellen muslimischen Verbänden steht die evangelische Kirche angeblich im Dialog. Die evangelische Kirche erklärt auch, dass selbstverständlich in diesem Dialog auch kritische Fragen gestellt werden. Das kann ich nicht glauben. So darf man doch als Christ kaum kritische Fragen an die Kirche stellen, ohne „angezählt" zu werden. Man kann auch nicht, wie die „Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017", Margot Käßmann, behauptet, den Terroristen nur mit Beten und Liebe begegnen.

Die Kniefälle gen Mekka werden häufiger. Es wird der Zeitpunkt kommen, da das christliche Bodenpersonal nicht mehr aufstehen kann. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Es ist die »Diyanet«

Zu: Geistige Komplizenschaft mit Mördern (Nr. 3)

Im Artikel über den türkischen Kreuzzug gegen westliche Feste und Traditionen ist Ihnen ein sachlicher Fehler unterlaufen, wenn es heißt: „Auch das Präsidium des Amtes für Religionsangelegenheiten, Ditib, das für sämtliche Moscheen des Landes sowie auch für die Ditib-Imame im Ausland – darunter knapp 1000 in Deutschland – die Freitagspredigten vorformuliert, ..."

Richtig ist, dass die türkische Religionsbehörde die „Diyanet" ist. Die „Ditib" ist lediglich ein eingetragener Verein mit Sitz in Köln, zuständig für die angeschlossenen Moscheevereine in Deutschland. In Österreich zum Beispiel nennt sich dieser Ableger der Diyanet „Atib".

Abgesehen von diesem groben Fehler stimme ich der inhaltlichen Aussage des Artikels durchaus zu. **Patrik Greeven, Bonn**



Flüchtlingswelle anno 1945: Anders als die modernen Asylsucher aus dem Ausland von heute fühlten sich die Deutschen vom eigenen Land nie richtig willkommen geheißen Bild: Archiv

Heimatvertriebene bleiben auf ihren Forderungen sitzen

Zu: Heimatvertrieben ja, Asylsucher nein (Nr. 1)

Die teilweise veröffentlichte Rede zum Tag der Heimat in Wetzlar des LO-Vorstandsmitglieds Wolfgang Thüne trifft heuchlerische Politiker ins Mark. So ist Asylrecht Individualrecht, was politische Propaganda verdreht hat. Weit mehr als 15 Millionen absolut unschuldige deutsche Zivilisten wurden innerhalb Deutschlands während und nach den kriegerischen Handlungen des Zweiten Weltkrieges aus der jeweiligen Heimatregion rücksichtslos und völkerrechtswidrig vertrieben. Drei Millionen mussten ihr Leben geben. Recht wurde von einzelnen Spitzenpolitikern in Macht und Interessen verwandelt, was jeder an den Bezeichnungen „Sowjetmacht" und darauf folgend „Siegermächte" ablesen kann.

Merkel hat sich als ehemalige FDJ-Propagandistin der SED der damaligen Macht in der sowjetisch kontrollierten „DDR" gebeugt und verwandelte Obamas „wir können" in „wir schaffen" das. Das heißt, sie denken sich im „dunklen Kämmerlein" ihre Propaganda-Ideen aus, die sie dann über ihre oft gefügigen Einheitsmassenmedien schauspielerisch gekonnt verbreiten.

Aber viele der grünen, roten, gelben oder schwarzen Genossen können die Frage nicht beantworten, warum gegenwärtig in der Bundesrepublik nur noch zirka 2000 Quadratmeter landwirtschaftliche Nutzflächen je Einwohner vorhanden sind, während es vor 70 Jahren in Deutschland noch 10000 Quadratmeter waren. Dass diese extreme Reduzierung der Flächen neben erheblicher Versiegelung aber überwiegend mit Vertreibung der jahrhundertelang ansässigen deutschen Bevölkerung, erheblichem Gebietsdiebstahl und bewusst von einzelnen Polithinterbänklern gesteuerter Zuwanderung zu tun hat, verschweigen natürlich die in den letzten Jahrzehnten immer selbstherrlicher sich im Bundestag tummelnden Abgeordneten mit Ablenkung durch die Schuldkeule für alle.

Bis heute ist die Geldbüchse für Schuldzahlungen geöffnet, aus der sich auch Politiker selbst bedienen. Über 40 Prozent von diesen Politikern im Bundestag sind Angehörige des Öffentlichen Dienstes, Juristen, Richter, Lehrer oder sonstige in ihrem Sinne sich teils widersprechende Massengesetze Schaffende. Dabei sind sie im Kampf gegen Rechts und in der Steigerung des kollektiven Schuldkomplexes der Deutschen zum Ersten und Zweiten Weltkrieg mit Steuergeldverschwendung nicht zimperlich. Warum aber die vielen Juristen, wie Wulff, Herzog, Schröder oder Gysi dem Volk nicht erklärten, es gibt keine Kollektiv-, sondern nur Individualschuld, ist inzwischen allgemein bekannt.

Herrn Thünes berechtigte Forderung, dass wir Heimatvertriebene eine klare Antwort der politisch Verantwortlichen erwarten, wird so sicher wie das Amen in den Kirchen, Synagogen und Moscheen von den gegenwärtigen Politmachern nicht gehört werden. **Siegfried Neckritz, Osnabrück**

Die politisch angeordnete Willkommenskultur wird uns geschickt versüßt

Zu: Die inszenierte Wirklichkeit (Nr. 51)

„Krauses Glück" ist eine weitere TV-Schmierenkomödie, um den Bürger in diesem Land die Asylschwemme zu versüßen. Man muss sich aber nicht wundern: ARD wie auch ZDF sind das Sprachrohr der linken Gutmenschen.

Natürlich müssen diese Sender auch die politischen „Meisterleistungen" von Kanzlerin Merkel verkünden, die öffentlich sagte: „Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da." Mit dieser Aussage hat sie ihr wahres Gesicht gezeigt. Komisch, von einem Großteil der Medien war kein Aufschrei oder Kritik zu hören, man biedert sich regelrecht an. Diese Passivität kann nur als Zustimmung zur „Willkommenskultur" bewertet werden.

Wie sich abzeichnet, werden die USA und Russland in Zukunft ein eher freundschaftliches Verhältnis miteinander pflegen. Das wird sich auch intensiv auf die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen auswirken. Mit anderen Worten, Putin hat es in der Zukunft nicht mehr nötig, die Europäische Union, und vor allem Kanzlerin Merkel, darum zu bitten, die irrationalen Wirtschaftsembargos gegen Russland aufzuheben. Diese politische Fehlentscheidung der Kanzlerin und der EU in Brüssel wird in Deutschland viele Arbeitsplätze kosten. Wer hier noch von politischer Weitsicht redet, sollte lieber in den Ruhestand versetzt werden, allen voran Kanzlerin Merkel.

In den letzten acht Jahren haben über eine Million „Ureinwohner" Deutschland verlassen. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich hier größtenteils um Fachleute und Experten handelt. Mit anderen Worten: Die Elite verlässt die Heimat und als Ausgleich kommen Analphabeten und Arbeitsunwillige. Hunderttausende Migranten suchen angeblich einen Arbeitsplatz, aber keiner will sie haben. Warum wohl?

Die Gründe, warum die „Ureinwohner" dieses Land verlassen, sind ja allgemein bekannt: Kriminalität, Vergewaltigungen, Beschimpfungen, Einbrüche und die Islamisierung Deutschlands, Wachpersonal in Krankenhäusern, in Schwimmbädern und auf Weihnachtsmärkten. Am Abend traut sich kein Deutscher mehr auf die Straße. Die Häuser und Wohnungen müssen mit teuren Sicherheitseinrichtungen versehen werden, weil Banden aus Osteuropa die Wohnungen und Häuser der Deutschen ausrauben.

Merkel sollte zu den Grünen wechseln

Für den Jahreswechsel mussten in Köln 1500 Polizisten für einen friedlichen Verlauf abgestellt werden, damit Frauen nicht wieder belästigt werden. Es fehlen einem regelrecht die Worte, in welchem chaotischen Zustand sich das Land derzeit befindet. Unfassbar!

Dann bekommt man noch von einem jungen Flüchtling (18 Jahre) wie folgt zu hören: „Wir Flüchtlinge wollen mit Deutschen nicht in demselben Land leben. Ihr könnt, und das halte ich für richtig, aus Deutschland flüchten, nehmt bitte die Sachsen und auch die AfD gleich mit. Warum seid ihr nicht in einem anderen Land? Wir haben euch satt!"

Diese Frechheit erlaubte sich der syrische Migrant mit Namen Aras Bacho. Das ist Deutschland heute, regiert von Gutmenschen und politischen Blindgängern. Dieser Syrer gehört sofort abgeschoben. Solche Aussagen werden natürlich in den Ohren von Claudia Roth und deren Kumpanen wie Musik klingen. Denn ihre Verlautbarung „Deutschland soll verrecken" wird ja bald in Erfüllung gehen.

Es vergeht kaum ein Tag, wo auf Deutschlands Straßen und in Städten nicht geraubt oder gemordet wird wie zuletzt beim Anschlag in Berlin. Der Urheber für dieses Chaos ist für viele Merkel. Mitbürger aus der ehemaligen DDR vertreten die Meinung, diese Frau sei schlimmer als Ulbricht und Honecker zusammen.

Es ist zu befürchten, dass dies erst der Anfang sein wird. Die Politik in Deutschland und der dazugehörigen Presse haben drei Feinde als Dauerbrenner ausgemacht: Diese sind die AfD, Donald Trump und Wladimir Putin. Die Zeit ist absehbar, wo die Politik und linke Medien um deren Gunst buhlen werden. Auf die Idee zu kommen, man habe in der Vergangenheit und Gegenwart permanent Fehler und Gesetzesbrüche begangen, kommt niemandem in den Sinn. Man ist regelrecht von der politischen Unfehlbarkeit überzeugt. Das grenzt schon an Größenwahn.

In Deutschland herrscht Wildwest wie in den 1920er Jahren in Chicago. Leute werden auf offener Straße erschossen, misshandelt, vergewaltigt, gedemütigt und beschimpft. Die Ordnung ist verloren gegangen. Banden, Parallelgesellschaften und Clans haben das Land fest im Griff. Frau Merkel sollte um Aufnahme in die Partei der Grünen bitten, hier kann sie mit ihrer irrationalen Politik punkten. Diese Weichei-Republik mit ihren Politclowns ist eine Schande. **Wolfgang Rohde, Sigmaringen**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 5 – 3. Februar 2017

MELDUNGEN

Wasserstraße in Planung

Allenstein – Die Woiwodschaftsregierung in Allenstein hat einen Gesetzes-Entwurf beschlossen, der Investitionen in einen geplanten Durchstich durch die Frische Nehrung vorsieht. Damit könnte eine Wasserstraße, die das Frische Haff mit der Danziger Bucht verbindet, Wirklichkeit werden. Baubeginn könnte 2018 sein. Der Bau der neuen Wasserstraße soll im Jahre 2022 beendet sein und etwa 880 Millionen Zloty (203 Millionen Euro) kosten. *PAZ*

Zum Abschuss freigegeben

Allenstein – 590 Biber werden alljährlich im südlichen Ostpreußen abgeschossen. Die regionale Umwelt-Direktion hat eine Verfügung erlassen, gemäß der etwa 1800 dieser Tiere in den nächsten drei Jahren getötet werden dürfen. Für die einzelnen Landkreise sind allerdings Obergrenzen festgelegt. Am meisten, nämlich 52 Biber, kann man in den Kreisen Lyck, Lötzen, Rastenburg und Angerburg schießen. Die gesamte Population der Biber im südlichen Ostpreußen umfasst 11000 Tiere. Der Grund für die Abschusserlaubnis liegt darin, dass Biber immer größeren Schaden nicht nur in der Landwirtschaft anrichten. Wie Bozena Milan von der Stadtverwaltung Mehlsack feststellt, beklagen immer mehr Einwohner das Untergraben von Gebäuden. Biber schütten zudem Erdhaufen auf Eisenbahngleise und Straßen auf. Die Umweltschutzbehörde plant neben dem Abschuss auch andere Methoden der Schadensbegrenzung, wie das Beseitigen von Höhlen. Im vergangenen Jahr wurden über vier Millionen Zloty (rund 924000 Euro) Entschädigung gezahlt. Die Biber dürfen nur vom 1. Oktober bis zum 28. Februar abgeschossen werden. Durchgeführt wird die Aktion vom polnischen Jägerbund. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwentainen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 59: Sensburg [Mragowo] – Peitschendorf [Piecki], Baustelle. *E.G.*

Geheimnissen auf der Spur

Archäologen und Geologen entdecken in Pr. Holland Tunnel unter der Ordensburg

Forscher von der Universität Warschau und der Universität Kardinal Stefan Wyszynski in Warschau haben bei Arbeiten auf dem Burggelände in Pr. Holland einen unterirdischen Tunnel entdeckt, der die Ordensburg mit der nahe gelegenen Kirche St. Bartholomäus verband.



Bild: Stadtamt Pr. Holland

Vorstellen der Forschungsergebnisse: Warschauer Archäologen und Geologen beraten sich

Während Vermessungsarbeiten ist eine Warschauer Forschergruppe in Pr. Holland auf einen eingestürzten Tunnel gestoßen. Der Bereich war erstmals mit Hilfe moderner Methoden untersucht worden. Schon früher wurde dort unter anderem das Bernsteinzimmer gesucht. Die mit Bodenradar (GPR), Elektrotomographie und Cäsium-Magnetometer ausgestatteten Archäologen und Geologen hatten jedoch eine andere Aufgabe.

Ihre Forschungen wurden im Auftrag der Stadtverwaltung durchgeführt. Die Wissenschaftler untersuchten die Struktur des Bodens in der Nähe der Burg, die im 14. Jahrhundert vom Deutschen Orden gebaut worden war. Sie machten auch geologische Bohrungen vor Ort, um jede Anomalie zu finden, deren Vorhandensein auf die Existenz historischer Gebäudefragmente unter der Erdschicht hindeuten könnte. Die Forscher kamen zu einem positiven Ergebnis.

Leiter der Forschungsarbeiten war Jacek Wysocki vom Institut für Archäologie der Universität Kardinal Stefan Wyszynski. Bereits die vorläufigen Ergebnisse zeigten, dass sie eine rote Ziegeldecke eines eingerissenen Tunnels in einer Tiefe von über vier Metern gefunden hatten. Diese Entdeckung erfordert noch eine weitere Analyse. Es handelt sich wahrscheinlich um einen unterirdischen Gang, der im Mittelalter die Schlossgewölbe mit der gotischen Kirche von St. Bartholomäus verbunden hat.

Informationen über die Existenz eines solchen Tunnels sind in vielen historischen Bearbeitungen festgehalten, aber bisher gab es keine schlüssigen Beweise, dass er tatsächlich existierte. Wenn diese Informationen bestätigt werden, könnten die Archäologen im nächsten Jahr dort Ausgrabungen durchführen. Laut den Stadtlegenden soll auch ein anderer, viel längerer Tunnel, von der Burg in Richtung des Flusses Weeske und des Dorfes Robitten geführt haben, aber die aktuellen geophysikalischen Untersuchungen bestätigten das nicht.

Die Burg in Pr. Holland wurde 1945 von der Roten Armee niedergebrannt. So war der Zugang zu den meisten der alten Keller nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr möglich. Sie waren in den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts teilweise wieder freigelegt worden, aber nur bis in die Nähe der ursprünglichen Festung.

Entdeckungen sollen Touristen anlocken

In den 90er Jahren wurden zwar Untersuchungen durchgeführt, deren Ergebnisse aber nicht festgehalten.

Am 20. Oktober 2016 fand im Rittersaal des Stadtamtes in Pr. Holland eine wissenschaftliche Konferenz statt, auf der die aktuellen Ergebnisse zusammengefasst wurden. Sie zeigten die wahrscheinliche Existenz von Resten der alten Befestigungsanlagen, des Festungsgrabens, und sie bestätigten die Existenz eines Tunnels zwischen dem Schloss und der Kirche von St. Bartholomäus. Die weiteren Arbeiten werden schwierig sein, weil die Keller des Schlosses mit Schutt und Beton verfüllt sind.

Geotechnische Studien, für die die Stadt etwa 13000 Euro bezahlt hat, zeigen, dass die Böschung, die das Schloss umgibt, in einem schlechten Zustand ist. Um sie zu befestigen, müsste die Stadt umgerechnet weitere drei Millionen Euro aufbringen. Sie hat bereits eine Dokumentation erstellt, um diese Mittel vom Minister für Kultur und dem Marschall der Woiwodschaft zu erhalten.

Laut Pr. Hollands Bürgermeister Wiesław Sniecikowski wurden Untersuchungen in Auftrag gegeben, die nach unbekannten Gewölben oder Korridoren unter der Burg forschen sollen. Die Stadtregierung hofft, dass eine solche Entdeckung Touristen in die Stadt ziehen.

Sniecikowski erinnerte an die reiche Geschichte des Schlosses, das noch viele weitere Geheimnisse bergen könne. Die Schatzsucher glauben seit Jahren, dass es ein mögliches Versteck des Bernsteinzimmers sei. In diesen Legenden steckt zumindest ein Teil Wahrheit. Am Ende des Zweiten Weltkriegs evakuierten die Deutschen aus Königsberg viele wertvolle Museumssammlungen und Dokumente wegen der Lage an der Ostfront und Bedrohungdurch Luftangriffe der Alliierten. Ein Teil wurde in ostpreußischen Landgütern, auch in der Nähe von Pr. Holland, versteckt. Zum Leidwesen vieler wurden die meisten der deutschen Sammlungen von der Roten Armee mitgenommen oder zerstört.

Die polnische Nachkriegs-Verwaltung hat fast 20000 Handschriften und alte Drucke von Königsberg, die in Karwinden und Schlobitten gefunden wurden, gerettet. Ein besonders wertvoller Teil der Büchersammlung war die sogenannte Silber-Bibliothek von Prinz Albrecht von Preußen aus dem 16. Jahrhundert. Sie ist das Denkmal der Renaissancegoldschmiedekunst, die als einzigartig in der Welt betrachtet wird.

Im Jahr 2017 werden die Stadt und Gemeinde Pr. Holland 720. Jubiläum feiern. Eine günstige Gelegenheit, sich mit den Ausgrabungsergebnissen bekannt zu machen. *Leszek Chaburski*

Ein Jahr Flughafen Schiemanen

Zurzeit nur Verbindung nach London – Passagiere wünschen vor allem Flüge in die Bundesrepublik

Am 21. Januar 2016 wurde der Flughafen Allenstein Masuren (polnisch Lotnisko Olsztyn Mazury) eröffnet, und es startete das erste Flugzeug aus Schiemanen nach Berlin.

Die EU hatte für das erste Jahr 30000 Passagiere vorausgesagt. Das war für den masurischen Flughafen kein Problem, weil Anfang Januar der 50000. Passagier abgefertigt wurde. Die Schätzung für 2016 war nur der Anfang. In diesem Jahr soll der Flughafen schon 80000 Passagiere abfertigen, aber die Flughafenleitung rechnet sogar mit 100000. Diese Zahlen soll vor allem die Verbindung mit London bringen. Zurzeit ist es die einzige Verbindung aus Schiemanen. Die Fluggesellschaft Ryanair fliegt von Schiemanen nach London Stansted und Wizzair nach London Luton.



Offen für noch mehr Passagiere: Flughafen Schiemanen Bild: onet.pl

Entscheidend werden auch die neuen Flugverbindungen sein. Ab dem 20. Mai wird die Fluggesellschaft Wizzair von Schiemanen nach Oslo Torpp fliegen. Das soll vor allem Polen, die in Norwegen arbeiten, anlocken. Oslo bietet auch viele europäische und interkontinentale Flüge an, so könnten die Passagiere aus Schiemanen von dort weiterfliegen.

Bei den Einwohnern des südlichen Ostpreußens sind jedoch am meisten Verbindungen mit der Bundesrepublik (Düsseldorf und Dortmund) sowie mit Irland (Dublin) erwünscht. Es werden darüber Gespräche mit Fluganbietern geführt, aber es ist noch unbekannt, ob die Fluggesellschaften gerade diese Verbindungen bedienen werden. Die Entscheidung wird wahrscheinlich im März getroffen.

Unter Fragezeichen steht auch die Zusammenarbeit mit der Firma SprintAir, die nach Berlin, Krakau und Breslau geflogen ist. Im Herbst verzichtete die Fluggesellschaft auf diese Verbindungen.

Man schätzt, dass die Zahl der Passagiere jährlich um fünf bis sieben Prozent steigen wird. Der Flughafen in Schiemanen ist im Stande 600000 bis 700000 Personen jährlich zu bedienen. Dieses Ergebnis will die Flughafenleitung im Jahre 2022 erreichen. In demselben Jahr sollen sich die Aufwendungen mit den Einnahmen ausgleichen. Gerade die Mitfinanzierung des Flughafens durch die Selbstverwaltung wird oft kritisiert. 2016 zahlte die Woiwodschaft zehn Millionen Zloty (2,3 Millionen Euro), und 2017 wird der Flughafen in Schiemanen 17 Millionen Zloty (3,9 Millionen Euro) benötigen. Dazu kommt noch der Ausbau des Flugplatzes sowie der Parkplatz für 100 Pkw vor dem Terminal – insgesamt 29,4 Millionen Zloty (sieben Millionen Euro).

Es ist eine allgemeine Tendenz, dass neueröffnete Flughäfen in den ersten Jahren nicht rentabel sind. Auf Gewinne wird man noch warten müssen. Zunächst wird Schiemanen an Wettervorhersagen sparen können, weil der Flughafen zum ersten Geburtstag eine eigene meteorologische Station erhalten hat. Bis jetzt wurde der Airport Allenstein Masuren vom Flughafen in Radom bedient und dafür mussten 400000 Zloty (92000 Euro) jährlich bezahlt werden. Künftig werden die meteorologische Station sowie die Meteorologen vor Ort sein und somit werden zwei Drittel der vorher gezahlten Summe eingespart. Dank der Station kann der Flughafen in Schiemanen auch Wetterdienstleistungen verkaufen. *Edyta Gladkowska*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist für eine Schriftstellerin schon erfreulich, wenn eine ihrer Erzählungen, die irgendwann vor Jahr und Tag erschien, aus der Vergessenheit – auch aus der eigenen – geholt wird, um wieder gelesen zu werden. Leider lebt die Autorin der Geschichte, die Frau **Sabine Barry** geborene **Prohl** aus Bad Camberg sucht, nicht mehr, denn es handelt sich um eine der bekanntesten ostpreußischen Schriftstellerinnen, **Gertrud Papendick**, die 1982 im Alter von 92 Jahren verstarb. Aber die Romane, Novellen und Essays der großartigen Erzählerin leben weiter, selbst wenn es sich um eine weniger bekannte Arbeit handelt wie die, nach der Frau Barry sucht, und das aus einem besonderen, sehr persönlichen Grund. Ihre Großmutter **Josepha Heinemann** geborene **Coelle**, war zeitlebens mit Gertrud Papendick befreundet, und die Schriftstellerin hatte eine Episode aus deren Familienleben zu einer Geschichte verarbeitet, die sie „Gang unter den Sternen" nannte. Um dieses kleine literarische Werk handelt es sich in der Anfrage von Frau Barry, die sich an mich als „Familienmutter" wendet, aber auch als Schriftstellerin, denn nun kommt ein von mir vor Jahrzehnten geschriebener Beitrag im *Ostpreußenblatt* ins Spiel – die Anfangszeile der heutigen Kolumne gilt also auch für mich. Ich hatte in den 60er Jahren einen Beitrag über meine Schulzeit mit dem Titel „Einst auf einem Königsberger Schulhof – Dank an eine Königsberger Lehrerin" geschrieben, und auch den Namen der Turnlehrerin am Bismarck-Oberlyzeum, Fräulein **Baum**, genannt, der ich nach dem Krieg bei einem Schultreffen in Hamburg begegnete und in der ich eine völlig andere Person fand, als ich – unsportliches! – Schulkind sie erlebt hatte. Diesen Beitrag hatte sich Frau Heinemann ausgeschnitten, wahrscheinlich war sie auch eine Schülerin der Turnlehrerin gewesen, denn auf dem Ausschnitt war vermerkt, dass sie an Fräulein Baum zu deren 90. Geburtstag einen Kasten Konfekt geschickt hatte. Dieser im Nachlass ihrer 1978 verstorbenen Großmutter gefundene Zeitungsausschnitt war für Frau Sabine Barry nun der Anlass zu dem Schreiben, weil sie auch an eine Lehrerin dachte: an die Konrektorin Gertrud Papendick und damit auch an die in ihrer Familie spielenden Geschichte. Frau Barry schreibt dazu:

„Diese Geschichte suche ich. Es geht darin um die Tage vor der Geburt meiner Mutter **Ruth** am 12. Februar 1921. Meiner Großmutter war eine schwere Entbindung vorhergesagt worden, sie hatte noch eine zweieinhalbjährige Tochter zu versorgen und bat deshalb ihr früheres Mädchen um Hilfe. Diese machte sich sofort auf den Weg und lief voller Sorge um meine Großmutter bei Eiseskälte mangels anderer Transportmöglichkeiten die gesamte Strecke zu Fuß. Es müssen wohl über 20 Kilometer gewesen sein, so genau weiß ich das nicht mehr, obwohl ich diese Geschichte oft gehört habe. Meine Großeltern lebten damals in Lötzen. Letztendlich ging alles gut aus, und meine Großmutter war glücklich über die Ankunft ihrer vertrauten Hilfe. Soweit habe ich die Geschichte in Erinnerung. Sie stand neben anderen Beiträgen in einem gelben kartonierten Buch, auf billigem Papier gedruckt. Ich würde sie gerne noch einmal lesen, sämtliche Protagonisten sind inzwischen verstorben, und ich selber bin nun auch 73 Jahre alt. Kennt jemand den Titel des Buches oder diese Geschichte?"



Gertrud Papendick schrieb die gesuchte Erzählung „Gang unter Sternen" Bild: Geede

Leider kann ich Frau Barry nicht helfen, obgleich ich viele Beiträge von Gertrud Papendick in verschiedenen Anthologien, auch älteren Datums, besitze, aber diese wohl in den ersten Nachkriegsjahren erschienene Buchausgabe ist nicht darunter. Vielleicht besitzt sie aber noch jemand aus unserem Leserkreis oder erinnert sich an die Geschichte? (Sabine Barry geborene Prohl, Zur Hubermühle 19 in 65520 Bad Camberg, Telefon 06434/902459.)

Viele Anfragen gehen auf frühere Veröffentlichungen im *Ostpreußenblatt* zurück, seit die Jahrgänge im Internet abrufbar sind. Dadurch wenden sich vermehrt auch jüngere Menschen an uns, vor allem Nachkommen von Vertriebenen, die sich für das Leben ihrer Vorfahren interessieren, aber bisher nur wenig Erfolg im Nachforschen hatten. Manche Enkel wissen so gut wie nichts über das Leben ihrer Großeltern, denn diese hatten über die Ereignisse geschwiegen, die ihr Schicksal bestimmten wie Krieg, Gefangenschaft, Flucht und Vertreibung. Diese Themen wurden einfach tabuisiert wie Frau **Martina Kanus-Lahann** aus Kirchseelte das große Schweigen bezeichnet, das sie nun für ihre Familie aufbrechen will. Ihr in Ebenrode/Stallupönen geborener Großvater **Paul Stahl** gehörte vom 13. Januar 1940 an der 1. Kompanie Pionier-Bataillon 652 an und nahm am Frankreichfeldzug teil. Leider wurden die Themen Kriegserlebnisse, russische Gefangenschaft und Verlust der Heimat nie behandelt, sodass sich die Enkeltochter erst nach Auskunft durch die Deutsche Dienststelle (WASt) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht auf Spurensuche machen konnte, was sich für Frau Kanus-Lahann als sehr mühsam herausstellte. Offiziell gab es nur den Hinweis, dass das Pionier-Bataillon am Frankreichfeldzug teilgenommen habe. Da sie nicht weiß, zu welcher Heeresgruppe es gehörte, konnte sie bisher nicht herausfinden, wo das Bataillon eingesetzt worden war.

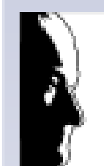
Und nun kommt das *Ostpreußenblatt* ins Spiel. In Folge 19 vom 13. Mai 1989 fand Frau Kanus-Lahann eine Anzeige, in der auf dieses Bataillon eingegangen wird, und zwar aus aktuellem Anlass, denn sie lautet: „Heeres-Pionier-Bataillon 652 Vlotho a. d. Weser – Sonntagabend, 2. Mai und Sonntag, 28. Mai, Berghotel Fernblick, Treffen der Kameradschaft des Heeres-Bataillon 652, hervorgegangen aus den Pionier-Bataillon 1, Königsberg Pr. Eintreffen der Kameraden Sonntagabend, 27. Mai, 12 Uhr." Nun sieht die Enkeltochter eine Möglichkeit, endlich etwas über die Geschichte des Bataillons zu erfahren, und zwar aus erster Hand. Denn es dürften noch Angehörige der Kameradschaft leben, die bereit sind, mit der Suchenden in Verbindung zu treten. Vielleicht haben sich auch deren Nachkommen für die Geschichte dieser ostpreußischen Einheit interessiert, so wie die Enkeltochter von Paul Stahl, und besitzen dokumentarisches Material. Ich bin sicher, dass Frau Kanus-Lahann einige Zuschriften bekommen wird, die ihr helfen, die Kriegsjahre ihres Großvaters für sie transparenter zu machen. Ich wünsche es ihr sehr. (Martina Kanus-Lahann, Ahornweg 20 in 27243 Kirchseelte, Telefon 04206/6421, E-Mail: martina.kanus@t-online.de)

Wenn man Familienforschung betreibt, bleibt es nicht aus, dass im Rahmen der Ermittlungen immer wieder neue Fragen auftauchen, die das Interessengebiet erheblich erweitern. So erging es auch Frau **Rosemarie Grau** aus Berlin, als sie in der Familiengeschichte ihres Mannes nicht weiter kam und von einem Hobbyahnenforscher den Rat erhielt, sich an eine Deutschlandstelle der Mormonen zu wenden, da diese ein ausgezeichnetes Genealogie-Archiv besäßen. Weil die Suchende diesem – für sie doch etwas verwunderlichen – Ratschlag folgte, konnte sie tatsächlich Teilerfolge verbuchen. Ihre Angaben dürften auch für andere Hobbychronisten interessant sein, und so will ich sie selber berichten lassen. Rosemarie Grau schreibt: „Der Geburtsort meines Mannes ist Insterburg, seine Familie lebte in und um Goldap. Mein Schwiegervater ist 1905 auf Gut Neuhof bei Goldap geboren, zuständig war damals das Kirchspiel Tollmingen. Da durch die Flucht weder eine Geburtsurkunde noch die Heiratsurkunde vorhanden ist, versuchten wir, in vielen Archiven fündig zu werden, aber leider vergeblich. Irgendwelche Unterlagen über Tollmingen haben wir nicht finden können. Dann kam der Hinweis des Ahnenforschers auf die Mormonen, die eine Zweigstelle in Berlin hätten, deren Unterlagen allen Bürgern zum Zwecke der Familienforschung zur Verfügung ständen. Und tatsächlich gibt es dort eine Kartei, in der viele Kirchenbücher aus Ostpreußen aufgeführt sind. Bei Bestellung erhält man das Filmmaterial aus den entsprechenden Kirchenbüchern. Dort fanden wir tatsächlich auch Unterlagen über Tollmingen, aber leider nur bis zum Jahr 1875." Soweit die Angaben von Frau Grau über ihre teilweise erfolgreichen Nachforschungen, aber ihr Interesse an dieser Glaubensgemeinschaft, deren voller Name „Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage" beziehungsweise „The Church of Jesus Christ of Latter-day Saints" lautet, war geweckt, und deshalb beschäftigt sie die Frage, wie denn überhaupt die Kirchenbücher aus dem alten Ostpreußen zu dem Hauptsitz der Mormonen in Utah gelangen konnten. In Berlin erklärte man ihr, dass diese von den Amerikanern in Ostpreußen gerettet worden seien. Diese Auskunft klingt für Frau Grau sehr unwahrscheinlich, und das mit Recht. Von einer anderen Stelle konnte sie erfahren, dass kurz vor Kriegsende ostpreußische Kirchenbücher in Westdeutschland eingelagert wurden. Diese hätten dann die amerikanischen Besatzer entdeckt und mit nach Amerika genommen. Soweit die widersprüchlichen Nachforschungen von Frau Grau, die nun mit einer Frage an unsere Ostpreußische Familie hofft, eine authentische Erklärung zu erhalten.

Sicher haben sich auch andere Leserinnen und Leser damit beschäftigt, wenn sie sich selber im Rahmen ihrer Familienforschung an die Mormonen gewandt hatten, oft mit Erfolg, wie wir im Laufe der letzten Jahre feststellen konnten. (Rosemarie Grau, Am Wildbusch 25 in 12559 Berlin.)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Östlich von Oder und Neisse

»Mir gefallen die Husarenuniformen am besten«

Eine Ausstellung zur Militärkultur in der Gleiwitzer Villa Caro feiert Preußen von den Einigungskriegen bis zum Ersten Weltkrieg

Es ist die erste Ausstellung dieser Größe und Bedeutung in der Geschichte des schlesischen Museumswesens. Sie zeigt die Kultur des preußischen Militärwesens in der wichtigsten Zeitspanne dieser Region – von den Einigungskriegen bis zum Ersten Weltkrieg", sagte Grzegorz Krawczyk, Direktor des städtischen Museums zu Gleiwitz [Gliwice] „Villa Caro", bei der Vernissage am 28. Januar.

Mutig stellte der Museumsleiter sein Haus zur Verfügung, während die Regierung Polens per Gesetz jegliche Symbole des Nationalsozialismus, Kommunismus und eben auch des vermeintlichen preußischen Militarismus ausblenden will. „Ein Museum darf die historische Wahrheit nicht scheuen, egal wie unbequem sie auch sein mag. Mit dieser Ausstellung glorifiziere ich ja nicht den preußischen Militarismus, ich zeige lediglich eine historische Gegebenheit mit ihrem ideellen Hintergrund und ihrer Ästhetik, ihrer gesellschaftlichen Funktion damals. Wir zeigen, wie das Militär als Bindeglied des Staates funktioniert hat und diesem Staat nicht nur eine ideelle, politische Struktur, sondern auch eine Lebensart gab", so Krawczyk.

Diese Ausstellung ist beeindruckend in ihrer Ästhetik, und man kann sich der Schönheit der Uniformen, der Bilder oder Gegenstände wie Becher und Krüge, Pfeifen, Sammeltassen und ähnlichem kaum entziehen. „Wir dürfen nicht vergessen, dass von 1864 bis 1914 Frieden herrschte. Wir zeigen hier, wie das Leben in den Kasernen aussah, wie das Militär die Gesellschaft beeinflusste, ob in der Mode oder im Stadtbild. Diese schnittigen, farbenprächtigen Uniformen haben schon etwas Anziehendes. Mir gefallen die Husarenuniformen am besten", so Ausstellungskuratorin Aleksandra Korol-Chudy.

Siehe da – während in Deutschland der „zeitgeschichtliche Kontext" oft nur zum Zuge kommen darf, wenn man damit gleichzeitig aktuelle politische Botschaften mit moralischem Zeigefinger überfrachtet und dies dann als scheinbar unstrittige Klarstellung apostrophiert, ist selbst im von einer PiS-geführten Koalition geführten Polen die Freiheit der Wissenschaft durchaus möglich. Welcher Museumsdirektor in Deutschland würde es wagen, militärischen Facetten eine ästhetische Erhabenheit zuzugestehen?

> Norbert Koziol hofft, dass die von ihm gesammelten Exponate nach dem 23. April noch in anderen Häusern gezeigt werden

Die Präsentation wurde ausschließlich aus Exponaten eines Sammlers erstellt und zeigt nur einen Bruchteil dessen, was Norbert Koziol in 40 Jahren zusammengetragen hat. Für den aus Peiskretscham [Pyskowice] bei Gleiwitz stammenden deutschen Oberschlesier ist die Ausstellung die Erfüllung eines Herzenswunsches – die Sammlung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Angefangen hat es mit einem Geschenk eines Grundschulklassenkameraden. Für Hilfe in Mathe und Physik bekam der damals schon geschichtsinteressierte Koziol von seinem Mitschüler eine grüne Uniform mit gelben Schnüren aus dem Ratiborer Husarenregiment geschenkt. Sie gefiel ihm so gut, dass er sich schwor, von jedem schlesischen Regiment eine Uniform zu besitzen. Das Versprechen hat er sich durch Flohmarktkäufe und Internetauktionen zu 90 Prozent erfüllen können. Mehrere Tausend Artefakte, Dokumente, Postkarten aus der preußischen Zeit sind nun in seinem Besitz. In seiner Heimatstadt zeigte man kein Interesse an der Sammlung. Die Menschen hier bekämen Pickel, wenn sie nur das Wort Pickelhauben hören, so der Peiskretschamer. Sofort spulen sie Geschichten vom Kulturkampf, die man ihnen in der Schule eintrichterte, ab: etwa von den gepeinigten Kindern von Wreschen [Wrzesnia] in der Provinz Posen, die kein Deutsch lernen wollten, oder vom Michal Drzymala, der im Dorf Pogradowitz [Drzymalowo] in der Provinz Posen jeden Tag seinen Wohnwagen ein Stück weiter rollte, um so eine Baugenehmigung zu umgehen, die man vielen Polen vorenthielt, bedauert der Sammler. „Dabei war Preußen ein moderner Staat in dem das Recht respektiert wurde. Nur deshalb konnte ein Drzymala mit seinem Zirkuswagen zum Wiederstandsymbol werden. Würde dies in Russland passieren, kämen die Kosaken und würden in fünf Minuten Ordnung schaffen, natürlich mit Gewähren", so Koziol. Sein Wunsch ist, dass die Ausstellung, die in der Gleiwitzer Villa Caro noch bis zum 23. April zu sehen ist, auch in anderen Museen gezeigt wird.

Chris W. Wagner



ZUM 101. GEBURTSTAG

Eigner, Lotte, geb. **Boersch**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schöl, Erich, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Loch, Heinz Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar
Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kühling-Schediwy, Ilse, geb. **Blumstein**, aus Neidenburg, am 7. Februar
Lange, Willy, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar
Pries, Paul, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Ziegler, Ella, geb. **Saborowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dahmen, Erika, geb. **Borchert**, aus Frisching, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Februar
Kamutzki, Charlotte, geb. **Drutsch-Grabowski**, aus Prostken, Hauptstraße 9, Kreis Lyck, am 4. Februar
Klick, Erna, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar
Kupczyk, Gertrud, geb. **Framke**, aus Bludau, Kreis Samland, am 8. Februar
Matthees, Hildegard, geb. **Rasch**, aus Lyck, Yorkstraße 35, am 8. Februar
Meier, Gertrud, geb. **Schrade**, Gertrud, aus Groß Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Februar
Rohde, Lieselott, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar
Rose, Elsa, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar
Stanko, Helene, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Adamaszek, Franz-Heinz, aus Lyck und Eisermühle, Kreis Lötzen, am 4. Februar
Buttler, Elfriede, geb. **Weigel**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar
Gerken, Frieda, geb. **Jurrat**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Kummetz, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Ludwig, Ruth, geb. **Trzaska**, aus Abbau, Kreis Lyck, am 5. Februar
Metzger, Liesbeth, geb. **Bleckat**, aus Eichkamp, Kreis Elchniederung, am 3. Februar
Willutzki, Dr. Hans, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Buchau, Benno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Buczko, Herbert, aus Lyck, Morgenstraße 11, am 7. Februar
Köhler, Hedwig, geb. **Kossack**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Krüger, Heinz, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Moll, Hedwig, geb. **Todzi**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Nickel, Frieda, geb. **Skrzega**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar
Rostek, Helmuth, aus Lyck, Morgenstraße 22, am 8. Februar
Urmann, Gerda, geb. **Naujoks**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Duwe, Gertrud, geb. **Smolenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. Februar
Masur, geb. Knorr, **Edith**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Februar
Pfeiffer, Dr. Irmtraud, geb. **Kunze**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Remus, Alma, geb. **Ladda**, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Februar
Rimkus, Erwin, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Stiller, Margarethe, geb. **Berger**, aus Sannen, Kreis Ebenrode, am 9. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bitsching, Hilde, geb. **Lasarzewski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar
Elfert, Christel, geb. **Reinies**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Hermsdorf, Irmgard, geb. **Hinz**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Iwanzik, Edith, geb. **Koyro**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. Februar
Klein, Rudolf, aus Lyck, am 7. Februar
Laut, Else, geb. **Kutz**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar
Lehmkuhl, Lydia, geb. **Rausch**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. Februar
Osenger, Margot, geb. **Büttgenbach**, aus Millau, Kreis Lyck, am 7. Februar
Paetzel, Erich, aus Tiegenhofen im Großen Werder, Kreis Danzig, am 4. Februar
Poeppel, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 153, am 3. Februar
Werner, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 6, Februar
Wieland, Edeltraut, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, am 7. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bielenberg, Margarete, geb. **Baumgart**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Buczko, Gerda, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 7. Februar
Däblitz, Heinz, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Gemke, Minna, geb. **Seinwill**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 7. Februar
Gryzik, Horst-Werner, aus Lyck, am 5. Februar
Hieronymus, Margarete, geb. **Kaminski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Köthe, Liesbeth, geb. **Donieniuk**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 9. Februar
Lehsmeier, Erika, geb. **Stiller**, aus Keipern, Kreis Lyck, 3. Februar
Puck, Alfred, aus Lyck, Falkstraße 21, am 5. Februar
Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar
Weltecke, Elly, geb. **Feuersenger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 70, am 7. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrozeit, Kurt, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Alkenings, Hans-Joachim, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Bestvater, Ursula, geb. **Manleitner**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 8. Februar
Borsties, Max, geb. **Barsties**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Böttcher, Klaus, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 9. Februar
Butte, Edeltraut, geb. **Masurowski**, aus Lyck, Memeler Weg 5, am 8. Februar
Diedrichs, Hilde, geb. **Hinz**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Erdmann, Dorothea, geb. **Seidler**, aus Sidden, Kreis Treuburg, am 9. Februar
Fingberg, Jutta, geb. **Ewert**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Fritsch, Elisabeth, geb. **Kuschmierz**, aus Polennen, Kreis Samland, am 8. Februar
Harz, Gerda, geb. **Urmoneit**, aus Kleinmark, Kreis Tilsit, am 9. Februar
Jablonowski, Werner, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar
Joneleit, Kurt, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 7. Februar
Klein, Maria, geb. **Hopp**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Lill, Edith, geb. **Wengorz**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Makrutzki, Leonore, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Neumann, Hertha, geb. **Schmidt**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 5. Februar
Praglowski, Othmar, aus Aachen, am 3. Februar
Prußas, Siegfried, aus Kölmerdorf, Kreis Lyck, am 5. Februar
Reidies, Walter, aus Lessen, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Röder, Liesbeth, geb. **Höchst**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. Februar
Roppel, Martha, aus Krassau, Kreis Lyck, am 3. Februar
Saczinski, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 151, am 7. Februar
Schliewe, Helmut, aus Stapornen, Kreis Samland, am 5. Februar
Schlittke, Arno, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Unterberg, Edith, geb. **Gritzo**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. Februar
Wittmöller, Annemarie, geb. **Radzik**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adomeit, Horst, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Becker, Helmut, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar
Borkowski, Helmut, aus Kelchersdorf, Kreis Lyck, am 9. Februar
Brinkmann, Rosemarie, geb. **Guddas**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 7. Februar
Busch, Gisela, geb. **Kujat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Faltin, Manfred, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 8. Februar
Federmann, Linda, geb. **Reinhaus**, aus Geidau, Kreis Samland, am 9. Februar
Habig, Karin, geb. **Schelwat**, aus Germau, Kreis Samland, am 7. Februar
Koloska, Emmi, geb. **Anton**, aus Lyck, am 3. Februar
Kurapkat, Alfred, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Nalik, Rosemarie, geb. **Schön**, aus Magdeburg, am 3. Februar
Neumann-Damerau, Dr. Friedrich, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Nickel, Alfred, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 6. Februar
Schöttke, Arno, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 6. Februar
Schütz, Helmut, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 5. Februar
Selinger, Willi, aus Pommern, am 7. Februar
Skupsch, Lucie, aus Neidenburg, am 3. Februar
Specka, Erich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Woischwell, Gisela, geb. **Weiß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Woltersdorf, Christel, geb. **Borries**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bednarzik, Ingeborg, geb. **Varnholt**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Dietz, Inge, geb. **Jopp**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 9. Februar
Jungmann, Klaus-Dieter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Moritz, Bernd, aus Brieg in Schlesien, am 3. Februar
Nimcke, Rotraut, geb. **Zuehldorff**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Otto, Dr. Wolfgang, aus Ebenrode, am 9. Februar
Pfeiffer, Siegbert, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 5. Februar
Riemann, Werner, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Ruppel, Ingrid, aus Wehlau, am 6. Februar
von Frantzius, Monika, geb. **Hagemann**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Zahlmann, Peter, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. Februar



Termine der LO

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Vortrag über Ostpreußens Hungerkinder

Am 9. Februar um 19 Uhr findet in der Krypta des Hamburger Michel ein Vortrag zum Thema Ostpreußens Hungerkinder statt.

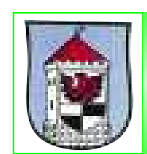
Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spielte sich von 1945 bis 1948 im nördlichen Ostpreußen und der weiteren Umgebung, eine humanitäre Katastrophe ab. Mehr als 100 000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Die Übriggebliebenen waren oft Kinder. Ohne Eltern, ohne ein Zuhause waren sie auf sich allein gestellt. Manche kamen in sowjetische Heime, andere flohen nach Litauen. Von der Tragödie nahm die Welt jahrzehntelang kaum Notiz. Erst in den 1990er Jahren wurde die Öffentlichkeit auf ihre Schicksale aufmerksam, die der Historiker Christopher Spatz nun rekonstruiert hat. In seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ lässt er die Betroffenen zu Wort kommen.

In der Veranstaltung, die im Rahmen der Biografiearbeit an St. Michaelis stattfindet, berichtet Christopher Spatz über die historischen Hintergründe und die Schicksale dieser Frauen und Männer. Der Psychiater PD Dr. Christoph Muhtz (Schön Klinik Eilbek) bietet Einblick in seine Forschungen mit ostpreußischen Flüchtlingen und Vertriebenen. Anschließend schildern Zeitzeugen ihre persönlichen Erfahrungen. Die Veranstaltung wird musikalisch umrahmt und um die Ausstellung „Ostpreußens letzte Kinder“ ergänzt. Der Eintritt ist frei, eine Spende wird erbeten. *EB*

Hauptkirche St. Michaelis, Englische Planke 1, 20459 Hamburg. Pressereferentin Ines Lessing, Mobil (0162) 8888548, Telefax (040) 37678-310, i.lessing@st-michaelis.de.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir das Jahr 2017 bei unserer traditionellen heimatpolitischen Tagung am 18. und 19. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme) einleiten. Zu dieser Auftaktveranstaltung in der Theodor-Heuss-Schule (Gerberstraße 16, neben dem Ratsgymnasium) laden der Landkreis Rotenburg als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg alle geschichtlich und kulturell Interessierten aus nah und fern herzlich ein. Für die Tagung konnten wir erneut herausragende Referenten gewinnen.

Am Sonnabend, 18. Februar, ist die Mensa der Schule ab 14 Uhr geöffnet, und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Professor Udo Arnold die Tagung mit seinem Vortrag „Vom Ordensland zum Herzogtum Preußen als erstes protestantisches Fürstentum“ eröffnen. Danach wird Oberstudiendirektor a.D. Hans-Jürgen Kämpfert referieren. Sein Thema: „Nicolaus Copernicus aus Thorn an der Weichsel. – Leben und Werk als Domherr in Frauenburg, als Arzt, Diplomat und weitbekannter Astronom.“ Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten beziehungsweise für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen.

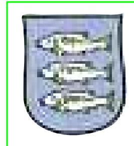
Am folgenden Sonntag, 19. Februar, setzen wir die Tagung um 9.30 Uhr in der Schule fort. Oberstudiendirektor a.D. Dr. Walter Jarecki wird über die „Reformation in Norddeutschland“ referieren. Im Jahr des Reformationsgedenkens werden den Tagungsteilnehmern auch neue Sichtweisen im Gedächtnis bleiben. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ beendet.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 26 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen, werden bis zum 10. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Angerburger Kulturpreis 2017

Bewerbungsfrist läuft ab!

Im Jahre 2017 wird der vom Landkreis Rotenburg (Wümme) gestiftete Angerburger Kulturpreis vergeben. Dieser Preis ist mit einem Betrag in Höhe von 500 Euro dotiert. Der Preis wird ausgeschrieben für künstlerische und andere künstlerische und wissenschaftliche Arbeiten Angerburger Künstler bzw. Autoren oder den Landkreis Angerburg betreffende deutschsprachige Arbeiten, in denen insbesondere seine Landschaft, menschliche Atmosphäre, Kultur, Wirtschaft und Geschichte, die Völkerverständigung oder eines dieser Gebiete künstlerisch oder wissenschaftlich behandelt werden. Als solche Arbeiten zählen auch Audio- und Video-Arbeiten. Die Arbeiten sind bis zum 28. Februar 2017 an den Landkreis Rotenburg (Wümme), z. Hd. Herrn Michael Meyer, Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), zu senden. Name, Anschrift des Verfassers und die unterschriebene Erklärung, dass der Einsender sich den Bedingungen des Wettbewerbs unterwirft, sind den Arbeiten beizufügen. Über die Einsendungen entscheidet ein Preisgericht. Um rege Beteiligung bittet der Landkreis Rotenburg (Wümme). Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Herrn Michael Meyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 983-2858.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. in der Patenstadt Neumünster (seit 1954), Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung) lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Der Eintritt ist frei. Von März bis einschließlich November findet stets an einem Sonnabend des Monats „Der besondere Tag“ statt, mit der Öffnungszeit von 10 bis 15.30 Uhr. Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – um 15.30 Uhr. Der Besuch der Heimatmuseum und Lötzener Kreisarchiv ist fast zu jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute oder Dieter Eichler (040 608 30 03) möglich.

Veranstaltungsprogramm 2017

März

Sonnabend, 18. März: Eröffnung der Kunstausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff (1890 – 1974)“ (bis 15. Juli 2017), in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Um 15.30 Uhr Begrüßung und Einführungsvortrag, musikalische Umrahmung.

April

Sonnabend, 22. April: „Siegfried Lenz – ein Lebensbild“. Vortrag von Klaus Papies, Bremen (Autor des Buches „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“).

Mai

Sonnabend, 20. Mai: „Ein Maler zieht Bilanz – Eduard Bischoff und seine Ostpreußen-Holzschnitte“. Vortrag (mit Bildern) von Dr. Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg.

Juni

Sonnabend, 17. Juni: „Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1949“. Vortrag von Pastor em. Karl-Georg Mix, Lübeck.

Juli

Sonnabend, 15. Juli: Ute Eichler zeigt „Reisebilder aus dem Königsberger Gebiet und dem Memelland“ (von 2016) und berichtet von Erfahrungen mit dem Reisedienst Schukat-Schülke, Anklam.

August

Sonnabend, 19. August: Eröffnung der Kunstausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Künstlerbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“ (bis 18. November 2017).

September

Sonnabend, 16. September: „Auf der Spur der Ahnen“ – Dr. Mark Marzinzik (Lötzener) Familienforscher, Hamburg, berichtet von seinen Forschungsreisen nach und in Masuren und zeigt Bilder von familiengeschichtlich bedeutenden Orten.

Oktober

Sonnabend, 21. Oktober: „Erzähl mir nuscht vom Storch sine Hinterbeene“. Angelika Rischer, Hamburg, erzählt Storchenmärchen aus Pommern, Ostpreußen und von anderswo.

November

Sonnabend, 18. November: „Bernsteinburgen“. Dr. Timo Ibsen, Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie, Schloß Gottorf, Schleswig, berichtet (mit Bildern) von seinen Forschungsergebnissen in Burgwällen an Bernsteinhandelsstraßen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Erlebnisreise nach Tilsit

8 Tage mit dem Bus über Marienburg nach Tilsit. Fünf Übernachtungen in Tilsit. Stadtführung, Stadtrundfahrt und Teilnahme am Stadtfest. Von Tilsit aus werden Tagesfahrten durchgeführt nach Trakehnen, in die Elchniederung und in die Rominter Heide. Höhepunkt bei der Rückreise ist eine Fahrt auf dem Oberländer Kanal.

Bei der Planung der Reise wurden die immer wieder genannten Wünsche, wie wenige Hotelwechsel, so kurz wie möglich und gutes Preis-Leistungsverhältnis, berücksichtigt. Hinzu genommen haben wir ausdrücklich den Oberländer Kanal, weil er bisher seltener angefahren wurde, ebenso die Besichtigung der Marienburg.

Die Reiseleitung übernimmt der 2. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Norbert Subroweit.

Termin: 30. August bis 6. September 2017, Preis p. P. 769 Euro, EZZ 120 Euro, Visagebühr 85 Euro.

1. Tag: Anreise

Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Marienburg.

2. Tag: Marienburg

Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die Marienburg, eine der mächtigsten Backsteinburgen der Welt, die durch ihre Größe und Architektur noch heute die Besucher beeindruckt. Anschließend Weiterreise zum polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie Ihr russischer

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Fragen und Antworten zum LO-Jahrestreffen in Neuss

Im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 13. Mai 2017 in der Stadthalle Neuss erreichen die Bundesgeschäftsstelle verstärkt Fragen zum Ablauf der Veranstaltung. Nachfolgend möchten wir die am häufigsten gestellten Fragen beantworten.

Warum gibt es keine Deutschlandtreffen der Ostpreußen mehr?

Trotz des guten Zuspruchs beim Deutschlandtreffen in Kassel 2014 sind die Teilnehmerzahlen bei den Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen rückläufig. Die Zahl der Besucher hat sich in den letzten 20 Jahren um Dreiviertel reduziert. Viele Ostpreußen sind nicht mehr in der Lage, die Strapazen einer langen Reise und eines zweitägigen Treffens auf sich zu nehmen. Hinzu kommt, dass wegen des hohen Kostenaufwandes – die Landsmannschaft Ostpreußen erhält für die Treffen keine öffentlichen Zuschüsse – die Deutschlandtreffen nur alle drei Jahre stattgefunden haben. Vor diesem Hintergrund sind der Bundesvorstand und die Ostpreußische Landesvertretung zu der Überzeugung gekommen, dass es sinnvoller ist, ab 2017 in kürzeren Abständen dezentrale Treffen an wechselnden Orten durchzuführen.

Worin unterscheidet sich das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss von den Deutschlandtreffen der Ostpreußen?

Es handelt sich bei dem Jahrestreffen um eine eintägige Veranstaltung. Ein Treffen der Heimatkreise ist nicht geplant. Daher ist auch keine Reservierung von Plätzen für die Kreisgemeinschaften in der Stadthalle vorgesehen. Einzelne Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und Einrichtungen werden ihre Arbeit an einem Ausstellerstand im Foyer präsentieren. Im Eingangsfoyer findet auch die gastronomische Versorgung der Teilnehmer statt und werden Kulturausstellungen präsentiert. Wegen der begrenzten Platzkapazitäten gibt es keine gewerblichen Aussteller wie Reiseveranstalter, Buchhändler oder Bernsteinverkäufer.

Was erwartet die Besucher konkret in Neuss?

Das Jahrestreffen beginnt am Sonnabendmorgen mit einer Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten“. Es folgt in der Stadthalle die Festveranstaltung mit Fahneneinmarsch und mit der Ansprache des Sprechers Stephan Grigat. Nach der Mittagspause mit kostenfreier Gulaschsuppe wird es ein kurzweiliges Kulturprogramm mit dem Sänger Bernstein, dem Schauspieler Herbert Tennigkeit, der Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der DJO-Spielschar „Singende Windrose“ geben. Die Festveranstaltung wird musikalisch vom Musikverein Holzheim umrahmt.

Warum können Eintrittskarten nur im Vorverkauf und nicht an den Tageskassen erworben werden?

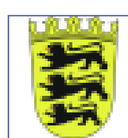
Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung maximal 900 Personen Platz. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, werden Karten ausschließlich im Kartenvorverkauf angeboten. Nur so kann verhindert werden, dass Teilnehmer wegen Überfüllung der Veranstaltung in Neuss vor verschlossener Tür stehen.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Dr. Sebastian Husen, Telefon (040) 414008-23, husen@ostpreussen.de.

Kartenvorverkauf:

Eintrittsplaketten zum Preis von 10 Euro pro Stück, zuzüglich 1 Euro Versandkostenpauschale erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Christiane Rinser-Schrut, Telefon (040) 414008-91/Fax (040) 414008-50 / rinser@ostpreussen.de.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 5. Februar, 14 Uhr, Pfarrscheune, Hainstadt (neben der Kirche): Winterlicher Nachmittag mit Bratäpfeln, Punsch, Wintergedichten und Filmvortrag.

Ludwigsburg – Dienstag 21. Februar, 15 Uhr Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen.

Tagesordnung:
1. Begrüßung
2. Totenehrung
3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden
4. Kassenbericht des Kassenwarts
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Entlastung des Vorstandes
7. Anträge
8. Wahlen aller Ämter
9. Verschiedenes.

Stuttgart – Die Frauengruppe trifft sich am Dienstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kl. Saal. Unser Thema ist „Winterfreuden – Winterleid“ mit Geschichten, Gedichten und Liedern. Die Mitglieder der Kreisgruppe, auch Herren und Gäste, sind herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Weinheim – Mittwoch, 8. Februar, 14.30 Uhr, Café St. Barbara, Am Schloßberg: Treffen der Gruppe. Bei dieser Zusammenkunft werden nach einer gemütlichen Kaffeetafel zunächst Gedichte aus der Heimat vorgetragen. Danach liest Waltraud Abraham die lustige Biografie der „Ottilje Riebenschneider“, deren Wiege im Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen stand, auf Ostpreußisch-Platt vor.

Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 15. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen. Vortrag Frühlingsbräuche in Ostpreußen.

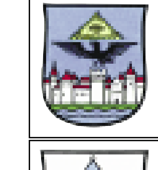
Landshut – Dienstag, 21. Februar, 14 Uhr: Zusammenkunft in der Insel und Kassenprüfung.

München – Freitag, 10. Februar, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Treffen der Frauengruppe. – Freitag, 17. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Lilienberg 5, 81669 München: Gemeinsame Kaffeetafel und anschließend lautet das Thema „Ostpreußische Getränke“ und alles, was damit zusammenhängt.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



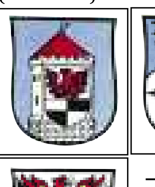
Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

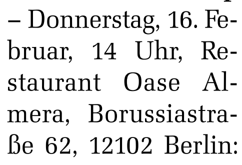


Frauengruppe – Mittwoch, 8. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Bekker, Telefon (030) 7712354.

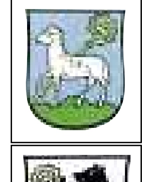


Rastenburg – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

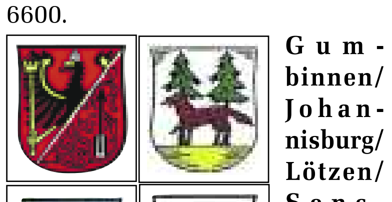
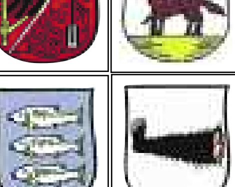


Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 16. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in der Heimat Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 18. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria Rimkus Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen bei Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 21. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start in das Jahr 2017. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Königsberg – Freitag, 24. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

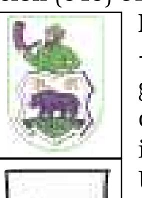
LANDESGRUPPE

Donnerstag, 9. Februar, 19 Uhr, Krypta von St. Michaelis: „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ . In der Veranstaltung berichtet der Historiker Christopher Spatz über die Schicksale der ostpreußischen Kinder, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Königsberger Gebiet und in Litauen gegen das Verhungern ankämpften. Der Psychiater PD Dr. Muhtz (Schön Klinik Eilbek) bietet Einblick in seine Forschungen mit ostpreußischen Flüchtlingen und Vertriebenen. Der Ostpreußenexperte Dr. Andreas Kossert, Leiter der Abteilung Dokumentation und Forschung bei der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (Berlin), moderiert das abschließende Gespräch mit Zeitzeugen, die ihre persönlichen Erfahrungen als Hungerkinder schildern. Umrahmt wird die Veranstaltung von musikalischer Begleitung und der Ausstellung „Ostpreußens letzte Kinder“. Der Eintritt ist frei, eine Spende wird erbeten. Die Hauptkirche St. Michaelis zu Hamburg, Englische Planke 1, befindet sich unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U3-Bahnstation Rödingsmarkt oder Haltestelle der Buslinien 6 und 37.

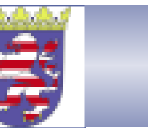
KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 21. Februar, 14 Uhr, Berenberg-Gossdler Haus, Bürgerhaus für Niendorf e.V., Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg (gut zu erreichen mit U-Bahnen und Bussen bis Haltestelle Niendorf-Markt): Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken mit Schabbern und anschließendem Vortrag von Gerti Heykena mit Erinnerungen und Liedern aus der Kinderzeit in Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr, außer Januar und Juli, um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamen Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon: (040) 587585, Fax: (040) 52678519. E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 25. Februar, 14,30 Uhr: Nächstes Treffen. Unter musikalischer Begleitung vom Akkordeon-Duo Karin Liedke und Rudi Mohr, aus der Gesangsgruppe Biebesheim-Dornheim wolle wir gemeinsam unser „Preußisches Fasteloawend“ feiern und würden uns über gelungene Beiträge freuen.

Wetzlar – Ostpreußischen Humor bietet der Buchautor Joachim Albrecht beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen - Kreisgruppe Wetzlar am Montag, 13. Februar, um 19 Uhr. Die Gruppe trifft sich dazu im Restaurant „Grillstuben“ in Wetzlar (Stoppelberger Hohl 128). Besucher sind eingeladen, selbst humoristische Beiträge zu bringen. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Donnerstag, 9. Februar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 3. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 84 49 38. ESWE-Busverbindung: Linie 16 – Haltestelle Ostpreußenstraße. – Dienstag, 14. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Frauengruppe. Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe/Güstrow – Am Sonnabend, dem 18. Februar, treffen sich die Ostpreußen aus der näheren und weiteren Umgebung um 14 Uhr im Bürgerhaus Güstrow, Sonnenplatz 1 (Stadtzentrum). Angesagt hat sich der Lan-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

Reiseleiter, der Sie während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird, erwartet. Danach Weiterreise vorbei an Königsberg, Tapiau und Wehlau und weiter bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija“ beziehen.

3. Tag: Tilsit

Die ausführliche Stadtführung in Tilsit beginnt mit einem Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Auch die Gedenkstätte am Waldfriedhof wird während der Rundfahrt besucht. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. An den überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfassaden kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen.

4. Tag: Stadtfest in Tilsit und Taxitag

Teilnahme am Stadtfest in Tilsit, einer der Höhepunkte Ihrer Reise, und Zeit zur freien Verfügung. Nicht versäumen sollten Sie einen Besuch im Stadtmuseum mit seinen wechselnden sehenswerten Ausstellungen. Daneben gibt es zum Stadtfest zahlreiche Attraktionen, viel Musik und Volksfeststimmung. Für Ihre individuellen Ausflüge steht unser bewährter Taxiservice bereit. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung

Heute unternehmen Sie einen ganztägigen Ausflug durch den benachbarten Kreis Elchniederung. Am Vormittag geht es in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Skôpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse und einem Stopp am Jagdschloss Pait. Am Nachmittag durchfahren Sie den südlichen Teil der Elchniederung mit Besuch von Heinrichswalde, Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Übernachtung in Tilsit.

6. Tag: Trakehnen und Rominter Heide

Ihr heutiger Ausflug führt in eine ebenfalls einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Nach einem kleinen Stopp in Gumbinnen besuchen Sie Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Anschließend erreichen Sie die Rominter Heide. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit kleinen Bächen und Biberbauten - Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Übernachtung in Tilsit.

7. Tag: Oberländer Kanal

Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und treten die erste Etappe der Heimreise an. Nach dem Passieren der russisch-polnischen Grenze erleben Sie noch einen Höhepunkt Ihrer Reise: eine Fahrt auf dem Oberländer Kanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe auf der erst kürzlich restaurierten Strecke zwischen Buchwalde und Hirschfeld den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Anschließend Weiterreise nach Westen durch Pommern zur letzten Zwischenübernachtung in Schneidemühl / Pila.

8. Tag: Heimreise

Nach dem Frühstück Heimreise nach Deutschland. In der Mittagszeit wird bei Küstrin eine Rast auf einem polnischen Markt eingelegt.

Leistungen:

Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC und Kaffeeküche

1 Ü/HP in Marienburg, Hotel „Centrum“

5 Ü/HP in Tilsit, Hotel „Rossija“

1 Ü/HP in Schneidemühl/Pila, Hotel „Gromada Rodio“

Besichtigungsprogramm wie beschrieben

deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen sowie zu den Besichtigungen in Polen

Visabeschaffung:

Bis vier Wochen vor Reisebeginn zu erreichende Mindestteilnehmerzahl 25 Personen, Programmänderungen vorbehalten.

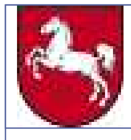
Beratung und Anmeldung bei Manfred Urbschat, Bahnhofstraße 82, 03051 Cottbus, Telefon (0355) 535544, E-Mail info@tilsit-stadt.de.

Im Park Luisenwahl: Wiederrichtetes Luisen-Denkmal Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

desvorsitzende Manfred Schukat aus Anklam mit den schönsten Aufnahmen der Heimat 2016 sowie von den großen Ostpreußentreffen des Vorjahres und der Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“ vor zwei Monaten. Für Kaffee und Kuchen, Bärenfang sowie genügend Parkplätze am Bürgerhaus ist gesorgt. Alle Landsleute und Interessenten von nah und fern sind herzlich dazu eingeladen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg trifft sich am 8. Februar um 15 Uhr im Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg. Klaus Papies, Bremen, stellt sein Buch „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“ vor, ein Wortschatzkästchen der ostpreußischen Sprache. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Holzminden – Ein neues Jahr heißt wieder neue Gedanken und neue Wege zum Ziel, und so hat die Vorsitzende Renate Bohn ihren Mitgliedern das neue Halbjahresprogramm vorgestellt. Zu allen Veranstaltungen sind natürlich immer gern Gäste willkommen. Die jeweiligen Treffen finden im „Felsenkeller“ statt.

Das erste Treffen im neuen Jahr beginnt traditionsgemäß mit dem Königsberger Klopsessen am Sonntag, 19. Februar, um 12 Uhr. Am Freitag, 7. März, wird um 15 Uhr ein Vortrag über den Verein „Runder Tisch Holzminden – Hilfe für Weißrussland“ und den Hilfstransport 2016 nach Minsk zu hören sein. Am 7. April sind die Mitglieder zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Am 19. Mai dürfen die Mitglieder und hoffentlich auch zahlreiche Gäste gespannt sein auf den Vortrag von Pastor i. R. Günther Grigoleit über das Thema „Ostpreußen – aus seiner Geschichte und Landeskunde“. Vor der Sommerpause erwartet am 9. Juni Bischof Damian vom Koptischen Kloster Brenkhausen die Gruppe zu einer spannenden Führung mit anschließend gemeinsamem Kaffeetrinken. Hierzu werden Fahrgemeinschaften gebildet. Die Vorsitzende hofft auf rege Beteiligung.

Osnabrück – Dienstag, 7. Februar, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 23. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.

Rinteln – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Professor Dr. Heinz Schürmann, Bielefeld, einen bebilderten Vortrag halten: „Die Marienburg an der Nogat – Hauptsitz des Deutschen Ritterordens“. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. – Bei der Jahreshauptversammlung im Januar wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt: Vorsitzender der Joachim Rebuschat, 2. Vorsitzender Martin Rötter, Kassenführerin Ursula Niewelt-Riechert. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 7. Februar, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: „Siedlungsgeschichte Preußisch-Litauens (Nordostpreußen) am Beispiel des Kirchspieles Tollmingkehmen im Kreis Goldap“. Referent: Dr. Wolfgang Rothe. – Sonnabend, den 18. Februar, 19.30 Uhr, im Maritim-Hotel, Godesberger Allee, 53175 Bonn: 10. Osterdeutscher Winterball mit Livemusik, den Oberschlesischen Jazzboys, Tombola und anderen Showeinlagen. Es wird ein reichhaltiges Buffet mit ostdeutschen Spezialitäten geben. Der Eintritt kostet 50 Euro. Kartenreservierungen: landsmannschaft@schlesien-bonn.de oder Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 8. Februar, 17.30 Uhr: Ausstellungseröffnung Karel Cudlin „Fotograf der politischen Umwälzungen“. – Mittwoch, 8. Februar, 18 Uhr: Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen „Gründung der ‚Charta 77‘ und ihre Wirkung auf die politische Lage in der Tschechoslowakei und in den Ostblockstaaten“. – Freitag, 10. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 11. Februar, 14.30 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Karnevalsnachmittag für alle Landsmannschaften. – Sonnabend, 11. Februar, 16 Uhr: Vortrag von Ruth Jäschke „Blütenpracht und Farbmagie – Der Charme des japanischen Kimonos“. – Dienstag, 14. Februar, 17 Uhr, GHH: Literarische Lesung und Diskussion „Lust und Last des Sammelns“. – Donnerstag, 16. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Marion Cals.

Essen – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung. Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung wird zu „Königsberger Klops“ eingeladen.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Münster – Die Kreisgruppe Münster (Westf.) lädt ihre Mitglieder zur Jahreshauptversammlung am Sonntag, 12. Februar um 15 Uhr ins Restaurant Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, 48143 Münster, ins historische Lambertuszimmer, ein. Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

Die Tagesordnung lautet:

1.) Bericht des Vorsitzenden Stefan Leschniok
2.) Berichte des Schatzmeisters und der Kassenprüfer
3.) Bericht der Frauengruppe
4.) Aussprache / Entlastung des Vorstandes
5.) Verschiedenes

Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken und Gedankenaustausch folgt ein Vortrag über die Arbeit des „Fördervereins Münster – Lublin e. V.“, dessen Hauptanliegen in der Pflege der Städtepartnerschaft zwischen Münster (Westf.) und Lublin besteht.

Die Absichten dieses Vereins berühren auch eines der Grundanliegen unserer landsmannschaftlichen Kreisgruppe: Förderung und Vertiefung des Verständnisses und der Verständigung zwischen Deutschen und Polen, um die deutsch-polnische Freundschaft zu festigen und der europäischen Einigung zu dienen. – Die Frauengruppe trifft sich jeden zweiten Dienstag im Monat um 15 Uhr unter der gemeinsamen Leitung von Edith Ay (Gruppenmitglied) sowie von Irmgard Bludau (Stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende) im Lambertuszimmer des Restaurants Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, in Münster. Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Ostdeutsche Heimatstube in Neuss, Oberstraße 17: Die Heimatstube ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15. bis 18 Uhr geöffnet.

Wesel – Sonntag, 19. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Einladung zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl. Die Kreisgruppe bittet um rege Beteiligung. Bitte verbindliche Anmeldung bis zum 10. Februar bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403. Es werden Kaffee und Kuchen angeboten mit gemütlichem Beisammensein.

Witten – Montag, 20. Februar, 14.30 Uhr: Film über das Oberland und den Oberlandkanal.

Wuppertal – Sonnabend 11. Februar, 14 Uhr, Hofaue 51, Kolkmannhaus in Wuppertal-Elberfeld: Karnevalsrunde.

Bericht

Zu Beginn der Jahreshauptversammlung gedachten die Versammelten der verstorbenen Mitglieder Margarete Voigt und Otto Lingnau. Anschließend folgten Berichte aus der Gruppe. Die Leiterin der Tanzgruppe Ursula Knocks berichtete über die Mitwirkung ihrer Gruppe mit heimatlichen und neuen Tänzen bei verschiedenen Veranstaltungen. Rosemarie Pfecht gewährte einen Einblick in das Wirken der Handarbeitsgruppe. Lilia Lau berichtete, dass die Chorfreunde Wuppertal erfolgreich bei den Veranstaltungen der Landsmannschaften, des BdV und in Altersheimen aufgetreten sind. Alle drei Gruppen würden sich über mehr Teilnehmer sehr freuen. Hartmut Pfecht, der 1. Vorsitzende, wies in seinem Geschäftsbericht auf gelungene Veranstaltungen des vergangenen Jahres hin, wobei das 6. Ostpreußische Maifest und die Adventsfeier zu den absoluten Höhepunkten im Jahresablauf zählten, sowohl vom vielseitigen Programm her als auch von den Besucherzahlen. Helga Nolde und Lilia Lau haben einen freigewordenen Schaukasten in der Begegnungsstätte mit dem Ostpreußenkleid und gestickten Deckchen ausgestattet. Die Ehrenvorsitzende Renate Winterhagen berichtete ausführlich über ihre Ostpreußenreise. Es wurden Bilder von Reisen nach Ostpreußen, in den Schwarzwald und in die Oberpfalz gezeigt. Die Gruppe gratulierte der LO Remscheid zum 65. Jubiläum, Vorstandsmitglieder nahmen an einem Vortrag in Solingen über Lastenausgleich teil. Ein Seniorensicherheitsbeauftragter der Kriminalpolizei informierte über gefährliche Situationen, in die oft ältere Menschen geraten. Es ist schon zur Tradition geworden, dass die Ostpreußenrunden vor Ostern und im Oktober dem heimatlichen Brauchtum gewidmet werden. Die großen Veranstaltungen, das Maifest und die Adventsfeier, fanden in angemieteten Räumen statt. So waren die Tanzgruppe und die Chorfreunde am Programm beteiligt. Die Vorstandsmitglieder Waltraut Bombe und Ulla Busch traten als perfektes Mundharmonika-Duo auf. Es konnten auch eine Pianistin und ein Geiger gewonnen werden, die ihre Instrumente bestens beherrschten. Im Durchschnitt besuchten 43 Personen die Veranstaltungen in der Begegnungsstätte, die Gruppe zählt 73 Mitglieder. Hartmut Pfecht, der „Wülfrather Ostpreußenjung“ dankte allen für die gute Zusammenarbeit und wünschte alles Gute für die Zukunft. Waltraut Bombe, Rosemarie Lingnau und Paul Wichmann wurden für 15, 20 und 35 Jahre Mitgliedschaft geehrt. *Sigrid Kruschinski*



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Nachruf auf Kurt Jurgeit.

Alle Ostpreußen, die ihn kannten, nehmen traurig Abschied von Kurt Jurgeit, geboren am 1. Oktober 1931 in Lasdehnen/Ostpreußen, gestorben am 11. Januar 2017 in Oelsnitz/Vogtland.

Kurt Jurgeit kam nach Flucht und Vertreibung aus seiner Heimat mit seiner Familie in Oelsnitz im Vogtland an. Dort fand die kleine Familie ein neues Zuhause. Kurt Jurgeit begann eine Lehre als Schneider und erreichte mit Auszeichnung den Abschluss als Schneidermeister. Er arbeitete fleißig und gründete Geschäfte in Bad Elster und Oelsnitz. Er begeisterte sich für die Mode im Landhausstil und entwarf Unikate. Von dieser Mode waren auch viele Prominente begeistert und sie waren Kunden bei Herrn Jurgeit. Er heiratete und hat eine sehr freundliche Frau und zwei Kinder. Auf seine Familie war er immer sehr stolz.

Nach der politischen Wende, als es erlaubt war, sich zu seiner Heimat Ostpreußen zu bekennen, gründete er die Landsmannschaft der Ostpreußen, Kreisgruppe Oelsnitz/V. Als Vorsitzender dieser Gruppe leistete er vorbildliche Arbeit. Wir Ostpreußen konnten viel von ihm lernen. Kurt Jurgeit kannte alle Sehenswürdigkeiten und bedeutende Personen unserer Heimat. Nicht nur in seiner Gruppe gab er durch interessante Vorträge sein hohes Wissen weiter, sondern er war stets dazu bereit, auch die anderen Gruppen bei der Arbeit zu unterstützen.

Sehr viele Lieder, Gedichte und Geschichtchen unserer Heimat hatte er in seinem Kopf und in seinem Herzen bewahrt. Er konnte alles auswendig vortragen. Er beherrschte das Ostpreußische Platt wie kein Anderer. Einmal jährlich nahm er in Bad Pyrmont am Treffen seines Heimatortes Lasdehnen teil. Dort hielt er wissenschaftliche Vorträge und von seiner optimistischen fröhlichen Art waren alle Teilnehmer begeistert.

Sehr viele Fahrten in unsere Heimat Ostpreußen erlebte er mit den Landsleuten der Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna. Durch seine herzliche Art, die ihm in die Wiege gelegt war, hatte er gute Freunde gefunden und nahm oft an deren Veranstaltungen teil. Kurt Jurgeit erhielt für seine sehr gute Arbeit von der Landsmannschaft Ostpreußen der Landesgruppe Sachsen den Kulturpreis als hohe Auszeichnung. Die Silberne Ehrennadel des Bundesvorstandes wurde ihm als Dank und Anerkennung überreicht. Er versicherte stets, dass er alles aus Liebe zu seiner wunderbaren Heimat und ehrenamtlich mache.

Wir müssen sehr traurig Abschied nehmen von einem großen vorbildlichen Ostpreußen. Bei allen Ostpreußen die ihn kannten, bei seiner Familie und seinen Freunden lebt er weiter in unser aller Herzen.

Hannelore Kedzierski



Die Heimat stets im Herzen: Kurt Jurgeit Bild: Ingrid Bleidießel



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Das monatliche Treffen am Dienstag, 14. Februar entfällt, weil an diesem Tag um 15 Uhr im Haus im Stadtpark in Burg a. F. die Jahreshauptversammlung stattfindet (nur für Mitglieder), die sonst am 4. Februar vorgesehen war. Ein guter Besuch am Dienstag, 14. Februar, zur Jahreshauptversammlung wäre wünschenswert.

Flensburg – **Achtung Änderung!:** Freitag, 10. Februar, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Flensburg: Kaffeetafel, Mitgliederversammlung. Der angekündigte Vortrag von Gerhard Homrich entfällt.

Neumünster – Sonnabend, 4. Februar, 11 Uhr, Stadthalle, Kleinflecken: Die nächste Veranstaltung der LOW Neumünster findet statt. Das 70-jährige Jubiläum verbinden wir mit dem traditionellen Königberger Klopsessen. Musikalische und humorvolle Einlagen sorgen für gute Unterhaltung. Gäste sind willkommen.

Pinneberg – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70D: Bunter Nachmittag. Harry Heldt wird uns mit Schlager- und Filmmusik auf dem Akkordeon und Keyboard zum Tanzen animieren. Lustige Vertellkes werden nicht fehlen!

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Mittwoch, 8. Februar, ab 19 Uhr: Vortrag über Herrensitze auf Fünen

Über faszinierende „Herrensitze auf Fünen“ berichtet Ute-Bärbel Hahne (Kropp). Die dänische Insel Fünen hat insgesamt 123 Schlösser und Herrensitze, die an viele Geschichten und an viel Geschichte erinnern. Bewohnt wurden sie von Grafen und Baronen, von Kriegshelden und reichen Kaufleuten – und viele werden es noch heute. Eine ganze Reihe dieser Gebäude kann besichtigt werden, oder in ihnen finden Konzerte, Ausstellungen und kulinarische Treffen statt. Egeskov etwa ist eines der ganz großen Schloss-Erlebnisse auf Fünen – ein Wasserschloss mit einer beeindruckenden Parkanlage. Mit ihrem Vortrag wird Ute-Bärbel Hahne auf einen Besuch der dänischen Insel einstimmen und auf die Besonderheiten der Schlösser und Herrensitze eingehen. Eintritt pro Person: 8 Euro. *EB*

Informationen: „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710, E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de.

Viele Wissenslücken geschlossen

Olga Kurilo legt eine umfangreiche Studie zur »Kulturlandschaft Samland« vor

Einst war das ostpreußische Samland für seine herrliche Küstenlandschaft und mondänen Seebäder weithin berühmt. Eine große ökonomische Bedeutung für Ostpreußen hatte es auch als Bernsteinregion und Fischereigebiet.

Nach Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung wurden dort ab 1945 hauptsächlich Russen und Weißrussen neuangesiedelt. Bis 1991 war der Oblast Kaliningrad mit dem Samland militärisches Sperrgebiet. Die in die Ostsee vorragende Halbinsel nordwestlich von Königsberg [Kaliningrad] zwischen Frischem und Kurischem Haff verschwand nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich aus der Wahrnehmung der Deutschen und „vieler Europäer“.

Ostpreußische Küstenlandschaft war weithin berühmt

Mit dieser Feststellung beginnt Olga Kurilos beachtliches Übersichtswerk „Kulturlandschaft Samland. Kollektives Gedächtnis und Identitätswandel vom 19. bis zum 21. Jahrhundert“. Die 1966 geborene russische Autorin ist habilitierte Osteuropahistorikerin und war zuletzt bis 2015 Lehrbeauftragte an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt /Oder. Ihre Spezialgebiete sind Tourismusforschung und Erinnerungskultur im östlichen Ostseeraum sowie Deutsche in Osteuropa.

Nach ihrer Abhandlung „Zoppot, Cranz und Rigascher Strand“ (Berlin 2011) berücksichtigt ihr neues Buch themenbedingt ebenfalls vorwiegend die Küstenlandschaft des Samlands. Die Studie entstand 2012/13 im Rahmen eines von Kurilo geleiteten Forschungsprojekts an der Europa-Universität Viadrina. Der akademisch klingende Untertitel könnte zur Annahme führen, es handele sich um eine für Laien nur mühsam lesbare wissenschaftliche Ausarbeitung, was aber nicht zutrifft. Kurilo möchte verstanden werden und pflegt einen gut verständlichen Stil, auch erschließt sich der übersichtlich strukturierte Inhalt mühelos. Der Band ist mit zahlreichen Schwarzweiß-Abbildungen und einem umfangreichen Registeranhang ausgestattet.

Im ersten Teil werden die kulturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten des Samlands dargestellt, die im Wissenschaftsjargon dem Begriff „Identitäten“ zugeordnet werden: Das Samland als untergegangene Kulturlandschaft? – als Naturlandschaft – als Bernsteinregion – als Fischfang-Gebiet – als Militärregion und Kriegsschauplatz – als Seebäderregion.

Der zweite Teil umfasst die durch Krieg und Kriegsfolgen gebrochene Geschichte der Seebäder Cranz [Zelenogradsk], Rauschen [Swetlogorsk], Georgswalde [Otradnoe], Neukuhren [Pionerskij], Palmnicken [Jantarnyj] und Neuhäuser [Mecnikowo]. Kurilo behandelt die Traditionen und Glanzpunkte in Literatur und Kunst, Architektur, Denkmäler und Verkehr, erläutert die historischen Brüche und Kontinuitäten vom 19. bis ins 21. Jahrhundert und stellt Verknüpfungen her. Anhand von Beispielen zeigt sich, wie in der Sowjetunion mit Blick auf die deutsche Vergangenheit Ostpreußens getäuscht und gelogen wurde.

So beschrieb die 1952 in Königsberg erschienene Broschüre „Kurort Zelonogradsk“ Ostpreußen als altes slawisches Land. Sowjetbürger wurden zu Kuraufenthalten in Cranz [Selonogradsk] eingeladen, wofür sie Einweisungsscheine in bestimmten, zentral gelegenen Städten erwerben konnten. Für die Anreise war ein polizeilicher Passierschein erforderlich. Durch die auf große Dimensionen angelegten Konzepte der sowjetischen Planer vollzog sich in Cranz, dem ältesten Kurort an der Ostseeküste, eine Wandlung vom „kleinformatigen preußischen Seebad“ zum Kurort großen Maßstabs.

In der deutschen Literatur sind die Erinnerungen an Cranz stark vertreten. Zwar hat die Autorin Kindheits- und Heimaterinnerungen vertriebener Ostpreußen im Rahmen des Projekts kaum berücksichtigen können, bezeichnet sie aber als wichtiges Kulturgut, um diesen Raum und seine Erfahrungswelten zu rekonstruieren, desgleichen deren museale Institutionen.

Rauschen, ehemals eines der mondänsten Seebäder der östlichen Ostseeküste, wurde im Zweiten Weltkrieg kaum zerstört, was den Ort heute besonders attraktiv für russische Touristen macht. Die Hafenstadt Pillau [Baltijsk] am Frischen Haff ist ein wichtiger Stützpunkt der Baltischen Flotte Russlands. In dieser Studie wurde Pillau nur im Zusammenhang mit seiner jahrhundertelangen Fischereitradition berücksichtigt.

Kurilo zitiert die russische Wissenschaftlerin Marija Kochanowskaja, die vorschlägt, den Tourismus im Samland zielgerichtet zu fördern, vor allem in Hinblick auf Entwicklung von Bildungstourismus sowohl an der Küste als auch im Binnenland. Auf der ganzen Halbinsel seien die Natur- und Kulturlandschaften als Ressource der Region nicht genügend mit Informationsstandorten versorgt. Sehenswürdigkeiten befänden sich oft in schlechtem Zustand und seien schwer zugänglich.

An vielen Stellen weist die Autorin auf bestehende Quellen- und Forschungslücken hin. Ihrer gründlichen und facettenreichen Studie liegt eine umfangreiche Recherche- und Quellenarbeit in deutschen, russischen und polnischen Archiven zugrunde, auf die sie in ihrem Vorwort näher eingeht. *Dagmar Jestrzemski*

Olga Kurilo: „Kulturlandschaft Samland. Kollektives Gedächtnis und Identitätswandel vom 19. bis zum 21. Jahrhundert“, *be.bra Wissenschaft Verlag, Berlin-Brandenburg 2016, gebunden, 374 Seiten, 34 Euro*

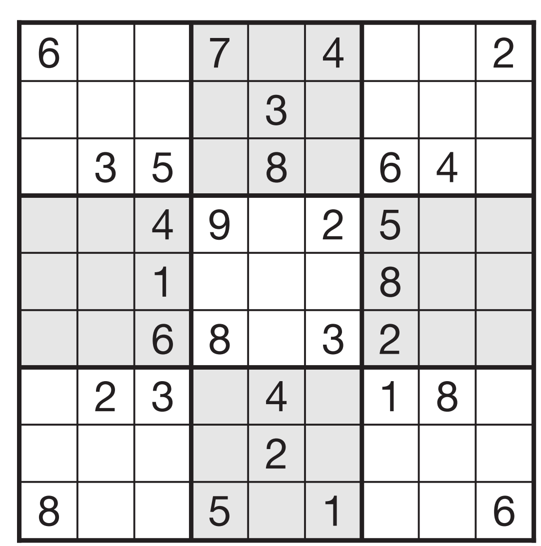


»Ortswechsel«

Baden-Württemberg lädt zu Lesereihe ein

Das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart setzt seine im letzten Jahr begonnene Lese- und Gesprächsreihe „Ortswechsel Osteuropa anderswo“ fort.

Das Land der Geburt verlassen, von der Spielstätte der eigenen Familiengeschichte abgehen, den vertrauten Sprachraum aufgeben – inwiefern prägen solche Erfahrungen spätere Biografien? Wird das Kappen von Wurzeln zur Motivation zum Schreiben? Kann Literatur ein Ort sein, an dem man sich (wieder) zuhause fühlt?



Die Stuttgarter Kulturjournalistin Irene Ferchl unterhält sich mit Matthias Nawrat, Marjana Gaponenko und Dana Grigorcea über deren Bücher, ihr Schreiben und die Fragen nach Heimat und Identität – woran lässt sich diese in unseren Zeiten festmachen?

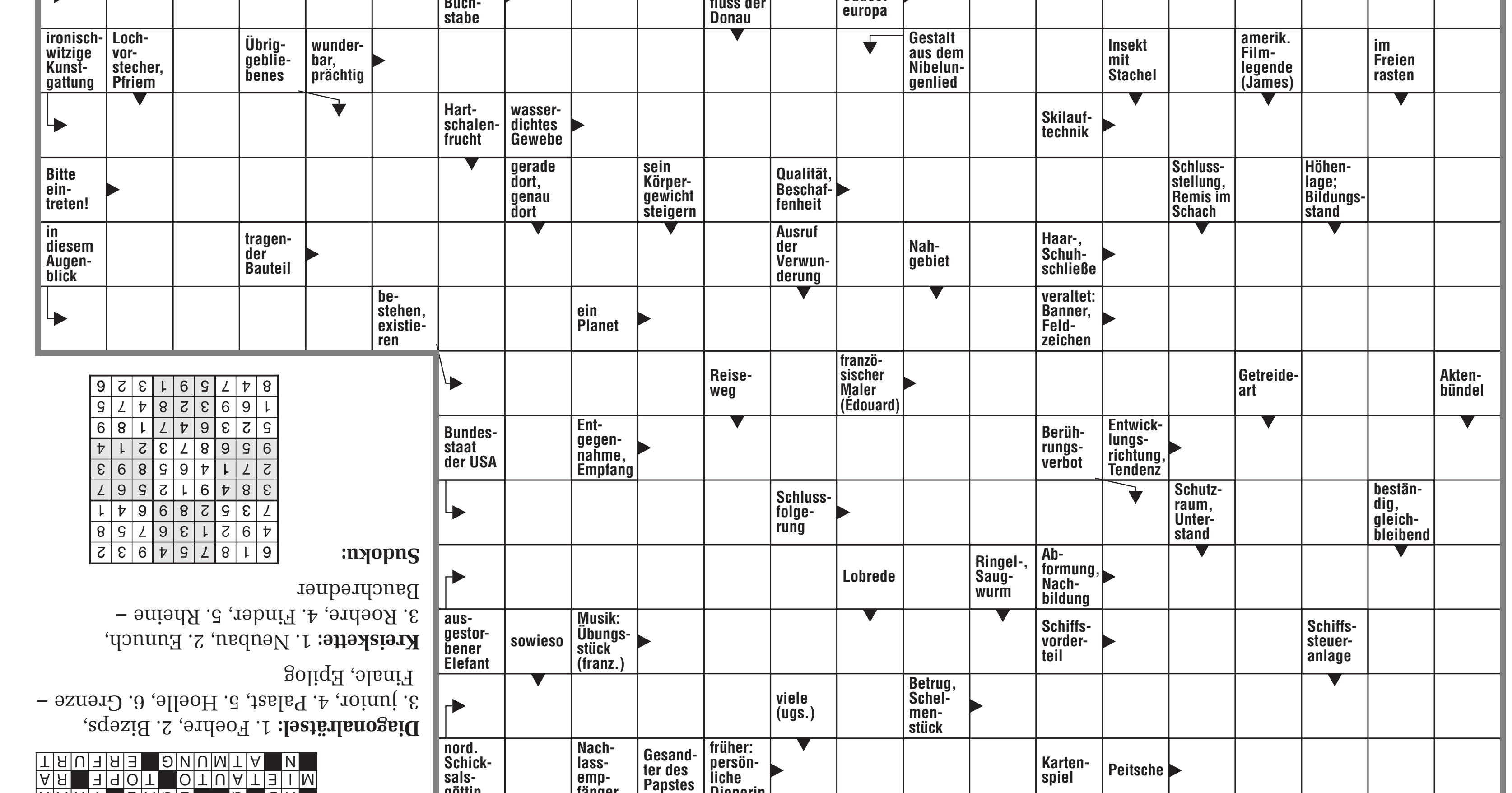
Matthias Nawrat im Gespräch mit Irene Ferchl – Mittwoch, 15. Februar, 18 Uhr

„Wie wichtig die Geschichten unseres Opas Jurek sind, hat man spätestens bei seiner Beerdigung gesehen“. Sagt jedenfalls der Enkel, der aus diesem traurigen Anlass aus Deutschland nach Opole gereist ist. Opole hieß vor 1945 Oppeln und ist die Geburtsstadt von Matthias Nawrat, der 2013 für „Wir zwei allein“ den Adelbert-von-Chamisso-Förderpreis bekam und 2014 mit seinem zweiten Buch „Unternehmer“ für einiges Aufsehen sorgte. Sein umfangreicher Familienroman „Die vielen Tode unseres Opas Jurek“ schildert die große, tragische polnische Geschichte im 20. Jahrhundert anhand von vielen kleinen Episoden, bei denen Opa Jurek im Erzählen die Gräuel des Krieges und der Gewaltherrschaft herunter-, seine eigene Bedeutung dagegen hinaufspielt, sodass es einen fröstelt und schaudert, aber unwillkürlich schmunzeln lässt. Denn Matthias Nawrat gelingt es, den grauenhaftesten und allertraurigsten Ereignissen etwas Heiteres abzugewinnen – nicht selten wird man an Jaroslav Hašeks „Schwejk“ erinnert.

Marjana Gaponenko im Gespräch mit Irene Ferchl – Donnerstag, 16. März, 18 Uhr

Spätestens seit der Chamisso-Preisverleihung 2013 weiß man, dass die 1981 in Odessa geborene Autorin von „Wer ist Martha?“ nicht nur ungemein komische Romane schreibt, sondern auch einer intensiven Leidenschaft nachgeht: Sie liebt Pferde und Kutschen. In ihrem Wohnort Wien hat sie alle Gelegenheit dazu, diese Liebe auszuleben. Kein Wunder, dass die dortige Gesellschaft und das Reich der Pferdekutschen in Marjana Gaponenkos jüngstem Roman entscheidende Rollen spielen. Schon nach wenigen Seiten ist man gebannt: Das letzte Rennen erzählt die Geschichte von Vater und Sohn: ein vermögender Maschinenbauingenieur mit prächtigem Gestüt und Kutschensammlung der eine, ein zielloser Taugenichts der andere. Sie brauchen einander zum Ausleben ihres Traumes beziehungsweise als Geldgeber – das kann natürlich nicht gut ausgehen, sondern muss spektakulär enden. Trotz der Dramatik ist dieser Roman von bissiger Ironie und ein witziges, süffisantes Gesellschaftsporträt. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei. *EB*

Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart. Großer Saal EG, http://www.hdhbw.de



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Foehre, 2. Bizeps, 3. junior, 4. Palast, 5. Hoelle, 6. Grenze – Finale, Epilog

Kreiskette: 1. Neubau, 2. Eunuch, 3. Roehre, 4. Finder, 5. Rheine – Bauchredner

Sudoku:

6	1	8	7	5	4	9	3	2
4	9	2	1	3	6	7	5	8
7	3	5	2	8	9	6	4	1
3	8	4	9	1	2	5	6	7
2	7	1	4	6	5	8	9	3
9	5	6	8	7	3	2	1	4
5	2	3	6	4	7	1	8	9
1	6	9	3	2	8	4	7	5
8	4	7	5	9	1	3	2	6

Sudoku

6			7		4			2
				3				
	3	5		8		6	4	
		4	9		2	5		
		1				8		
		6	8		3	2		
	2	3		4		1	8	
				2				
8			5		1			6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

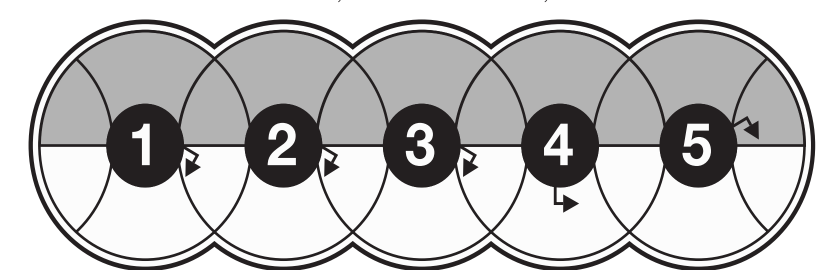
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Worte für Ausklang.

1 Nadelbaum, Kiefer
2 Oberarmmuskel
3 der Jüngere (hinter Namen)
4 Prachtgebäude
5 Teufelssitz, Ort der Verdammnis
6 Trennlinie

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Zirkus-, Varietékünstler.

1 kürzlich fertiggestelltes Haus, **2** Haremswächter, **3** Bratraum im Herd, **4** Entdecker einer verlorenen Sache, **5** Stadt an der Ems, in NRW



Junge Generation überwindet Grenzen

Haus Schlesien pflegt seit über zwei Jahrzehnten einen regen deutsch-polnischen Studentenaustausch

Ein Jubiläum mit beeindruckenden Zahlen und beachtenswerter Aussagekraft: 5000 Teilnehmer in 150 Jugendgruppen innerhalb von 20 Jahren. So sieht die Bilanz der „Schlesischen Begegnungen“ aus, die auch in diesem Jahr fortgeführt werden.

Die neue Seminarreihe für Studenten schlesischer Hochschulen im Dokumentations- und Informationszentrum von Königswinter hat bereits mit einer Historikergruppe der Breslauer Universität begonnen. Im Laufe des Jahres werden insgesamt bis zu neun Studentengruppen polnischer Hochschulen jeweils eine Seminarwoche im Haus Schlesien verbringen. Die Austauschprogramme sind ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit von Haus Schlesien und leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung. Das Dokumentations- und Informationszentrum ist im Rahmen seines Bildungsauftrages in die Konzeption und Durchführung der vom Bundesministerium des Innern geförderten „Schlesischen Begegnungen“ miteinbezogen, die in Kooperation mit polnischen Hochschulen durchgeführt werden.



Begegnung im Haus Schlesien: Studenten diskutieren in der Bibliothek Bild: D.G.

Ende des vergangenen Jahres war die 150. Studentengruppe im Haus Schlesien von Königswinter zu Gast und es wurde der nunmehr 5000. Teilnehmer gezählt. Nicola Remig, die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums, nutzte die Jubiläumsveranstaltung, um gemeinsam mit Mitstreitern der ersten Stunde die wichtigsten Entwicklungsetappen des Studentenaustausches im Rahmen der „Schlesischen Begegnungen“ Revue passieren zu lassen.

Der inzwischen traditionelle generationen- und grenzübergreifende Dialog begann vor über 20 Jahren, als die damalige Geschäftsführerin Petra Meßbacher gemeinsam mit Adrian Sobek die ersten Kontakte zu verschiedenen Hochschulen in Nieder- und Oberschlesien sowie im Teschener Land aufgenommen hatten. Als es darum ging, Studentenbesuche abzustimmen, herrschte allerdings eine gewisse Skepsis. Die Teilnehmer der ersten Gruppen wussten vor dem Hintergrund der politischen Lage in Europa Mitte der 1990er Jahre nicht so recht, was sie vom Projekt und von ihrem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten hatten.

Zum Programm der früheren Begegnungen gehörte neben der Erörterung kultureller und politischer Themen vor allem die Förderung des generationenübergreifenden Dialoges zwischen polnischen Studenten und schlesischen Vertriebenen. So strebte man eine offene Gesprächskultur an, von der beide Seiten profitieren sollten. Das Konzept zeigte bald positive Ergebnisse, da die jungen Leute und die Vertreter der Erlebnisgeneration begannen, sich schrittweise mit der gemeinsamen Geschichte und der ihnen bekannten Kulturlandschaft auseinanderzusetzen.

Mittlerweile bringen die Studenten viel Offenheit, Wissensdurst und Neugier mit. Sie fühlen sich als Europäer, für die die Auseinandersetzung und der Dialog mit Gleichaltrigen und Zeitzeugen sehr wichtig sind.

Ziel der Veranstalter ist es, den Teilnehmern einen neuen Blick auf vermeintlich einfache Sachverhalte zu ermöglichen. Vor allem müsse man darauf achten, so Remig, dass die junge Generation grenzüberschreitend im Austausch bleibe, damit Europa nicht auseinanderdrifte.

Das Angebot richtet sich vorrangig an Germanistische Institute, aber auch Historiker und Soziologen, Lehrer und Kommunalpolitiker sowie Vertreter der Deutschen Minderheit aus den Woiwodschaften Oppeln und Oberschlesien folgen der Einladung ins Rheinland. Eine besonders enge Verbindung ist über mehr als anderthalb Jahrzehnte mit der weltweit größten Auslandsgermanistik an der Universität Breslau entstanden.

Am Breslauer „Lehrstuhl für die Kultur der deutschsprachigen Länder und Schlesiens“ von Prof. Dr. Marek Hałub gelten die einwöchigen Seminare in Königswinter schon lange als fester Bestandteil des Studiums. Doch sei aus polnischer Perspektive, so Prof. Hałub, eine gewisse Asymmetrie festzustellen. Das Interesse der polnischen Jugendlichen in Deutschland und am Erfahrungsaustausch sei viel größer, als jenes der deutschen Studenten in umgekehrter Richtung.

Auch Dr. Christoph Studt von der Universität Bonn bestätigte aus eigener Erfahrung das Vorhandensein eines Ungleichgewichts, das nicht zuletzt daraus ersichtlich sei, dass er seine Studenten des Öfteren für die Teilnahme am Erfahrungsaustausch motivieren müsse. Hinzu käme die sprachliche Barriere: Von den Deutschen spricht kaum ein Jugendlicher polnisch, während die Studenten aus dem Ausland alle deutsch sprechen.

Während der Seminarwoche im Haus Schlesien setzen sich die Studenten einzeln und in Teamarbeit verstärkt mit Inhalten der Geschichte und mit dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnis auseinander. Zum Programm gehören auch Besuche historischer und thematischer Ausstellungen, Hospitationen an regionalen Schulen, Workshops mit Bonner Geschichtsstudenten und Düsseldorfer Schülern sowie Exkursionen zu bedeutenden Institutionen wie dem Haus der Geschichte und zur Deutschen Welle in Bonn oder zum Landtag in Düsseldorf.

Der in Neiße geborene Adam Wojtala, der am Haus Schlesien als Projektmitarbeiter tätig ist, begleitete die polnischen Jugendlichen eine Woche lang durch das Programm. Höhepunkte der Jubiläumsveranstaltung waren der Besuch bei der Studentenverbindung Marchia in Aachen sowie die Referate der Mitarbeiter des Germanistischen Instituts in Breslau.

Abschließend müssen die Projekt-Teilnehmer vor einem Prüfungsgremium ihre Ergebnisse in Form von Referaten präsentieren. Hierfür erhalten sie die für das Bachelor-Studium relevanten ECTS-Punkte. Übrigens: Mit diesen Seminaren ist Haus Schlesien nicht zuletzt auch ein Teil der akademischen Ausbildung in Polen.

Die binationale und interdisziplinäre Vortragsreihe „Dies silesiae“ wurde in Zusammenarbeit mit der Germanistikabteilung der Universität Breslau und dem Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn bestritten.

Prof. Hałub von der Universität Breslau bot den Vortrag „Schlesien. Ein ungewöhnliches europäisches Kulturphänomen aus deutscher und polnischer Perspektive heute“. Er zeigte Bilder, anhand derer er die große kulturelle Vielfalt Schlesiens erläuterte. Der Referent stellte auch die von ihm mit herausgegebenen Publikationen „Mein Schlesien, meine Schlesier“ vor.

Im Rahmen der Sektion „Breslau/Wroclaw“ schilderte Dr. Christoph Studt von der Universität Bonn in seinem Beitrag „Terra incognita! Mit Bonner Geschichtsstudenten auf der Suche nach deutsch-polnischen Erinnerungsorten in Breslau“ Eindrücke von seinen Exkursionen mit Studenten nach Schlesien.

Dieter Göllner

Teilnehmer melden sich zu Wort

Maciej Karpinski, Student der Uni Breslau: „Dieses Seminar im Haus Schlesien war für mich sehr spannend. Ich habe viel Neues über die Geschichte Schlesiens gelernt. Ich werde mich oft und gerne an diese Zeit erinnern.“

Anna Krzakała, Studentin der Uni Breslau: „Das Treffen mit den deutschen Studenten fand ich sehr interessant und vor allem wichtig für unsere Bildung und Selbstentwicklung. Es war auch eine gute Gelegenheit, Gedanken auszutauschen und unsere Teamarbeit zu prüfen.“

Beata Zapedzka, Studentin der Uni Breslau: „Ich finde die Aktivitäten von Haus Schlesien sehr wichtig - nicht nur für mich, eine polnische Studentin, sondern auch insgesamt für die deutsche Gesellschaft. Wir alle sollten unsere Wurzeln kennen, egal ob wir aus West oder Ost stammen.“

Eingetrübtes Champagner-Klima

Über den Schweizer Nobelort St. Moritz sind dunkle Wolken aufgezogen – Die alpine Ski-WM im Februar soll sie vertreiben

Vom 6. bis zum 19. Februar blikken Wintersportfreunde aus aller Welt auf St. Moritz. Dann finden dort die alpinen Ski-Weltmeisterschaften statt. Der Nobelort im Schweizer Engadin hat diese Aufmerksamkeit dringend nötig, denn er schwächelt ein wenig.



Bild: Ski WM St. Moritz 2017/Alessandro della Bella

Mit 100 Stundenkilometern ins Ziel: Ski-Abfahrtstrecke von St. Moritz. Oben rechts im Bild: der zugefrorene St. Moritzersee

Im Winter steigt St. Moritz zur Höchstform auf. Im „Champagner-Klima“, wie hier wegen der vielen Sonnentage geworben wird, wird der Ort zum Laufsteg der Mode: Skiläufer präsentieren ihre schicken Rennanzüge und die reichen russischen Damen ihre neuen Nerzmäntel. Gelegenheit, um im Rampenlicht zu stehen, gibt es besonders im Februar. Dichtgedrängt folgt eine exklusive Veranstaltung der anderen. Die Ski-WM, die in St. Moritz schon zum vierten Mal stattfindet, lockt Wintersportfreunde oben an den Hausberg Corviglia sowie die „White Turf“ die Pferdefreunde unten an den St. Moritzersee.

Während die Skirennfahrer den Abhang herunterrasen, finden an den Sonntagen des 12., 19. und 26. Februar Pferderennen auf dem zugefrorenen Wasser des hier zum See anschwellenden Inns statt, der rätoromanisch En heißt und von dem der Kanton Engadin seinen Namen hat – der „Garten des Inn“. Vor allem reiche Araberscheichs lassen dann ihre Galopp- und Trabrennpferde einfliegen, die mit ihren Hufen erneut das meterdicke Eis traktieren. Schon im Januar tummelten sich Polospieler mit ihren Pferden darauf. Und um ein Haar hätte man sich zusammen mit Davos um die Winter-Olympiade 2022 beworben, doch das lehnten die Graubündner per Referendum ab.

Es klingt wie ein Wunder, dass ein Ort mit 5500 Einwohnern solche exklusiven Großveranstaltungen stemmen kann. St. Moritz kann noch so sehr eingeschneit sein – dank 2500 zumeist italienischer Gastarbeiter und über 10 000 Betten in Hotels und Ferienwohnungen ist man auf einen solchen Besucheransturm eingestellt. In diesen Tagen wird man wohl nur schwer noch ein freies Zimmer finden können.

Davon können die St. Moritzer in den anderen Monaten nur träumen. Wer zur Sommersaison in den Ort kommt, der erkennt nur an den Edelboutiquen im Dorfzentrum, dass hier zur anderen Jahreszeit ein glamouröses Leben herrschen muss. In den beiden großen Parkhäusern, mit denen man den Ort am Bahnhof und im Zentrum verschandelt hat, herrscht gähnende Leere, und auch am Piz Nair, die mit knapp über 3000 Metern höchste Bergspitze am Corviglia, erscheint es trostlos. Nur wenige Wanderer verirren sich ins Bergrestaurant, von dem aus man den Startplatz sehen kann, wo die männlichen Ski-Asse bei der WM im „freien Fall“ herunterstürzen. Bei einem Gefälle von 100 Prozent beschleunigen die Rennfahrer auf den ersten Metern in fünf Sekunden auf über 100 Stundenkilometer, ehe es in seichteres Gelände übergeht. Für Frauen ist das als zu gefährlich befunden, sie starten die 3000 Meter lange Abfahrt weiter unten.



Links: Luxus pur am Badrutt's Palace Hotel. Oben: Rodler-Denkmal unweit der ältesten (Natur-)Bobbahn der Welt

Bilder (2): tws

Bergab geht es inzwischen auch mit St. Moritz – und zwar touristisch. Das Schweizer Pendant zu Sylt hat des Geldes wegen seine Seele verkauft. Ist die Schweiz ohnehin schon ein teures Pflaster, so setzt St. Moritz noch eins drauf. Hotelunterkünfte ab 300 Franken pro Nacht will kaum noch ein Deutscher zahlen, von denen früher noch viele hierher reisten. Im Ort setzte man lieber auf die Champagner-Touristen, die sich Suiten für 4000 Franken pro Nacht oder als Eigentümer die millionenteuren Chalets am See leisten können.

Doch auch die Reichen und Schönen haben sich in den letzten Jahren rar gemacht, andere konkurrierende Luxusressorts machen St. Moritz das Leben schwer. Da auch die Normaltouristen wegen den hohen Preisen wegbleiben, liegt die Bettenauslastung aufs Jahr gerechnet inzwischen bei nur 31 Prozent. Klar, dass sich damit schwer wirtschaften lässt. So hat die Region wegen Hotelschließungen seit 2008 etwa 1000 Betten eingebüßt.

Genau das aber ist die Chance für deutsche Urlauber, denn Hotels ködern jetzt mit Sonderkonditionen ihre Gäste. Beispiel: Das im Herzen von St. Moritz an der Fußgängerzone ruhig gelegene Vier-Sterne-Hotel Art Boutique Monopol: Ab zwei Übernachtungen ist die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln und den Bergbahnen kostenlos. Wenn man weiß, dass allein eine Seilbahnfahrt zum Piz Nair 75 Franken kostet, macht sich die Unterkunft in einer geräumigen Suite ab 178 Franken schnell bezahlt (Info: www.monopol.ch).

Neue Ideen müssen her, damit das hoffnungslos mit Hotels verbaute St. Moritz wieder seinen alten Charme wiederfindet. Vor 150 Jahren trat der Pensionsbesitzer Johannes Badrutt die touristische Lawine los, als er sechs Engländern versprach, ihnen die Reisekosten zu erstatten, wenn es ihnen im Winter in seiner Pension nicht gefiele. Sie blieben bis Ostern, und aus seiner Pension wurde das luxuriöse Kulm-Hotel. Die herrliche Lage am See, das wunderbare Ski- und Wandergebiet sowie das „Champagner-Klima“ sind so traumhaft, dass Gäste auch heute so lange bleiben würden. Wäre es bloß nicht so sündhaft teuer. *Harald Tews*

Mutter Gaia rettet das Stubai

Großes Kino erwartet die Gäste des Tiroler Stubaitals im Februar. In einer nächtlichen Freiluftveranstaltung will man in Milders bei Neustift am 17. Februar ein gigantisches Ski-, Tanz- und Multimedia-Spektakel auf die Beine bringen. In „Gaia – Stubai Mutter Erde“ wird dabei ein Schneehang in eine kolossale Filmkulisse verwandelt, wobei Skifahrer und Tänzer eine Geschichte um die in der griechischen Mythologie personifizierte Erde erzählen: Gaia flüchtet ins Staubaital bei Innsbruck und rettet die Menschheit.

Ersonnen und choreografiert hat das alles der in Barcelona geborene Ballettdirektor des Tiroler Landestheaters, Enrique Gasa Valga. Die Schnee- und Skifahrkompetenz des Stubaitales bietet die Grundlage für dieses Kulturabenteuer mit Tanzchoreografien, Skifahr-Akrobatik, fetziger Musik und multimedialen Szenerien.

Dass man in den Alpen Natur und Kultur miteinander verbindet, ist nichts Neues. Es sind auf Gletschern schon ganze Opern aufgeführt worden. Wenn im Stubai diese touristische Attraktion Erfolg hat, werden die Hotelbetten bald gut gefüllt sein. „Gaia – Stubai Mutter Erde“ wird ein zweites Mal am 24. Februar, ebenfalls um 20.30 Uhr, bei den Sonnbergliften in Neustift-Milders aufgeführt werden. Karten im Vorverkauf gibt es für 45 Euro unter www.stubai.at/gaia. *H. Tews*

Winter in Winterberg

Ort im Sauerland lockt mit vielfältigem Ski- und Rodelangebot

Kaum fällt der erste Schnee, erwacht eine Stadt in der Nähe des Kahlen Asten aus ihrem Dornröschenschlaf und wird zum Mittelpunkt der einzigen Wintersportregion in ganz Nordrhein-Westfalen. Winterberg heißt diese ruhige und eigentlich überschaubare Kleinstadt im Rothaargebirge, das zum Sauerland gehört und wo der Skiwahnsinn herrscht.

Die Anfänge des alpinen Sportwesens reichen in dieser waldreichen Region bis in das 19. Jahrhundert zurück. Vor Ort in Winterberg benutzte Oberförster Hagemann als erster Skier bei seiner Arbeit. Als Winterberg 1906 an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde, hielt der Wintertourismus Einzug. Vier Jahre später wurde – ergänzend zu den bereits bestehenden Skiklubs – der erste Bobklub gegründet. Loipen sowie Bob- und Rodelbahnen entstanden in der Folgezeit.

„So geht Winter“ – unter diesem Motto haben sich Wintersport und Tourismus zum wichtigsten Wirtschaftszweig vor Ort entwickelt. Die Daten sind beeindruckend: 81 Abfahrten mit rund 40 Kilometern Länge, über 100 Skilifte und Sesselbahnen, über 500 Kilometer Loipen für Skiwanderer und Langläufer sowie eine Kunsteisbobbahn locken die Wintertouristen an. Bleibt der Schneefall aus, wird mit Kunstschnee nachgeholfen.

Die Skigebiete liegen bevorzugt am Rande der Altstadt und in Neuastenberg. Sie sind allein schon wegen der bequemen Erreichbarkeit bei den mit Bergen wenig gesegneten Niederländern sehr beliebt mit der Folge, dass Hotellerie und Gastronomie vielerorts zweisprachig Deutsch und Niederländisch arbeiten. Skischulen und Skiverleihe ergänzen das Angebot.



Wie in den Alpen: Skispaß in Winterberg

Bild: Rüdig

Die wintersportliche Ausrichtung hat sich aber nicht nur im wirtschaftlichen Bereich ausgezahlt. Winterberg ist nach eigener Einschätzung „die Sportstadt Nummer Eins in NRW“. Sie bietet beste Trainingsbedingungen für zahlreiche Wintersportarten, weswegen die Region zum Olympiastützpunkt des Landes Nordrhein-Westfalen ernannt worden ist. „Im Raum Winterberg trainieren junge Sportler aus den Bereichen Bob, Rodel, Skeleton, Langlauf, Biathlon, Ski Nordisch und Skispringen. Darüber hinaus ist Winterberg Leistungsstützpunkt des Landes NRW für den Bereich Mountainbiken“, ist auf der Internetseite der Stadt zu erfahren.

Das Westdeutsche Wintersport-Museum befindet sich im Stadtteil Neuastenberg. Wer sich von der abseitigen Lage und den eingeschränkten Öffnungszeiten (sonnabends und sonntags von 15 bis 17 Uhr) nicht abschrecken lässt, erfährt etwas über die Geschichte des Wintersports und seine Sportmaterialien sowie die Entwicklung vor Ort.

Winterberg bietet aber nicht nur Tourismus. Internationale und nationale Meisterschaften in den klassischen Disziplinen, aber auch exotische Wintersportarten wie Snowboard oder Skeleton kommen hinzu. Damit das Geschäft brummt, hoffen alle auf viel Schnee in NRW. *Andreas Rüdig*

Hellas ruft

Deutsche reisen wieder nach Griechenland

Die Deutschen buchen ihren Urlaub wieder früher. Bereits jetzt, zu Beginn der heißen Buchungsphase im Januar und Februar, liegt die Nachfrage nach Reisen bei den führenden Reiseveranstaltern deutlich über dem letzten Jahr. „Wir beobachten aktuell einen Nachholeffekt. Viele Deutsche, die im vergangenen Jahr auf Urlaub verzichtet haben, buchen in diesem Jahr ihre Reise besonders früh“, so Sebastian Ebel, Vorsitzender der TUI Deutschland Geschäftsführung.

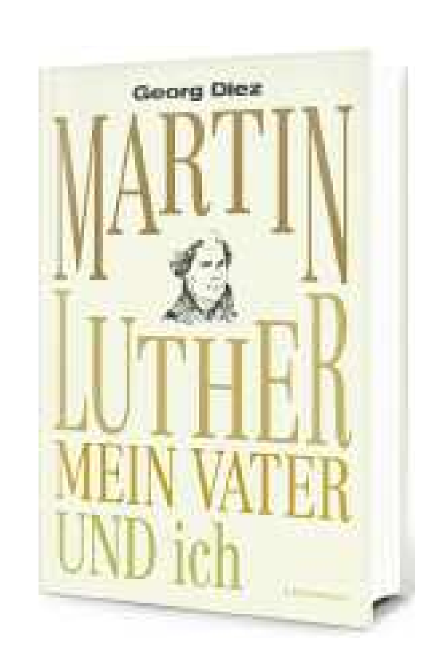
Vom guten Saisonauftakt profitieren erneut die Klassiker rund ums Mittelmeer, allen voran Griechenland, um das die Deutschen nach der dortigen Wirtschaftskrise einen Bogen gemacht hatten. Weiterhin stark nachgefragt ist auch Spanien, das Lieblingsziel der Deutschen. Besonders gutes Wachstum verzeichnet zudem die Fernstrecke, wobei Mexiko mit einem Buchungsplus von 71 Prozent aktuell am stärksten zulegt. Auch Urlaub im eigenen Land steht hoch im Kurs. Besonders nachgefragt zum Start in die Saison ist Ferienhausurlaub.

Mehr Flüge auch zu griechischen Inseln

Mit einem Buchungsplus von 41 Prozent ist Euro-Sorgenkind Griechenland der Favorit zum Saisonauftakt und schließt nahtlos an den guten Vorsommer von 2016 an. Griechenland hatte sich aufgrund einer starken Nachfrage nach vielen Jahren wieder auf den zweiten Platz hinter Spanien und vor die Türkei geschoben.

Für die Sommersaison 2017 bietet zum Beispiel die TUI für Griechenland-Urlauber eine deutlich größere Auswahl an. Auf den beliebten Inseln Kreta, Rhodos und Kos wurde das Angebot um rund 40 Prozent erweitert. Zudem wurden neue Flugverbindungen nach Kos ab Hannover, Nürnberg, Stuttgart und Basel aufgelegt sowie von Berlin-Schönefeld nach Kreta und Rhodos. Weiterhin stark gefragt sind die Kanarischen Inseln und das spanische Festland sowie Italien und Kroatien mit jeweils zweistelligen Buchungszuwächsen.

Das größte Wachstum erwartet die TUI laut Ebel allerdings auf der Fernstrecke. Die Deutschen ziehe es mit zunehmender Reiseerfahrung immer mehr in ferne Länder. Bessere und günstigere Fluganbindungen würden die Nachfrage beleben. Vor allem die USA, Mexiko, Südafrika, Kanada, Mauritius, die Seychellen und die Dominikanische Republik legen deutlich zu. Auch Indonesien, das beliebteste Sommerreiseziel innerhalb Asiens, verzeichnet ein kräftiges Buchungsplus. *tws*



Gegen die Sündenlehre

Pfarrerssohn Georg Diez schreibt sich seine Wut von der Seele

Zur Luther-Literatur für das Jahr 2017 hat der „Spiegel“-Autor Georg Diez ein Buch beigesteuert, das aus dem Rahmen der Veröffentlichungen fällt. Es trägt den Titel „Martin Luther, mein Vater und ich“.

Der Philosoph Diez hat persönliche Gründe zum Anlass genommen, um eine kritische Betrachtung Martin Luthers vorzunehmen und bei dieser Gelegenheit zugleich seinen eigenen Atheismus wortreich verkündet. Stellenweise werden diese beiden inhaltlichen Stränge miteinander vermischt. Dazu passt die an den Schluss gestellte Abrechnung des Autors mit dem Hochkapitalismus der Gegenwart, sofern man sie auf das Kernthema dieses Buches reduziert. Es lautet „Wut“.

Seit Jahrhunderten sind aus der Familie des Vaters von Georg Diez lutherische Geistliche hervorgegangen. Sein Vater wäre lieber Journalist geworden. Nur seiner Mutter zuliebe wurde er Gemeindepfarrer. Er habe diesen Beruf gern ausgeübt, erklärt der Autor. An Luther schätzte sein Vater besonders dessen klare, kraftvolle Sprache. Sohn Georg bedauert nun, mit dem Vater nie über dessen Glauben gesprochen zu haben. Für ihn stellen sich Fragen, auf die er nie mehr eine Antwort erhalten wird. Die Gründe für das Schweigen zwischen Vater und Sohn sind nicht nachvollziehbar. So wird der Eindruck provoziert, als habe es etwas gegeben, was zwischen ihm und seinem Vater stand.

Autor polemisiert gegen Martin Luther

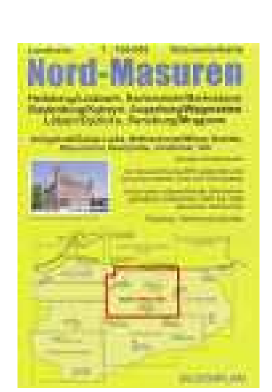
Unverkennbar war der Motor beim Schreiben des Textes ein tief im Innern verankerter Furor des Autors. Dementsprechend umkreist er immer wieder den Begriff „Wut“, kann aber nicht vermitteln, was im Textzusammenhang damit gemeint ist. Als Anteil und Rest seines schon in der Kindheit abgelegten Glaubens an Gott und Jesus Christus bezeichnet er „eine Spannung durch Wut, eine Wut, die Luther kannte und die ihn antrieb, die Jesus kannte und die in der Bibel steckt“. Was das bedeuten soll, bleibt im Dunkeln. Immerhin ein Kopfnicken des Lesers dürfte die in den Raum gestellte Behauptung des Autors auslösen, dass „Wut“ ein Erbe der deutschen Pfarrerskinder sei. Es handele sich um eine nach außen gewandte „Wut eines großen Kindes, die Unbehagen ausdrücke“. Immer mehr schält sich heraus, was ihn persönlich so maßlos verärgert: Er lehnt die Sündenlehre der Kirche ab, die Luther ausführlich interpretiert hat. Damit werde Druck auf die Gläubigen ausgeübt, und die Autonomie des Menschen werde verhindert. Letztendlich spricht Diez der Kirche ihre Daseinsberechtigung ab, dies paradoxerweise auch wegen der watteweichen Verkündigung der christlichen Botschaft nach heutiger protestantischer Richtlinie.

Passend dazu konzentriert er sich auf Luthers „klägliche Angst“ vor dem Teufel und vor den Sündenstrafen nach dem Tode, eine „beinahe pathologische“ Angst. Diese mittelalterliche Angst habe Luther mit in die Neuzeit geschleppt, sei daher mitverantwortlich für die „deutsche Angst“, aus der Depressionen und Aggressionen resultierten, und für den „deutschen Irrationalismus“. Für die insgesamt eher negative Sicht des Autors auf den Reformer erbringen die bekannten Hetzreden des älteren Luther gegen Juden, revoltierende Bauern und persönliche Gegner den Schlussakkord. Noch unverbrämter als gegen Luther polemisiert der Autor bei der Gelegenheit übrigens gegen den Apostel Paulus.

Wen kann man noch verantwortlich machen für die eigene Wut und Trauer angesichts von Leid und Unrecht auf Erden? – Der Begriff Trauer wird allerdings nirgends verwendet, was auffällt. – Den Glauben an Gott, meint Diez. Denn im Glauben sei Überheblichkeit programmiert und damit der Vorwurf an die Mitmenschen, nicht so bescheiden und barmherzig zu sein wie man selbst. Daraus entstünden jene Härte und Strenge des Protestantismus, die Sektierertum und Aggressionen hervorbrächten.

Seine engagierte Streitschrift wider die Bibel und ihre Auslegung durch Luther bezeichnet Diez als eine Liebeserklärung an seinen Vater. Dies verstehe, wer dazu geneigt ist. *Dagmar Jestrzemski*

Georg Diez: „Martin Luther, mein Vater und ich“, *C. Bertelsmann Verlag, München 2016, gebunden, 256 Seiten, 17,99 Euro*



Nord-Masuren von Blochplan erschienen

Inzwischen ist das Sortiment der beliebten Landkarten Ostpreußens in großem Maßstab von Blochplan beträchtlich angewachsen.

Mit der neuen Karte Nord-Masuren im Maßstab 1:100 000, welche die Gegend der Kreisstädte Heilsberg im Westen, die polnisch-russische Grenze bei Gerdauen im Norden, Lötzen im Osten und Sensburg im Süden umfasst, hat Dirk Bloch ein weiteres Mosaikstückchen zur Sammlung der aktuellen Landkarten Ostpreußens hinzugefügt. Inzwischen gibt es zehn Landkarten und vergleichende Stadtpläne von vor 1945 und heute. Die südliche Fortsetzung Masurens ist in Planung und wird 2017/18 erscheinen.

Der Berliner Kartograf Bloch betreibt ein Büro für Stadtplanung und fertigt seit einigen Jahren eigene Karten an. Seine Freude am Reisen und am Erkunden der Geschichte der bereisten Orte haben den Städteplaner auf die Idee gebracht, in den Plänen die Geschichte des jeweiligen Ortes lesbar zu machen. Dank heute frei zugänglicher Dokumente konnte Bloch seinen Schwerpunkt auf den deutschen Osten setzen. Er hat selbst bereits mehrfach ehemalige deutsche Gebiete besucht. Danzig, Masuren, die Kurische Nehrung und das Königsberger Gebiet sind ihm gut bekannt, sodass er auch eine reale Vorstellung von den Orten hat, deren Karten er erstellt (siehe *PAZ* Folge 7/15. Februar 2014).

Für Heimat-, Familien- und Ahnenforscher sind Blochpläne zu wichtigen Hilfsmitteln geworden. *MRK*

„Nord-Masuren. Landkarte 1:100 000. Ortsnamenkarte“. *Blochplan, Berlin 2017, Elisabethstraße 14, 10115 Berlin, E-Mail: info@blochplan.de*

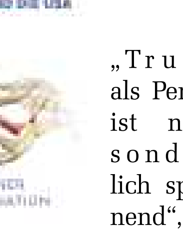
Für und wider den Volksentscheid

Viele Menschen wollen mehr Volksentscheide – nicht nur auf kommunaler oder Landesebene, sondern auch zu Fragen der Bundespolitik. Dieser Wunsch wird wohl unerfüllt bleiben. Das ist zumindest die Ansicht des Bonner Politikwissenschaftlers Frank Decker, der hierzu das Buch „Der Irrweg der Volksgesetzgebung“ vorlegt.

Er weist darauf hin, dass die Bürger zwar ein Mehr an direkter Demokratie forderten, dann aber oftmals nicht an den Abstimmungen teilnähmen, wenn solche stattfänden. Zum anderen, so Decker, basiere unser politisches System auf den Prinzipien des Parteienprimats und Parlamentarismus: Deshalb stehe die Idee der Volksgesetzgebung im prinzipiellen Widerspruch zu Geist und Buchstaben des Grundgesetzes. Aus diesem Grund werde es zu keiner Einführung von Volksentscheiden kommen, welche in maßgeblicher Weise in die legislativen Kompetenzen der Länderparlamente oder gar des Bundestages eingreifen – maximal seien „Entscheidungsreferenden“ oder „Veto-Initiativen“ möglich. Deckers Einstellung zur Problematik der Volksentscheide muss freilich vor dem Hintergrund seiner Mitgliedschaft in der Grundwertekommission der SPD gesehen werden. *Wolfgang Kaufmann*

Frank Decker: „Der Irrweg der Volksgesetzgebung. Eine Streitschrift“, *Dietz-Verlag, Bonn 2016, broschiert, 183 Seiten, 16,90 Euro*





Erlöser oder Demagoge?

US-Korrespondent beschäftigt sich mit dem Aufstieg Donald Trumps

„Trump als Person ist nicht sonderlich spannend“, behauptet der Journalist Walter Niederberger in einem Interview. Der Autor des Buches „Trump Land. Donald Trump und die USA“ wollte mit dem Werk eben keine Trump-Biografie schreiben, sondern der Frage nachgehen, wie verwundbar die amerikanische Demokratie sei. Des Weiteren veranlassten ihn zum Schreiben der für ihn und viele andere unverständliche, schier unaufhaltsame Aufstieg des Donald Trump und seine triumphalen Erfolge in den Vorwahlen. Die Frage macht neugierig: Warum schaffte es ausgerechnet einer wie er, ausgerechnet jetzt so hoch aufzusteigen? Nach Ansicht des Autors ist der Zerfall der republikanischen Partei das Kernproblem. Dieser sei mit Präsident George W. Bush besiegelt worden. Das Ansehen des Landes habe enormen Schaden genommen und somit auch die Selbstsicherheit seiner Bürger geschwächt. Das alles habe die Basis für Trump gelegt.

Das Buch erschien zu den US-Präsidentschaftswahlen 2016 und konnte somit die endgültige Entscheidung noch nicht beinhalten. Allen US-Wählern hätte es gut getan, vor Abgabe ihrer Stimme, einen Blick in die Abhandlung zu werfen. Sie wären dadurch der persönlichen Struktur eines Kandidaten wie Trump auf die Spur gekommen. Niederberger analysiert fundiert Psyche und Herkunftsgeschichte des Milliardärs aus Manhattan. Er zeigt aber auch die tiefe politische und soziale Zerrissenheit der Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Land, das „The Donald“ wieder zu altem Glanz zurückführen möchte, ohne jedoch jemals deutlich gemacht zu haben, was er mit der Beschwörungsformel „Make America great again“ genau meint.

Niederberger, der seit 2002 als US-Korrespondent tätig ist und in San Francisco lebt, nähert sich in den fünf Kapiteln „Trump“, „Die Republikanische Partei“, „Die Wähler“, „Die Medien“ und „Die Wahl“ der inneren Struktur der immer noch mächtigsten Nation der Erde, die in sich gespalten und gekränkt auf eine Art Erlöser hoffe.

Die Wahl ist entschieden. Der vermeintliche Erlöser gefunden, zumindest für die eine Hälfte der US-Wähler. Sicher schadet es nicht, auch im Nachhinein einmal tiefer in die Zusammenhänge eines Landes und seine politischen Führungsebene zu blicken. Ganz besonders, wenn ein Mann die Macht übernimmt, der, so Niederberger, ein „totalitärer, rücksichtsloser Demagoge“ ist und zwangsläufig auch unsere Geschicke und die der ganzen Welt mit beeinflussen wird. *Silvia Friedrich*

Walter Niederberger: „TRUMPLAND. Donald Trump und die USA“, *orell füssli Verlag, Zürich 2016, broschiert, 17,95 Euro*

Gestaltwandel der Kriege

Wie lokale Kleinkriege über die Intervention regionaler Mächte zu globalen Konfliken heranwachsen

Der Zweite Weltkrieg war noch eine militärische Auseinandersetzung zwischen Staaten und ihren Massenheeren gewesen. Mit der Revolution Mao Tse-tungs in China wurden die antikolonialen Volksbefreiungskriege nach 1945 von Indonesien bis Algerien und Kuba und in zahlreichen Ländern Afrikas, auch der Krieg der Vietkong in Vietnam gegen die hochmoderne Armee der Weltmacht USA zu Partisanen- und Kleinkriegen, „asymmetrischen Kriegen“, in denen die „Schwachen“ die „Starken“ besiegten. Dieser Gestaltwandel des Krieges ist zur neuen Kriegsart des 21. Jahrhunderts geworden.

Der Autor des vorliegenden Bandes, ehemaliger Bundeswehrgeneral, hat diesem Thema seine Untersuchung gewidmet. Im ersten Teil des Buches stellt er eine Reihe der bekannten Praktiker und Theoretiker des neuen Krieges vor, beginnend mit dem chinesischen General Sun Tsu (um 500 vor Christus), der für Mao Tse-tung zum großen Anreger wurde. Beide vertraten die These, dass die Brechung des feindlichen Willens mit minimalen militärischen Kräften höchste strategische Meisterschaft zeige.

Der britische Offizier T. E. Lawrence berichtete in seinem Buch „Die sieben Säulen der Weisheit“ (1926) über den Kampf der arabischen Beduinen unter dem Scherifen Hussein von Mekka und in enger Verbindung mit der britischen Armee vom erfolgreichen Krieg gegen das türkische Osmanenreich 1915–1918, der ein klassischer Klein- und Partisanenkrieg war und die politische Karte des Mittelostens bis zum islamisch-arabischen Aufruhr unserer Tage neu zeichnete.

Ähnlich wie der britische Strategiedenker Liddell Hart vertrat auch der französische Armeegeneral André Beaufre die moderne „indirekte Strategie“ mit ihren Einwirkungsmöglichkeiten auf die Zivilbevölkerung, wie sie auch die Sowjetunion im „Kalten Krieg“ gegen den Westen als „friedliche Koexistenz“ zeitweise nicht ohne Erfolg praktizierte, mit der wir es in den Kleinkriegen mit dem revolutionären Islam in diesen Tagen wieder zu tun haben.

Im zweiten Hauptabschnitt des Buches wendet Farwick sich den Klein- und Befreiungskriegen der Gegenwart zu, beginnend mit Vietnam, wo die Guerilla des Vietkong in ihren Tunnelsystemen zwischen 1955 und 1975 die hochtechnisierte US-Armee von 500 000 Mann besiegten. Es folgen die Ukraine und vor allem Syrien. Der Krieg beginnt hier mit Aufständen gegen die Diktaturregierung Assads, die zu Kleinkriegen zunächst zwischen Sunniten und Schiiten wurden, um dann das Format eines Stellvertreterkriegs zwischen den beiden Regionalmächten Iran und Saudi-Arabien zu erreichen, die mit Kriegsmaterial, Finanzhilfen und militärischen Kräften eingriffen.

Seine weitere Verschärfung erfuhr der Konflikt durch das Auftreten des revolutionären Islamischen Staates mit seiner extremistischen und antiwestlichen Ideologie. Schließlich greifen die beiden Schutz- und Regionalmächte, insbesondere der Iran, immer stärker mit eigenem Militär ein, um den Sturz des Assad-Regimes zu verhindern. Auch die militärische Intervention Russlands 2015 entspringt vor allem dem Interesse, sich als Mittelmeermacht zu behaupten.

Der Syrienkonflikt bildet das klassische Beispiel, wie leicht sich ein anfänglicher lokaler Kleinkrieg über die Interventionen regionaler Mächte zu einem gefährlichen internationalen Konflikt ausweiten kann. Wir sind Zeugen des Neben- und Ineinanders konventioneller Schlachten wie Aleppo mit den typischen Zügen eines Guerilla- und Kleinkriegs, als 200 Guerillakämpfer gegen 15 000 Soldaten der regulären, aber unmotivierten irakischen Armee die Millionenstadt Mossul einnehmen und zur Bastion ausbauen konnten.

Der Autor erwartet für die Zukunft die Fortsetzung von Klein- und Stellvertreterkriegen in verschiedenen Weltregionen, und seine Betrachtung schließt mit der Notwendigkeit, dass die Europäer und zumal die Deutschen wieder ein realistisches Verhältnis zu der internationalen Lage und ihren militärischen und politisch-ideologischen Bedrohungen finden müssen, nicht zuletzt auch ein wieder stärkeres Bewusstsein von den eigenen Interessen und ein entsprechendes politisch-historisches Selbstbewusstsein. Nicht zufällig endet die Untersuchung mit der Skizze staatlicher und privater Sicherheitsvorsorge in Krisen- und Gefahrensituationen, etwa bei Cyber-Attacken gegen die empfindliche Infrastruktur der Industriewelt, Krankenhäuser, Atomkraftwerke, Wasser- und Lebensmittelproduktion und Bevorratung. *Klaus Hornung*

Dieter Farwick: „Kleinkriege, die unterschätzte Kriegsform. Warum die Zukunft von Kriegen den Guerillas, Partisanen und Hackern gehört“, *Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2016, broschiert, 352 Seiten, 19,80 Euro*

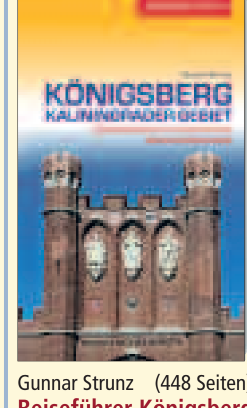


Wolfgang Bosbach und Hugo Müller-Vogg
Endspurt – Wie Politik tatsächlich ist – und wie sie sein sollte
Begegnungen, Erlebnisse, Erfahrung
Wolfgang Bosbach hat etwas zu sagen – notfalls auch gegen die Linie der eigenen Partei. Seine Geradlinigkeit kommt bei den Bürgern an, die im unübersichtlichen und manchmal auch als unehrlich wahrgenommenen Politikbetrieb nach Orientierung suchen. Welche Werte gilt es heute zu bewahren? Können wir christliche Grundwerte auch in einer multikulturellen Gesellschaft noch einfordern – oder wäre das ein Widerspruch? Schaffen wir „das" wirklich, oder stehen wir bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht schon längst an der Grenze von der großen Herausforderung zur Überforderung? Wie soll sich Deutschland in Europa positionieren? Als Zugmaschine, die Entscheidungen vorantreibt, oder soll sich Deutschland eher zurücknehmen, um nicht als zu dominierend wahrgenommen zu werden? Ist Auflehnung gegen Parteidisziplin illoyal – oder gar notwendig? Wie viel eigene Meinung kann und soll sich ein Politiker leisten? Worauf es ankommt und was ihn antreibt – Wolfgang Bosbach sagt es im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg. 272 Seiten
Nr. P A1115 Gebunden **24,00 €**



Elisabeth Bangert
Kochen ohne Schnickschnack
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Backstube"
Kochen und genießen wie zu Großmutters Zeiten – ohne komplizierte und teuere Zutaten! Die liebevoll zusammengestellten Rezepte erinnern an die gute alte Zeit. Überraschen Sie Ihre Familie oder Freunde doch einmal mit Himmel und Erde, frischen knusprigen Pfannkuchen oder einem Kirschenmichel. Die Rezepte sind so beschrieben, dass sowohl Anfänger gut damit zurechtkommen, als auch Geübte Spezielles nachschlagen können. 80 Seiten im Großformat.
Nr. P A0951 Gebunden **5,00 €**

Elisabeth Bangert
Backen ohne Schnickschnack
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Backstube"
Ein selbst gebackener Kuchen ist die Krönung jeder Kaffeetafel! Die köstlichen Rezepte von früher stehen so mancher aufwendigen Backkreation die Show. Und dank moderner Küchengeräte sind gedeckter Apfelkuchen, Rotweinkuchen oder Waffeln schnell, einfach und gelingsicher gebacken. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien. 80 Seiten im Großformat.
Nr. P A0952 Gebunden **5,00 €**

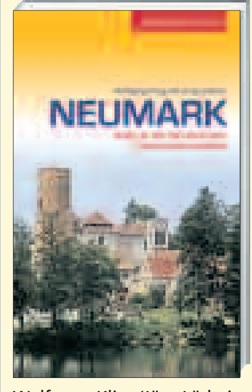


Gunnar Strunz (448 Seiten)
Reiseführer Königsberg Kaliningrader Gebiet
Mit Bernsteinküste, Kurischer Nehrung, Samland u. Memelland
Nr. P A1114 Kart. 21,95 €
Im Kaliningrader Gebiet treffen russische Gegenwart und deutsche Vergangenheit aufeinander. Neben der Stadt Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, lohnen vor allem die umgebenden Landschaften einen Besuch: die Rominter Heide, das Große Moosbruch und die Memelniederung, die Kurische Nehrung und die traditionsreichen Seebäder wie Rauschen, Cranz und Pillau. Der Reiseführer stellt alle Sehenswürdigkeiten kenntnisreich vor. Umfangreiche reisepraktische Hinweise und durchgängig kyrillisch-lateinisch beschriftete Karten helfen bei der Reisevorbereitung und der schnellen Orientierung vor Ort. Umfassende reisepraktische Tipps – Extra-Kapitel zum Memelland und zur Strecke Berlin-Kaliningrad – 43 genaue Stadtpläne und Übersichtskarten – 238 Farbfotos, 37 historische Abbildungen.

Heinz Ohff
Preussens Könige
Ein Leben zwischen Hoffnung und Revolution
Der erste von Preußens Königen erklärte sich selbst zum König – zum Gelächter Europas. Der letzte versuchte sich nach seiner Abdankung als Holzhacker. Um kaum eine Dynastie ranken sich so viele Geschichten wie um die Hohenzollern, die über 200 Jahre lang die Krone Preußens trugen. Anschaulich, kenntnisreich und unterhaltsam porträtiert Heinz Ohff alle preußischen Könige von 1701 bis 1918. Er schildert nicht nur das Leben der Herrscher von Friedrich I. bis Wilhelm II. an ihren Königshöfen, sondern auch ihr privates Umfeld. Damit macht er einen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte lebendig und verständlich. Heinz Ohff beschreibt mit der flotten Feder des gelernten Journalisten nicht nur die staatsmännischen Leistungen und Schwächen der Friedrichs, Wilhelms und Friedrich Wilhelms, er stellt auch die Ehefrauen und Hofkreise vor, erzählt Anekdoten, gibt Bonmots wieder und erwähnt skurrile Begebenheiten. 400 Seiten
Nr. P A1020 Taschenbuch **12,00 €**



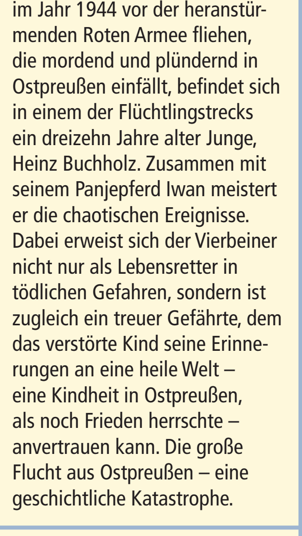
Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0091 8,95 €
Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingstrecks ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjepferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, dem das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.



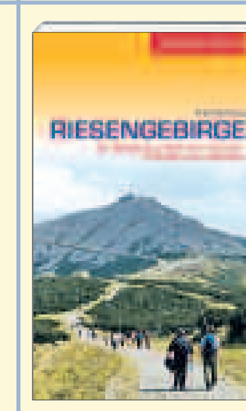
Wolfgang Kling/Jörg Lüderitz
Neumark
Durch die alte Kulturlandschaft östlich von Oder und Neiße
294 Seiten
Nr. P A1113 Kart. 14,95 €
Die Neumark ist nicht nur für Berliner und Brandenburger einen Besuch wert. Sie lockt mit vielen landschaftlichen Schönheiten und mit einer gerade jüngst spürbar ausgebauten touristischen Infrastruktur. Rund um Gorzów (Landsberg/Warthe) finden Reisende eine von Seen und sanften Hügeln geprägte, nahezu unberührte Natur, die beste Bedingungen für einen Aktivurlaub bietet. Darin liegen traditionsreiche Orte, deren Geschichte teilweise bis ins Mittelalter zurückreicht. Dieser Reiseführer trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung und stellt den Landstrich detailliert vor. Die Autoren erläutern die lange bewegte Geschichte der Neumark und beschreiben die landschaftlichen und baulichen Schönheiten. Umfassende reisepraktische Hinweise machen den Band zu einem nützlichen Begleiter.



Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Hans Graf von Lehndorff
Die Insterburger Jahre
Mein Weg zur Bekennenden Kirche
100 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0934 14,95 €
Hans Graf von Lehndorff, der Autor des berühmten „Ostpreußischen Tagebuchs", schildert in diesem Bericht seine Begegnung mit der Bekennenden Kirche in den Kriegsjahren 1941–1944 in Insterburg, wo er Assistenzarzt am Krankenhaus war. In klarer und eindringlicher Art entwirft er ein Bild von den Menschen, mit denen er dort zusammentraf, und die sein Leben und Denken entscheidend prägten. Er berichtet von der Arbeit der Mitglieder in der Gemeinde, den praktischen Hilfen, den abendlichen Veranstaltungen, auch von den Schwierigkeiten mit der „amtlichen Kirche", die sich den staatlichen Machtverhältnissen zumeist anpasste.



Frank Schüttig
Riesengebirge
Mit Wandertipps, Wintersportwegweiser und Ausflügen ins Isergebirge 216 Seiten
Nr. P A1112 Kart. 12,95 €
Das Riesengebirge an der tschechisch-polnischen Grenze bietet sich als ganzjähriges Reiseziel vor allem für aktive Urlauber an. Es verfügt über ein ausgedehntes Netz von Wanderwegen durch tiefe Täler und über sonnige Höhen; endlose Loipen und zahlreiche Lifte garantieren Skivergnügen bis ins Frühjahr hinein. Dieser Reiseführer stellt das höchste mitteleuropäische Gebirge nördlich der Alpen, seine Geschichte und seine Bewohner in all seinen Facetten vor und gibt zahlreiche Tipps für Wanderer und Skifahrer. Alle Orte des Riesengebirges auf 216 Seiten – Fundierte Hintergrundinformationen zu Geschichte und Kultur – Ausführliches Extra-Kapitel zum Wintersport – Extra-Kapitel zum Isergebirge – Zahlreiche Vorschläge für Wandertouren – Ausführliche Tipps zu Unterkünften, Essen und Ausgehen.

Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne **12,50 €**

Kaffeebecher Pommern
Porzellanbecher mit Wappen „Greif"
Nr. P A0809 12,95 €





Volker Hagemann
Riga Tallin Vilnius
Die Hauptstädte und die schönsten Reiseziele im Baltikum 438 Seiten
Nr. P A1111 Kart. 19,95 €
Riga, Tallinn und Vilnius haben sich zu beliebten Reisezielen entwickelt, und jede der baltischen Hauptstädte hat ihren eigenen Reiz: Das fast eine Million Einwohner zählende, lebhafte Riga ist berühmt für seine eng bebaute, pittoreske Altstadt und zahllose Jugendstilbauten an den breiten Boulevards. Tallinn fasziniert mit einer mittelalterlichen Altstadt, die von einer zwei Kilometer langen Stadtmauer eingefasst wird, und die zu den besterhaltenen in Europa gehört. In Vilnius stehen mehr als 100 Kirchen, darunter sind etliche sehenswerte Barockkirchen und das Ausros-Tor mit dem Bildnis der Barmherzigen Muttergottes, das Ziel von Pilgern aus ganz Europa ist. Dieser Reiseführer führt sehr detailliert durch Riga, Tallinn und Vilnius. Neben den gängigen Reisetipps und nützlichen Karten gibt es Tipps für Shopping und den Strandurlaub.

Harms
Neuer Deutscher Geschichts und Kulturatlas
Ausgabe B
Der lange vergriffene Deutsche Geschichts- und Kulturatlas aus dem Jahr 1934 ist hier endlich wieder lieferbar. Von der Frühzeit bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts wird die deutsche und europäische Geschichte anhand einer Vielzahl von hochwertigen und detailreichen Kartenwerken nachvollzogen. Empfehlenswert für alle, die Interesse an der eigenen Historie haben. Reprint der Originalausgabe von 1934. 88 Seiten davon 72 Seiten in Farbdruck. Format 170 x 240 cm.
Nr. P A1096 Gebunden **19,95 €**

Ruth Geede
Kurische Legende und andere Erzählungen
Einfühlsame Erzählungen von Ruth Geede, die die unberührte Schönheit des Landes mit See, Haff und Strom unter dem hellen nordischen Himmel in Erinnerung rufen und das harte, genügsame Leben seiner Bewohner beschreiben. Enthaltene Erzählungen: „Heimkehr im Herbst", „Die große Wassernot", „Hannas Kette", „Die Kornkinder", „Spiegelmarie" und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 9087 Kartoniert **10,50 €**

Klaus Papies
Ostpreußisches Wortschatzkästchen
Wenn Sprache ein lebendiges Abbild des Menschen ist, dann lebte in Ostpreußen ein kraftvoller und zupackender Menschenschlag von großer Warmherzigkeit und unverstelltem Gefühl. Darunter mag auch so mancher Schelm gewesen sein, denn in vielen oft originellen Wörtern finden sich Hinweise auf den „kleinen Vorteil": Ausdruck einer großen Lebenstüchtigkeit unter einfachen Verhältnissen. Es ist die Welt der Bauern, Handwerker und kleinen Händler, geprägt durch unterschiedliche Völker und Sprachen, durch Landwirtschaft und – eben! – schalkhaften Witz. In Klaus Papies liebevoll gestalteter Wörtersammlung findet sich die untergegangene Welt der alltäglichen Ostpreußen wieder, der Bauern, Handwerker und kleinen Händler: mit ihren Ausdrücken, Redewendungen und Erfahrungen. Sie erwecken eine bodenständige, handfeste Kultur mit Herz und Schalk zu neuem Leben. Ein wirkliches Schatzkästchen. Die ostpreußische Sprache als Spiegelbild der damaligen Welt – und als ihr reiches Gedächtnis. 152 Seiten
Nr. P A1116 Gebunden mit Schutzumschlag **14,95 €**




Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Polnische Ostseeküste
Zwischen Oder und Frischem Haff 284 Seiten
Nr. P A1110 Kart. 12,95 €
Immer mehr deutsche Urlauber finden den Weg in Polens beliebteste Ferienregion, die Ostseeküste. Sie zieht es an die Strände mit dem feinen Sand, die sich scheinbar unendlich weit an der Küste entlang erstrecken. An der Küste liegen interessante Hafenstädte wie Stettin und Danzig, traditionsreiche Kurorte wie Sopot und Misdroy und zudem eine einzigartige, abwechslungsreiche Landschaft mit Steilküsten und Binnenseen, Moor- und Hügellandschaften. Dieser Reiseführer beschreibt diese Region in allen ihren Facetten und trägt den Entwicklungen der touristischen Infrastruktur der vergangenen Jahre Rechnung. Neben ausführlichen Informationen zu Geschichte und Kultur enthält dieses Buch unzählige praktische Hinweise zu Hotels, Restaurants, Ausflügen, Museen und sportlichen Aktivitäten.

Ruth Geede
Wo der Sprosser sang
Eine bunte Sammlung von berührenden Erzählungen, Erinnerungen und Gedichten der Ostpreußischen Familie, gesammelt und zusammengestellt von Ruth Geede, laden zum Träumen und Schmunzeln ein. Enthaltene Erzählungen: „Nidden", „Im Schulhaus von Kiaulkehmen", „Die Roggenmuhme", „Trakehner Blut", „Die Hochzeit auf dem Lande", „Zu Martini wird gezogen", „Mien Derpke" und viele mehr. 128 Seiten
Nr. P 1850 Kartoniert **10,50 €**



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Linke Gewalt verharmlost

Berlin – Linke Gewalttaten werden laut Klaus Schroeder, Professor an der Freien Universität Berlin, notorisch verharmlost. 2015 hätten 2565 links motivierte Gewalttaten 1485 rechts motivierten gegenübergestanden, so Schroeder. In der Öffentlichkeit aber werde der Eindruck erweckt, als überwöge die Gewalt vom rechten Rand bei weitem. Auch werde oft unterschlagen, dass rechts oftmals „Propagandadelikte“ mitgezählt werden, die es links nicht gebe, da linksextreme Propaganda durchweg legal sei. *H.H.*

Viele Muslime für Gewalt

Düsseldorf – Nach Einschätzung des niederländischen Migrationsforschers Ruud Koopmans sind 50 Millionen Muslime weltweit religiös gewaltbereit. Dies belegten Umfragen, so Koopmans zur „Rheinischen Post“. Nach einer Studie des amerikanischen Pew Research Centers hielten sogar 140 Millionen Muslime religiös motivierte Gewalt für „oft“ oder „manchmal“ gerechtfertigt. *H.H.*

ZUR PERSON

Frankreichs JFK nimmt Anlauf

Frankreichs Politik ist wegen Marine Le Pen reichlich in Bewegung geraten. Da unbeliebte Politiker wie Hollande oder Sarkozy nicht den Aufstieg der Front-National-Politikerin verhindern konnten, sind sie bei den im April anstehenden Präsidentschaftswahlen außen vor. Die Kandidaten, an die man sich jetzt gewöhnen muss, heißen Beonît Hamon, der sich überraschend bei den Sozialisten durchgesetzt hat, oder François Fillon von den Republikanern, der aber wegen einer Scheinbeschäftigung seiner Frau schwer angeschlagen ist.

Das ist die große Chance für den Aufsteiger des Jahres, **Emmanuel Macron**, der als unabhängiger Kandidat seinen jugendlichen Charme spielen lassen will, um bei den Wählern gegen Le Pen zu punkten. Der frühere Wirtschaftsminister unter François Hollande steht bei aktuellen Umfragen bereits auf Augenhöhe mit allen anderen Präsidentschaftsfavoriten.



Mit Macron könnte eine Zäsur in der französischen Politik einsetzen, die das Ende des etablierten Parteiengefüges bedeuten könnte. Erst vor einem Jahr gründete er die Bewegung „En marche“, der sich schon knapp 150 000 Anhänger angeschlossen haben. Galt der 39-jährige ehemalige Investmentbanker schon im Kabinett Hollande als beliebtester Minister, so wird er jetzt bereits als „Frankreichs Kennedy“ gefeiert. Dabei vertritt er ein sozialliberales Programm, das nicht jedem schmeckt. Kurz bevor er 2016 von seinem Ministeramt zurücktrat, peitsche er im Parlament ein „Loi Macron“ genanntes Gesetz durch, dass unter anderem eine Lockerung der Sonntagsarbeit vorsieht. Aber der Mann, der mit seiner 24 Jahre älteren, früheren Französischlehrerin verheiratet ist, versteht es gut, politisch unliebsame Dinge charmant wegzulächeln. *H. Tews*



Der Herausforderer

Wut und Verwirrung

Was Merkel bei Trump anprangert, wie Gabriel zur AfD fand, und wieso die Linkspartei nur noch in die DDR flüchten konnte / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wer hätte das gedacht? Dieser Neue im Weißen Haus löst tatsächlich exakt das ein, was er im Wahlkampf versprochen hat. Nun also ein Einreiseverbot für Bürger von sieben Ländern, in denen nach Einschätzung der Trump-Regierung die Lage derart chaotisch und Terror-durchsetzt ist, dass Einreisen von dort eine Gefahr für Leib und Leben der US-Bürger ins Land bringen könnten.

Der „Bann“ gilt zwar nur für 90 Tage, wer aber die deutschen Medien verfolgt, der muss glauben, dass sich die Welt damit für immer verändert hat. Besonders laut beschweren sich deutsche Staatsbürger, die neben ihrem deutschen noch einen Pass aus den betroffenen Staaten besitzen. Dieser Trump hat sie in brutaler Weise auf die alte Weisheit gestoßen, dass Nationen Schicksalsgemeinschaften sind. Wer unbedingt zwei Nationen haben will, trägt konsequenterweise auch zwei Schicksale mit sich herum.

So hatten die beleidigten Doppelpässler natürlich nicht gewettet. Ihnen ging es darum, ausschließlich Vorteile aus dem Bäumchen-wechsel-dich-Spiel der zweifachen Nationalität zu ziehen. Die Wette ging nicht auf, schade.

Dass neben dem Irak, Syrien, Libyen, Somalia, Sudan und Jemen auch der Iran auf der Liste steht, der Haupt-Extremismus-Exporteur Saudi-Arabien aber nicht, das bleibt vorerst ein Mysterium, welches uns die neue US-Regierung hoffentlich bald entschlüsseln wird. Aber solche Kleinigkeiten sind in Berlin sowieso egal.

Es geht um die ganze Richtung, die uns nicht passt. Kanzlerin Merkel prangert voller Empörung an, Trump stelle die Menschen „unter Generalverdacht“, statt ihnen den General-Willkommensgruß zu entrichten, wie sie es getan hat – solange die Bundestagswahl noch weit genug entfernt war.

Mittlerweile sagt sie das nicht mehr so laut, spricht gar von Schutz unserer Grenzen. Ja, das ist dieselbe Regierungschefin, die uns einst belehrt hat, dass wir nicht kontrollieren könnten, wer zu uns kommt. Gut, den Schlenker wollen wir ihr nachsehen. Es ist ja auch nicht ewig Wahlkampf. Um den zu überstehen, hat die Koalition den Familiennachzug für einen Großteil der unkontrolliert Eingereisten schon im Frühjahr 2016 für zwei Jahre ausgesetzt. Die enden im Frühjahr 2018, einige Monate nach der Wahl. Dann kann es wieder richtig losgehen!

Wer das im Kopf hat, hält die irritierende Tonlage, welche die Groko-Parteien zum Thema Zuwanderung neuerdings anschlagen, viel besser aus. Besonders aus der Fassung bringt uns der scheidende SPD-Chef Sigmar Gabriel.

Im „Stern“-Interview skandalisiert er die „massenhafte unkontrollierte Zuwanderung des Jahres 2015“, die zu einem Gefühl des „Kontrollverlustes“ geführt habe. „Niemals hätten Kanzler wie Helmut Schmidt, Helmut Kohl oder Gerhard Schröder Entscheidungen über die Öffnung der Grenzen getroffen, ohne wenigstens einmal mit unseren Nachbarn zu sprechen“, donnert Gabriel. Merkel habe Europa damit in eine „Sackgasse“ geführt, die europäische Aufbauarbeit stehe ihretwegen „vor der Zerstörung“.

> Keine Sorge: Die SPD hat sich die blauen Parolen nur geliehen, nach der Wahl wird es wieder grüner

Wir sind baff, und damit zählen wir noch zu den Glücklicheren. Bei der AfD dürfte mehr als Verwirrung, nämlich blanke Wut herrschen – über sich selbst. Hätten sich die blauen Tölpel ihre Kritik an Merkels Schleusenöffnung 2015 doch bloß patentieren lassen! Dann könnten sie heute mit den Lizenzgebühren von der SPD ihre Wahlkampfkasse bis unters Dach füllen. Tja, für so viel Wendigkeit beim Gegner fehlte wohl selbst den „Alternativen“ die Phantasie, Pech gehabt.

Aber keine Sorge, Gabriel hat sich die AfD-Positionen nur kurz ausgeliehen, nach der Wahl bekommen sie die Urheber unbeschadet zurück. Auf die Frage, mit wem er eine Regierung bilden will, antwortete der Noch-SPD-Chef: „Am liebsten nur mit den Grünen.“ Die stehen unverdrossen für maximal offene Grenzen und gegen jede Frist beim Familiennachzug. Wer „am liebsten nur“ mit denen koaliert, weiß, was er wirklich vorhat – aber eben erst nach der Wahl.

Nun wird nachvollziehbar, was wir vergangene Woche ungläubig bestaunt haben, nämlich die plötzliche Eskalation im Umgang mit der AfD. Hieß es vor Kurzem noch, man müsse deren Wähler „zurückgewinnen“ und nur die Anführer aufmischen, kippt Gabriel im „Stern“-Interview beide auf dieselbe Deponie. Er spricht von „zehn Prozent Schreihälsen“, um die man sich nicht zu kümmern brauche, also Schluss mit „Zurückgewinnen“. Martin Schulz schlägt in die gleiche Kerbe und erklärt die AfD, ohne mit der Wimper zu zukken, zum Neuaufguss der NSDAP.

Eine Frechheit? Sicher, aber was sollen sie denn machen? Irgendwie muss die kecke Übernahme der AfD-Forderungen für den eigenen Wahlkampf ja überbrüllt werden.

Für die Linkspartei ist das alles ein ziemlicher Schlamassel. Zur „unkontrollierten Massenzuwanderung“ oder zur inneren Sicherheit können sie ebenso wenig sagen wie die Grünen. Versuche von Sahra Wagenknecht, da was zu ändern, sind im roten Modder versackt. Und gegenüber den Grünen haben die Dunkelroten einen bösen Nachteil. Die Parteifreunde von Katrin Göring-Ekkardt und Cem Özdemir wohnen kaum in jenen Stadtteilen, in welchen man Multikulti in dessen problemgesättigter, proletarischer Variante genießen kann, sondern eher in den nobleren Quartieren.

Viele potenzielle Wähler der „Linken“ hingegen erleben die schwungvolle Wirklichkeit eines „multi-ethnischen Brennpunkts“ vor der eigenen Haustür. Denen kann man natürlich befehlen, dass sie sich gefälligst darüber freuen sollen, wie schön „bunt“ es bei ihnen zugeht. Ob solche Belehrungen zur gewünschten Wahlentscheidung führen, erscheint indes ungewiss. Da ist guter Rat teuer. Wenn es teuer wird, haben Sozialisten stets ein probates Heilmittel parat: das Geld anderer Leute. Unter dem Banner der „sozialen Gerechtigkeit“ pakken die Spätkommunisten ihre alten Enteignungsphantasien wieder aus, den „Reichen und Superreichen“ soll es ans Leder gehen.

Reich ist man in den Augen der Dunkelroten ab einem Vermögen von einer Million Euro. Alles, was darüber geht, soll jedes Jahr mit fünf Prozent besteuert werden. Nach 20 Jahren sind dann fast zwei Drittel des Vermögens weg, ohne die Inflation zu berücksichtigen, die das Eigentum noch weiter schmälert.

Ein Selbstständiger, dessen Haus in einem der überteuerten Ballungsräume steht und der sein Leben lang für eine gute private Altersversorgung geackert hat, gerät da rasch mit unter die Sense der „Gerechtigkeit“. Nur gut, dass auf Spitzenpolitiker ein sattes Altersruhegeld wartet, sodass es auch die führenden Genossen gar nicht nötig haben, massig zur Seite zu legen wie der fleißige Mittelständler, um einen ordentlich gepolsterten Lebensabend genießen zu dürfen. Damit können sie auf elegante Weise ihren eigenen Raubzügen entgehen.

Doch der Vergleich hinkt natürlich: Während der tumbe Unternehmer seit der Ausbildung nur mit Geldscheffeln beschäftigt war, hat der eifrige Berufsgenosse sein ganzes Leben dem Dienst an der Partei der Arbeiterklasse verschrieben und verdient daher eine besondere Vergütung.

Woran erinnert uns das? Nun, wenn es ernst wird, zeigen die Leute eben ihr wahres Gesicht. Mit dem Enteignungs-Programm kriecht die DDR aus dem Unterholz der „Linken“ hervor, als hätte es den Zusammenbruch des SED-Staats nie gegeben.

Martin Schulz hat die Linkspartei als möglichen Koalitionspartner längst fest in den Blick genommen, weil er ohne ihn kaum je Chancen auf die Kanzlerschaft hätte (wenn überhaupt). So gibt sich auch der SPD-Kandidat hell entflammt für die „soziale Gerechtigkeit“. Im September werden wir erfahren, was die Deutschen 27 Jahre nach dem Ende der DDR davon halten.

MEINUNGEN

__Holger Steltzner__ prophezeit in der „FAZ“ (26. Januar), dass SPD-Kanzlerkandidat __Martin Schulz__ von seiner politischen __Vergangenheit in Brüssel__ eingeholt wird:

„Seine politischen Gegner werden mit Fleiß daran erinnern, wie begeistert Schulz die Wahl und die Politik des gescheiterten französischen Präsidenten Hollande begrüßte, wie er die Vergemeinschaftung der Staatsschulden durch Einführung von Eurobonds forderte und wie er für die ‚Rettung‘ Griechenlands von Berlin mehr Zugeständnisse im Sinne der sozialistischen Regierung in Athen verlangte.“

Für __Stefan Kuzmany__ hat Martin __Schulz__ hingegen eine echte Chance, __Merkel__ abzulösen. Im „Spiegel“ (30. Januar) gibt er zu bedenken:

„Merkels Schwäche ist, auch das analysierte Schulz, die Tatsache, dass sie eigentlich sozialdemokratische Politik betreibt – Schulz wird nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass aber die SPD das Original ist ... Die beste Merkel wird zwar immer Merkel bleiben – aber mehr kann sie nicht mehr bieten. Mit dem Satz ‚Sie kennen mich‘ hat sie die letzte Wahl gewonnen. Für manchen wird er diesmal wie eine Drohung klingen.“

__Alexander Grau__ kann sich die __begeisterte__ Reaktion der __Medien__ auf Schulz sachlich nicht erklären. Im „Cicero“ (28. Januar) schreibt er:

„Aus Medienperspektive ist diese aufgesetzte Begeisterung durchaus verständlich. Denn Medien leben von Spannung. Und nichts ist langweiliger als eine Wahl, die entschieden ist, bevor der Wahlkampf begonnen hat. Die Idee, nun ausgerechnet Martin Schulz zum Messias zu erklären, also einen charismafreien Behördenvertreter, der wie kein anderer mit der ungeliebten EU assoziiert wird und dem programmatisch kaum Differenzen zu Merkel nachweisbar sind, ist allerdings mehr als abenteuerlich.“

Die __Mitglieder der SPD__ würden von ihrer eigenen Führung als __Stimmvieh verachtet__, kritisiert __Helmut Markwort__ im „Focus“ (28. Januar):

„Voller Spannung beobachten diese politisch interessierten Zeitgenossen (die SPD-Mitglieder, d. Red.), wie in Frankreich die Anhänger linker und rechter Parteien ihre Kandidaten auswählen dürfen. Sie haben gerade erlebt, wie die grüne Basis in Deutschland über ihre Spitzenleute entschieden hat. Und in der geplagten SPD? Die Delegierten haben gefälligst Martin Schulz schnell zum Vorsitzenden zu wählen.“

__Jacques Schuster__ wirft den Deutschen in der „Welt“ (30. Januar) vor, ihr Verständnis für die __Vertretung nationaler Interessen verloren__ zu haben, was sich auch in den Reaktionen auf Donald Trump zeige:

„Für deutsche Ohren klingt ‚America first‘ wie eine Kriegserklärung ... Briten und Franzosen, Polen und Italiener – um nur die größeren Nachbarn zu erwähnen – haben keinerlei Probleme damit, wenn ihre Staats- und Regierungschefs der Welt verkünden: Großbritannien, Frankreich, Polen und Italien zuerst!“